



Plenarprotokoll

66. Sitzung

Donnerstag, 15. Dezember 2011

Für ein starkes Europa gleichberechtigter Partner	5694	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/2087	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2087		2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 17/2114.....	5709
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2114		Sechsstreifiger Ausbau der A 7	5709
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5694, 5706	Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2066	
Niclas Herbst [CDU].....	5697	Jost de Jager, Minister für Wis- senschaft, Wirtschaft und Ver- kehr.....	5710
Wolfgang Kubicki [FDP].....	5699	Johannes Callsen [CDU].....	5711
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5700	Bernd Schröder [SPD].....	5712
Ulrich Schippels [DIE LINKE]....	5702	Oliver Kumbartzky [FDP].....	5713
Anke Spoorendonk [SSW].....	5703, 5708	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5714
Rainer Wiegard, Finanzminister....	5705	Björn Thoroe [DIE LINKE].....	5716
Björn Thoroe [DIE LINKE].....	5708	Lars Harms [SSW].....	5717

Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 17/2066 und der Tagesordnungspunkt insgesamt durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	5718	Flemming Meyer [SSW].....	5734
		Bernd Heinemann [SPD].....	5735
		Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	5736
Arbeitsbedingungen für geringfügig Beschäftigte verbessern.....	5718	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 17/2086 und des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 17/2118 an den Sozialausschuss.....	5736
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2064		Keine Streichung von Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr.....	5737
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2113		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2024	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2116		Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2107	
Wolfgang Baasch [SPD].....	5719	Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2117	
Hans Hinrich Neve [CDU].....	5720	Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5737, 5756
Christopher Vogt [FDP].....	5721	Heike Franzen [CDU].....	5738, 5746
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5722	Martin Habersaat [SPD].....	5740, 5753
Björn Thoroé [DIE LINKE].....	5723	Wolfgang Kubicki [FDP].....	5741, 5750
Flemming Meyer [SSW].....	5725	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	5744
Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit..	5726	Anke Spoorendonk [SSW].....	5745, 5748
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/2064 und des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 17/2116		Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5746
2. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 17/2113.....	5729	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	5749
Leitlinien für eine landesweite Suchthilfe und Suchtprävention in Schleswig-Holstein	5729	Cornelia Conrad [FDP].....	5749
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2086		Johannes Callsen [CDU].....	5751
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2118		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5751
Andreas Beran [SPD].....	5729	Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	5754
Mark-Oliver Potzahr [CDU].....	5730	Beschluss: 1. Ablehnung der Änderungsanträge Drucksachen 17/2107 und 17/2117	
Anita Klahn [FDP].....	5731	2. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/2024 in namentlicher Abstimmung.....	5757
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5732	Wahl eines zweiten Ersatzmitglieds des Medienrats der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH)	5757
Antje Jansen [DIE LINKE].....	5733		

Wahlvorschlag der Fraktionen von
CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/2067

Beschluss: Annahme..... 5757

**Reform der Lehrerausbildung für
Grundschule und Sekundarstufe I..** 5757

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/1936

Jost de Jager, Minister für Wis-
senschaft, Wirtschaft und Ver-
kehr..... 5758

Anke Spoorendonk [SSW]..... 5759

Heike Franzen [CDU]..... 5760

Dr. Henning Höppner [SPD]..... 5761

Kirstin Funke [FDP]..... 5763

Rasmus Andresen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 5764

Björn Thoroe [DIE LINKE]..... 5765

Beschluss: Überweisung an den Bil-
dungsausschuss zur abschließen-
den Beratung..... 5766

Gemeinsame Beratung

**a) Vorschlag für EU-Verordnung
über Offshore-Aktivitäten zur
Prospektion, Exploration und
Förderung von Erdöl und Erd-
gas verbessern.....** 5767

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2074

**b) Sicherheit von Offshore-Aktivi-
täten in Europa gewährleisten....** 5767

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2088

Änderungsantrag der Fraktionen
von CDU und FDP
Drucksache 17/2127

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 5767

Anette Langner [SPD]..... 5768

Karsten Jasper [CDU]..... 5770

Oliver Kumbartzky [FDP]..... 5770

Björn Thoroe [DIE LINKE]..... 5771

Lars Harms [SSW]..... 5772

Jost de Jager, Minister für Wis-
senschaft, Wirtschaft und Ver-
kehr..... 5773

Beschluss: 1. Ablehnung der Anträge
Drucksachen 17/2074 und
17/2088

2. Annahme des für
selbstständig erklärten Antrags
Drucksache 17/2127..... 5774

* * * *

Regierungsbank:

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä-
sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge-
sundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel-
lung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und
Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt-
schaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt-
schaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung am heutigen Donnerstag und möchte Ihnen zunächst mitteilen, dass sich erkrankt gemeldet haben die Abgeordneten Jens-Christian Magnussen, Hartmut Hamerich, Ranka Prante und Silke Hinrichsen. Allen Kolleginnen und Kollegen wünschen wir von dieser Stelle aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist die Abgeordnete Luise Amtsberg, und seitens der Landesregierung sind beurlaubt Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, ab 11:30 Uhr Minister Schmalfuß und ab 15 Uhr Minister Dr. Heiner Garg.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 43 auf:

Für ein starkes Europa gleichberechtigter Partner

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2087

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/2114

Wird das Wort zur Begründung gewünscht. - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile das Wort für die SPD-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist in einer schweren Krise. Ich glaube, es steht uns gut an, nicht nur im Bundestag, sondern auch in den Ländern, auch in diesem Parlament, darüber zu diskutieren, um zu zeigen: „Das ist uns nicht egal“, zum einen, weil das Projekt Europa als unsere gemeinsame Wertegemeinschaft für Frieden und Wohlstand existenziell ist, und zum anderen, weil wir hier natürlich von Rückschritten und möglichen negativen Entwicklungen stark betroffen sein würden. Deutschland hat als größtes Land eine besondere Verantwortung in Europa, braucht und schuldet seine feste Einbindung in Europa aus historischen Gründen, aber auch als demokratische Errungenschaft. Denn die EU ist auch gegründet worden, um die anarchistische Macht des Stärkeren zu brechen. Frau Merkel und Herr Sarkozy führen

leider momentan das Gegenteil vor und spielen ihre Macht aus. Der Fraktionsvorsitzende der Union im Bundestag, Herr Kauder, schwadroniert davon, jetzt werde in Europa Deutsch gesprochen. Dümmlischer geht es kaum, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wiederherstellung **europäischer Solidarität** ist und bleibt eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Architektur des zukünftigen Europas. Auch im globalen Wettbewerb mit den USA, China, Indien oder Brasilien bestehen wir nur mit Solidarität und europäischer Gesamtverantwortung vor nationalstaatlichem Egoismus.

Wir Sozialdemokraten appellieren an alle Kräfte, wieder zu der solidarischen Rolle zurückzufinden, die Deutschland seit der Gründung der EU eingenommen hat, statt Ansehen und Sympathie zu verspielen und alte Ängste zu schüren. Das Bedienen von Vorurteilen gegenüber anderen europäischen Völkern, um an den Stammtischen zu punkten, gehört leider zum konservativ-liberalen Standardrepertoire.

(Beifall bei der SPD)

Auch die selbstgerechte Überheblichkeit dieser schwarz-gelben Koalition hier in Schleswig-Holstein mit ihrer ständigen „Wir sind doch nicht Griechenland“-Rhetorik gehört in diesen Kontext.

Die **europäische Demokratie** wird im Augenblick dadurch demontiert, dass alle politischen Gipfel, Aktionen und Maßnahmen immer wieder primär damit begründet werden, dem Druck der **Märkte** zu entsprechen. Die Kanzlerin bezieht sich mit ihren Vorschlägen ausdrücklich auf das Ziel einer marktkonformen Demokratie. Das ist grundfalsch. Wir brauchen keine marktkonforme Demokratie, sondern demokratiekonforme Märkte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht hier um keine Kleinigkeit, sondern um das **Primat demokratisch legitimierter Politik**. Die jahrelange marktradikale Verirrung hat reichlich Schaden angerichtet. Sie ist der Auslöser dieser **Finanz- und Wirtschaftskrise**, die Sie immer auf eine Staatsschuldenkrise reduzieren wollen. Wie ein Regierungspapagei sondert Ihr Sprachcomputer monoton und als Politikersatz immer wieder sein Mantra „Schuldenbremse, Schuldenbremse, Schuldenbremse“ ab. Mehr fällt Ihnen nicht ein. Privati-

(Dr. Ralf Stegner)

sieren, deregulieren, liberalisieren, kürzen und Steuern senken, das ist und bleibt Verelendungspolitik mit krisenanfälligen Märkten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss nun wirklich keine Sympathie für die Operettenregierung des ehemaligen italienischen Regierungschefs Berlusconi haben, um festzustellen, dass es nicht so sein darf, dass **Rating-Agenturen** und Finanzspekulanten den Daumen über Staaten heben und senken, dass **Spekulanten** gegen Demokratien wetten dürfen und die Finanzmärkte Regierungen aus dem Amt vertreiben, dass Technokraten die Regierung am Volk und an den Wahlen vorbei übernehmen. Auch die neuesten Gipfelbeschlüsse scheinen mehr darauf gerichtet zu sein, dass es egal ist, was die Bürgerinnen und Bürger wollen, die Politik bestimmen andere.

Wir brauchen die **Unabhängigkeit** der Politik von **den Finanzmärkten**, wir brauchen auch eine entsprechende Rolle der **EZB** als „lender of last resort“. Wenn sie notfalls Geld zu vernünftigen Zinsen verleiht, nicht nur an Banken, wie im Moment, sondern auch an Staaten, wenn es die Banken nicht tun, erst dann haben wir eine Chance auf eine solche Unabhängigkeit von den Märkten, wobei ich glaube, dass schon die theoretische Ankündigung helfen könnte. Allein das Versprechen, dass die Notenbank in die Bresche springt, um einen Zusammenbruch der Währung zu verhindern, sorgt dafür, dass sich die USA und Großbritannien weiter problemlos Geld leihen können, obwohl sie weitaus schlechtere Haushaltsdaten aufweisen als die Eurozone insgesamt.

Nebenbei zeigt sich die ganze Crux undemokratischen Verhaltens. In Wirklichkeit wendet sich die Kanzlerin doch nur aus innenpolitischen Gründen und Rücksicht auf ihre marode Koalition öffentlich gegen **Euro-Bonds** und eine aktive Rolle der EZB und stellt jeden Abend heimlich eine Kerze ins Fenster, damit die EZB ja das weiter tut, was sie öffentlich kritisiert. Das ist doch der Sachverhalt, über den wir sprechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die nationalen Scheuklappen und die Ignoranz anderer ökonomischer Sichtweisen auch auf der rechten Seite dieses Hauses führen zu einem Phänomen, das John Maynard Keynes einmal so beschrieben hat: Statt darüber nachzudenken, ob ein eklatanter Misserfolg vielleicht daran liegen könnte, dass die

Medizin falsch ist, wird noch mehr von der Medizin verschrieben. - Genau das passiert ständig. Dann ist der Patient bald tot.

(Beifall bei der SPD)

Ausgerechnet die, die uns die Finanzkrise eingebrockt haben, dienen sich jetzt schon wieder dreist als Experten für Krisenlösungen an. Wir erleben doch bei jedem Gipfel, einem nach dem anderen, dass die immer stärkere Festlegung auf immer stärkere Kürzungspakete, ohne irgendein Problem zu lösen, verabredet wird. Die Märkte honorieren dies nicht. Das ifo-Institut prognostiziert inzwischen eine Rezession in Europa, die sämtliche Konsolidierungsbemühungen ad absurdum führt. Die aktuellen Beschlüsse sind eben keine Fiskal- oder Stabilitätsunion, wie Frau Merkel sagt, sondern nur eine **Sanktionsunion** und ein Scheinriese, wie es Frank-Walter Steinmeier gestern zu Recht im Bundestag gesagt hat.

(Günther Hildebrand [FDP]: Ihr müsst auch klatschen!)

- Bei Ihnen würde es schon reichen, wenn Sie es begreifen würden, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn Sie einmal etwas begreifen würden. Ratschläge von der FDP sind zurzeit wirklich eine witzige Vorstellung, das muss ich Ihnen ehrlich sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Starkes Argument!)

Lösen Sie einmal Ihre eigene Krise, bevor Sie uns Ratschläge geben, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Mit Lautstärke verstärkt man nur die Lautstärke der Argumente, aber nicht deren Kraft.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] - Zuruf von der CDU: Warum schreien Sie dann?)

- Im Gegensatz zu Ihnen hat der Redner ein Mikrofon. Ich wollte nur etwas zur Qualität Ihrer Zwischenrufe sagen.

Solange wir die eindimensionale Sichtweise haben, dass wir in Europa hauptsächlich ein Verschuldungsproblem hätten, das durch heftiges Kürzen zu lösen sei, nicht aufgeben, wird die Krise weiter andauern. Das, was Sie Stabilität nennen, hat eine Halbwertszeit von wenigen Tagen. Frau Merkel nennt das alternativlos, was wir vorher gefordert

(Dr. Ralf Stegner)

haben und was sie als völlig unmöglich abgelehnt hat. So ist es jedes Mal; Wochen später tut sie genau das Gleiche, und dann ist es alternativlos. Wir müssen erkennen, dass **Handelsungleichgewichte, ungleiche Preis- und Lohnentwicklungen und ungleiche Wirtschaftsentwicklungen** ein Problem sind. Wir brauchen etwas, was über das hinausgeht, was nur Konsolidierung heißt, sonst werden wir zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit, die in Spanien schon über 20 % beträgt, auch bei uns kriegen. Wir sind für Investitionen. Wir brauchen handlungsfähige Staaten und keine Nachtwächter.

Wenn Sie das nicht glauben, dann hätten Sie zum Beispiel Altkanzler Helmut Schmidt zuhören können, der dies auf unserem Bundesparteitag gesagt hat. Er hat dargelegt, was man tun könnte, um die **Finanzmärkte** dauerhaft besser zu regulieren, als wir es tun. Man muss Helmut Schmidt gewiss nicht in allen Punkten zustimmen, aber die Zeitungen haben zu Recht geschrieben, dass man eine solche Rede von der amtierenden Bundeskanzlerin und von der Regierung erwarten könnte und nicht von denen, die in der Opposition sind.

(Beifall bei der SPD)

Europa muss nicht deutscher werden, wie es von Ihrer Seite behauptet wird, sondern wir alle müssen europäischer werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu brauchen wir eine gemeinsame Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik, gemeinsame Ziele bei der kulturellen und sozialen Entwicklung und eine wirklich **politische Union**. Friedrich Küppersbusch hat dies letzte Woche in der „taz“ wunderbar zusammengefasst. Er hat gesagt: Wir brauchen vier Punkte. Erstens. Alle stehen füreinander ein. Zweitens. Demokratische Kontrolle. Drittens. Zwang zur Haushaltsdisziplin. Viertens: CSU und FDP sollten aus der Koalition austreten. Okay, das Letztere ist ein bisschen optimistisch. Ich sage Ihnen aber trotzdem: Schon das, was wir in unserem Antrag sagen, wäre ein Anfang. Nach Jahren des marktfundamentalistisch geprägten Europa und der Mehrzahl seiner Regierungen brauchen wir endlich ein umfassendes wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept. Wir brauchen eine **Sozialunion** mit sozialen Mindeststandards. Wir brauchen ein Wachstums- und Beschäftigungsprogramm,

(Beifall bei der SPD)

denn ohne **nachhaltiges Wachstum** in allen Ländern wird die Schuldenkrise nicht überwunden. Wir

brauchen solidarisches Handeln, und wir brauchen eine EZB, die endlich mehr im Auge haben darf als die Inflation. Wir brauchen eine strengere **Finanzmarktregulierung** und einen Beitrag der Finanzwirtschaft zur Krisenbewältigung. Wir wollen die **Finanztransaktionssteuer**. Sie reden immer davon. In Wirklichkeit sind Sie froh, dass die Briten sie verhindern, denn Sie wollen diese gar nicht. Dabei ist sie notwendig, wenn wir in Wachstum und Beschäftigung, in Bildung sowie in soziale Infrastruktur und Kultur investieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Dass er heute schon wieder zu Fragen aufgelegt ist, wundert mich. Aber bitte, gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, Sie legen mich immer zu allen möglichen Fragen auf. Was Sie angeht, bin ich aufgelegt zu fragen: Habe ich Sie in Ihrem Beitrag richtig verstanden, dass die SPD den Empfehlungen von Helmut Schmidt in Gänze folgen sollte? - Würden Sie mit mir die Auffassung teilen, dass Peer Steinbrück dann der nächste Kanzlerkandidat der SPD wäre?

- Ich habe bei Ihren Zwischenfragen bemerkt, dass Sie die Fragen so stellen, als seien Sie im Gerichtssaal, und dass man die Fragen mit Ja oder Nein zu beantworten hätte. Der Zusammenhang mit der Kanzlerkandidatur erschließt sich mir nicht. Mir würde es schon reichen, wenn Sie das kapieren und lernen könnten, was er zum Thema Europapolitik gesagt hat. Wenn Sie das annehmen könnten, dann hätten Sie ganz viel gelernt.

(Beifall bei der SPD)

Dann würde die Debatte, die Sie in Ihrer Partei über den Mitgliederentscheid führen, mit dem Sie in Ihrer Partei sehr merkwürdig umgehen, vielleicht nicht Angst und Schrecken auslösen, sondern die FDP würde wieder die Rolle spielen, die sie früher einmal als proeuropäische Partei gespielt hat. Hier könnten Sie eine Menge von Helmut Schmidt lernen.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Insofern ist es mir eine große Freude, dass ich Ihnen heute Morgen einen Teil dieses Lernerfolgs vermitteln konnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um das **Primat der Politik**. In Europa müssen demokratische Entscheidungen gegen die Herrschaft der Finanzmärkte gesetzt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in Europa wieder eine Zukunft haben und dass sie das Vertrauen in die demokratischen Entscheidungen zurückgewinnen. Wir brauchen jetzt nicht weniger Europa, sondern wir brauchen mehr Europa. Das muss man mutiger verfolgen. Man darf nicht aus innenpolitischer Rücksichtnahme oder weil man sich fürchtet, wie dies beschrieben wird, darauf verzichten, dafür zu werben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Grund dafür, warum meine Fraktion diesen Antrag formuliert hat. Ich glaube, es beginnt hier in **Schleswig-Holstein**, dass wir uns entsprechend europäisch verhalten. Der Finanzminister wird dies vielleicht auch tun. Es beginnt vielleicht hier, dass sich die Regierung und die Regierungsfaktionen ihr Gerede dahingehend, man wolle nicht wie Griechenland werden, einmal überlegen. Vielleicht überlegen sich die Regierung und die Regierungsfaktionen einmal, ob die merkwürdige Art, mit der sie sich mit diesen Themen beschäftigen, nicht vielleicht ein bisschen fantasielos ist und ob man nicht dazu beitragen könnte.

Die gestrige Debatte über **Minderheitenpolitik** in diesem Hause hat gezeigt, wo Sie - was das europäische Verständnis angeht - noch Nachholbedarf haben. Hier sind Sie weit zurückgefallen. Nehmen Sie sich ein Beispiel an anderen. Ich bitte herzlich um Zustimmung zu unserem Antrag. Ich glaube, wir können noch einen großen Schritt in die Richtung von mehr Europa machen. Wir müssen begreifen, dass dies eine politische Aufgabe für unsere Generation ist, die wir in jedem Punkt zu erfüllen haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es gab und gibt große Europapolitiker in der SPD. Es gibt auch in der jetzigen Landtagsfraktion durchaus Kolleginnen und Kollegen, die Europa im Herzen tragen und Ahnung von der Materie haben. Es wäre gut gewesen, wenn heute einer von diesen hätte reden dürfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich habe mich gefragt, was das Ziel dieses Antrags ist. Ich bin davon ausgegangen, dass das Ziel ist, dass wir einmal grundsätzlich über die europäische Idee reden, denn dies ist in diesen Tagen notwendig, in denen man immer nur über Börsenkurse und über Stabilisierungsmaßnahmen redet. Ich habe jetzt herausgefunden, dass es eigentlich nur darum ging, wieder einmal Ihre Rolle als politischer Alphanurde in der SPD zu untermauern. Das ist schade, denn das Thema hat mehr verdient.

(Beifall bei der CDU)

Der Antrag der SPD bezieht sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse des vorletzten EU-Gipfels.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Lieber Kollege Matthiessen, unser Änderungsantrag bezieht sich im Wesentlichen auf die aktuellsten Ergebnisse.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Matthiessen, das Wort hat zurzeit Herr Abgeordneter Niclas Herbst.

Niclas Herbst [CDU]:

Ich habe bisher eine Minute und zwölf Sekunden geredet. Vielleicht bewerten Sie meine Rede am Ende, das wäre sehr nett und kollegial.

Unser Änderungsantrag betrifft die **Ergebnisse** des letzten **EU-Gipfels**, und diese sind wirklich bemerkenswert. Wir haben den Einstieg in eine echte **Fiskalunion** geschafft. Wie wegweisend dies war, was für ein Durchbruch dies ist, können Sie sich vorstellen, wenn Sie sich einmal anschauen, wer vor einem Jahr davon geredet hat, dass wir dies erreichen. Wir sind jetzt soweit, dass wir uns gegensei-

(Niclas Herbst)

tig versprechen, unsere Haushalte wieder in Ordnung zu bringen.

Solidarität ist nämlich keine Einbahnstraße, und das ist die entgegenkommende Straße. Wir sagen eben nicht nur: Starke Schultern müssen helfen. Das müssen sie, und das müssen wir den Bürgern auch erklären. Die CDU hat keinen Nachholbedarf dabei, dies in der Öffentlichkeit zu sagen. Es geht aber auch darum, Menschen - Politiker - in die Pflicht zu nehmen. Nur so schaffen wir es, die **Macht der Märkte** zu brechen, was unser gemeinsames Ziel ist. Solidarität ist also keine Einbahnstraße. Die Fiskalunion, wie sie von Angela Merkel und Nicolas Sarkozy eingeführt wurde und von der beide bereits viele Länder überzeugt haben, ist die Antwort auf die **Transferunion**. Davon sind wir überzeugt, und das ist die Antwort auf die Probleme Europas.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben die Finanzmärkte sowie die **Finanztransaktionssteuer** angesprochen.. Wenn Sie sich das Europaparlament anschauen, wenn Sie sich anschauen, wer dort wie abgestimmt hat, dann sehen Sie, dass dies gar kein großes Kampfthema mehr ist. Wenn wir uns die Ergebnisse des letzten EU-Gipfels anschauen, dann müssen Sie doch sehen, dass es jemanden - nämlich David Cameron - gab, der Lobbyist für seinen Finanzmarkt war, nämlich die City of London, den größten Finanzmarkt Europas, aber auf ihn wurde nicht gehört. Anders als früher - wie zum Beispiel beim Briten-Rabatt - haben die anderen europäischen Staaten darauf keine Rücksicht genommen. Das ist ein echter Fortschritt, den Sie hätten würdigen können.

(Beifall bei der CDU)

Ich will die Intention des Antrags durchaus würdigen, auch wenn solche Sätze wie „Menschen in Europa müssen wieder eine Zukunft haben“ in ihrer Allgemeinheit vielleicht ein bisschen schlicht sind. Wir sind auch für Zukunft. Wir sind für eine Zukunft, die gut ist für alle. Wir sind auch für eine Zukunft mit Zukunft, aber ein bisschen konkreter darf es sein.

Deshalb haben wir in unserem Antrag, den Sie vielleicht gelesen haben, die aus unserer Sicht positiven Punkte hervorgehoben, die wir hier würdigen wollen. Mit Ihrem Antrag und Ihrer Rede wollen Sie versuchen, so etwas wie einen deutsch-nationalen Angriff seitens der liberal-konservativen Regierungen Europas zu konstruieren. Da sind Sie in einer merkwürdigen Koalition mit Herrn Kaczynski. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir das Zustandekommen der **EU-Gipfel-Ergebnisse** anschauen, dann müssen Sie sehen, dass - das ist nicht selbstverständlich angesichts der verschiedenen Positionen, die es vorher gab - es eine **deutsch-französische Position** gab. Das hat nichts mit Dominanz zu tun, sondern mit Verantwortung. Die erstgrößte und die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas haben angesichts ihrer schlimmen Geschichte - die Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich hätten fast den ganzen Kontinent vernichtet - eine Verantwortung, und dieser Verantwortung sind sie gerecht geworden. Das ist keine Dominanz, das ist Verantwortung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Frage ist also: Was können wir auch hier tun? - Ich will jetzt nicht den Eindruck erwecken, als wäre die **Schuldenbremse** die Antwort auf jede politische Frage, aber hier ist sie ein ganz zentrales Element. Wenn wir uns fragen, was wir in Schleswig-Holstein tun können, so ist das natürlich, dass wir unseren Haushalt in Ordnung bringen, so wie alle Ebenen in Europa das jetzt tun sollten.

Der Antrag, den wir vorgelegt haben, geht nicht auf den vorletzten, sondern den aktuellen Gipfel ein. Er zeigt auf, dass die Ergebnisse dieses Gipfels weitreichende und positive Wirkung auf Europa und die Stabilisierung Europas haben werden. Man darf nicht erwarten, dass EU-Gipfel an einem Tag zu Ergebnissen führen, sondern es geht darum, langfristige Wege einzuschlagen. Die Verschuldung ist nicht über Nacht gekommen, und es ist immer leichter, sich zu verschulden, als zu entschulden. Da stehen wir vor einem langen Weg. Die Ergebnisse des letzten Gipfels sind ein gutes Signal für ein starkes Europa, weil sie aufzeigen, wie die Lösung aussehen kann. Es wird ein langer Weg. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Plön. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich genauso wie die Kolleginnen und Kollegen aus der Unionsfraktion gefragt, was die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag eigentlich bezweckt. Herr Kollege Dr. Stegner, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten die Gelegenheit genutzt, einmal wirklich wieder eine gute Rede zu halten mit Perspektiven und wären nicht in den altbekannten demagogisch-polemischen Stil verfallen, für alles, was in der Welt schlecht ist, CDU und FDP verantwortlich zu machen und zu suggerieren, die SPD wäre der Lösung Weisheit.

Ich habe die Rede von Helmut Schmidt auf dem Bundesparteitag der SPD mit hohem Genuss zur Kenntnis genommen und kann vielen seiner Ausführungen zustimmen. Es gibt einige Punkte, bei denen ich anderer Auffassung bin; darüber kann man sachlich streiten, ohne das mit Polemik austragen zu müssen. Ich habe festgestellt: In der SPD gibt es wirklich noch gute Leute; bedauerlicherweise sind sie über 90.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Herr Kollege Dr. Stegner, wenn Sie bei der Rede von Helmut Schmidt zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass die Staatsschuldenkrise in Europa nicht überwunden werden kann ohne die Entfaltung einer neuen **Wachstumsdynamik**. Ich hätte mir gewünscht, Sie würden einmal begreifen, was das Entfalten von Wachstumsdynamik fürs Land, für die Bundesrepublik Deutschland und auch für Europa bedeutet.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es ist ärgerlich, dass versucht wird, ein wichtiges Thema auf rund 25 Zeilen zusammenzufassen, ohne bei den Menschen im Lande dafür zu werben, warum Deutschland in der Art und Weise Solidarität üben muss innerhalb Europas, wie wir es tun müssen und tun werden, und warum wir uns darüber unterhalten müssen, ob Maßnahmen, die vorgeschlagen werden in die eine oder andere Richtung, dem Ziel, dauerhaft eine **neue Perspektive für Europa** zu entwickeln, gerecht werden oder nicht.

Herr Kollege Dr. Stegner, Ihr Antrag ist nicht nur inhaltsleer, viel schlimmer, er führt nach meiner Auffassung zu mehr Politikverdrossenheit, da wir uns mit etwas beschäftigen, was wir auf Landesebene kaum beeinflussen können. Sie erklären den

Bürgerinnen und Bürgern nicht, warum die Rettungsmaßnahmen, die beschlossen worden sind, wichtig sind. Wir müssen doch die Menschen in Deutschland davon überzeugen, dass das, was an Maßnahmen ergriffen wird, richtig und vor allem wirkungsvoll ist. Es nützt nichts - das sage ich Ihnen ausdrücklich -, wenn man als Argument Euroromantik anführt. Wir müssen verdeutlichen, dass die Hilfe nicht ausschließlich aus Nächstenliebe und Solidarität erfolgt, sondern dass diese Hilfe auch für unseren eigenen wirtschaftlichen Erfolg und unseren eigenen gesellschaftlichen Wohlstand von essenzieller Bedeutung ist,

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

dass es darum geht, den Menschen zu verdeutlichen, was auch wir von einem gemeinsamen, sich fortentwickelnden Europa haben.

Deshalb bin ich Helmut Schmidt - ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, das öffentlich zu verkünden - von dieser Stelle aus außerordentlich dankbar, dass er in seinem Redebeitrag die **historische Dimension** der Einbettung Deutschlands in einem gemeinsamen Europa verdeutlicht hat. Das hat für uns schon an sich einen Wert, und es macht gleichzeitig deutlich, dass wir in Europa eine neue Perspektive entwickeln müssen, die über das hinausgeht, was immer noch in den Köpfen vieler ist, dass wir eine reine Wirtschaftsunion seien, ausgerichtet auf den Austausch von Gütern und Dienstleistungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird eine europäische Krise unterstellt, die in Wahrheit eine **Staatsschuldenkrise** ist. Europa hat gerade wegen der Union die einmalige Chance, gemeinsam mit der Kraft und Solidarität vieler großer Volkswirtschaften diese Staatsschuldenkrise zu meistern. Ich kann Ihnen garantieren, dass weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün, die vorher regiert haben, dazu beigetragen haben, dass sich die **Griechen** in dem Ausmaß außen verschuldet haben, wie es gegenwärtig der Fall ist. Wir hätten ein geringeres Problem, wenn sie eine Binnenverschuldung hätten. Sie haben aber in den letzten zehn Jahren - aus ihrer Sicht dankenswerterweise - das Problem von innen nach außen verlagert, und das macht die Dramatik deutlich, weil viele Länder von äußeren Entscheidungen abhängig geworden sind, und nicht die Möglichkeit haben, das in eigener Zuständigkeit zu regeln.

Herr Kollege Dr. Stegner, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Auch die FDP, auch wir machen uns stark für eine schlagkräftige **Finanzmark-**

(Wolfgang Kubicki)

taufsicht, für klare Regeln. Denn ein Markt ohne Regeln ist keiner, da sich nicht ökonomische Vernunft, sondern **Marktmacht** durchsetzen würde. Wenn Sie von Neoliberalen reden - sie gehören für mich zu der Kategorie der Awoas; ich möchte das jetzt nicht weiter erklären -, dann muss Ihnen klar sein, dass es gerade Neoliberale waren, die Wettbewerbsregeln aufgestellt haben, die Kartellregeln aufgestellt haben, die erklärt haben, es darf kein Unternehmen geben, das so groß wird, dass sich der Staat im Zweifel nicht mehr gegen das Unternehmen wehren kann. Wenn Sie das begreifen würden, würden Sie verstehen, warum wir uns auch in Europa für gemeinsame Regeln einsetzen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist bemerkenswert, dass Mitarbeiter einer **Ratingagentur** mehr Einfluss auf das Wohl eines Staates haben als die Politiker des Landes, ja ganz Europas. Außer den Namen der Agenturen kennen die meisten die Akteure nicht einmal. Dem Einfluss amerikanischer Ratingagenturen müssen wir ein **europäisches Pendant** entgegensetzen und gleichzeitig ihre Macht beschneiden. Zusätzlich müssen wir dafür sorgen, dass diese **Agenturen** für Fehleinschätzungen verantwortlich gemacht werden, dass wir sie vor Gericht ziehen, dass sie Standards einhalten müssen.

(Beifall bei der FDP sowie vereinzelt bei CDU und SSW)

Nur dann werden wir feststellen, dass sie sich anders verhalten als gegenwärtig.

Herr Kollege Dr. Stegner, wir sind froh, dass **Euro-Bonds** nicht eingeführt werden. Das ist keine Frage, dass Angela Merkel abends eine Kerze ins Fenster stellt. Das macht momentan keinen Sinn. Euro-Bonds machen erst dann einen Sinn - auch da hätten Sie Helmut Schmidt zuhören sollen -, wenn wir eine gemeinsame, einheitliche Sozial- und Finanzpolitik haben.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich bin gleich fertig, Herr Präsident. - Solange wir eine solche Politik nicht haben, führen Euro-Bonds nur dazu, dass Länder mit einem besseren Rating die Schulden mitfinanzieren müssen, die Länder mit einem schlechteren Rating aufgenommen haben, mit der Folge, dass sich die Zinszahlungen verändern. Nehmen Sie die Warnungen wahr! Die Ratingagenturen werden sich am schlechtesten Teilnehmer und nicht am besten Teilnehmer orientieren, was zu einem Anstieg des **Zinsniveaus** für

alle führen wird, was niemand von uns wollen kann. Deshalb ist die jetzige Vorgehensweise sinnvoll, zunächst durch die Maßnahmen, die ergriffen worden sind, mit der **Festschreibung einer Schuldengrenze** in der Verfassung **aller Länder** für eine bessere Haushaltspolitik zu sorgen.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident, mein letzter Satz. - Dann sollten wir zu einer gemeinsamen Finanz- und Sozialpolitik kommen, sodass wir den Euro-Raum aufrechterhalten können, und am Ende können Euro-Bonds stehen. Wer die an den Anfang stellt, der vernichtet den Weg, statt ihn wirksam zu beschreiten.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, ich verweise darauf, dass der gegenüber einem Kollegen formulierte Vorhalt „Demagoge“ unparlamentarisch ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordneter Monika Heinold das Wort.

(Zurufe)

- Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer in diesen Tagen an Europa denkt, der denkt nicht an Frieden, kulturelle Vielfalt oder Reisefreiheit, sondern er macht sich Sorgen über den Euro und über die hohe Staatsverschuldung. Der europäische Gedanke droht, unter den Rädern der Finanzjongleure und unter den Schuldenbergen zermalmt zu werden. Expertenmeinung steht gegen Expertenmeinung. Es werden Rezepte vorgelegt, die unterschiedlicher und gegensätzlicher nicht sein könnten. Für uns Grüne war Europa immer mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt und mehr als bequemes Reisen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Meinungsfreiheit und Demokratie, kulturelle Vielfalt, Solidarität und der Abbau von wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten - das ist es, was

(Monika Heinold)

den europäischen Gedanken ausmacht. Mit der Einführung einer **gemeinsamen Währung** sollte dieses Europa weiter zusammenwachsen. Wie riskant es war, die Währungsunion ohne die Gleichzeitigkeit der **Wirtschaftsunion** umzusetzen, haben die letzten Monate gezeigt. Jetzt muss Europa die Versäumnisse im Galopp nachholen, die Politik muss die Grundlage für solide Staatsfinanzen und für nachhaltiges Wirtschaften schaffen und Sozial- wie Steuerdumping einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das Zaudern und Zögern der Bundesregierung muss ein Ende haben. Die Kanzlerin muss vom Bummelzug in den Intercity umsteigen und darf nicht länger heute ausschließen, was schon gestern notwendig war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Trial and Error können wir uns in der derzeitigen Situation nicht leisten. Letzte Woche wurden nun endlich auf dem **Gipfeltreffen** notwendige Pflöcke eingeschlagen. Ich sage dies auch in aller Deutlichkeit, auch wenn dies nicht ganz dem entspricht, was meine Bundeskollegen gestern gesagt haben.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Die Entscheidungen waren richtig, und es ist auch richtig gewesen, sich nicht auf den Kuhhandel mit Cameron einzulassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei SPD und CDU sowie Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wer noch immer glaubt, die **Finanzindustrie** zulaisten der Gemeinschaft schützen zu müssen, der missachtet die Lehren aus der **Finanzmarktkrise** sträflich. Die Zügel der Steuerung Europas gehören in die Hand der Politik, wir brauchen eine klare **Regulierung der Finanzmärkte**. Der Kollege Kubicki hat es eben angesprochen: Wir brauchen eine unabhängige **europäische Ratingagentur**. Dies ist zwingend, wenn die amerikanischen Ratingagenturen mit dem Euro Pingpong spielen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei CDU und SPD sowie Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Haushaltsdisziplin und Haushaltskontrolle sind richtig, helfen aber allein nicht weiter. Sie müssen Hand in Hand mit nachhaltigen Investitionspro-

grammen gehen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine große Chance gerade für die süd-europäischen Länder. Das **europäische Miteinander** muss ein Geben und Nehmen sein. Die Währungsgemeinschaft ist eine **Solidargemeinschaft**. Das vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Modell für einen **Altschuldentilgungsfonds** ist genauso richtig wie die **Einführung von Euro-Bonds**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Rettung des Euro ist im nationalen Interesse und auch im Interesse Schleswig-Holsteins. Ein Exportland ohne Abnehmer sinkt wie ein Schiff, dem der Kiel voll Wasser gelaufen ist.

Was wir in dieser Debatte am allerwenigsten brauchen, auch das ist mir wichtig, sind pauschale Beschimpfungen ganzer Nationen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei SPD und SSW)

Nicht die Griechen sind verschwenderisch, sondern der **griechische Staat** hat die Misswirtschaft zu verantworten. Nicht die Briten scheren aus der europäischen Verabredung aus, sondern die konservative Regierung in Großbritannien hat diese Entscheidung zu verantworten. Und nicht die Deutschen sind arrogant, sondern es war ein einzelner Mann - Herr Kauder -, der mit seiner Bemerkung auf dem CDU-Parteitag, jetzt werde in Europa wieder Deutsch gesprochen, viele Menschen in anderen europäischen Ländern verprellt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Wir Deutschen sind nicht die besseren Europäer. Auch wir haben **Maastricht-Kriterien** verletzt. Die Bundesregierung hat gerade eine hohe Netto-neuverschuldung beschlossen und eine Steuerreform auf Pump. Es gibt also keinen Grund, schulmeisterlich die Backen aufzublasen. Mehr Demokratie in Europa, ein starkes Europäisches Parlament, ein Europäischer Konvent, der transparent über die Weiterentwicklung der Europäischen Verträge debattiert, über Wirtschaft, Finanzen, über Soziales, über Demokratie - das ist die Zukunft Europas. Für Deutschland ist die europäische Integration ein großes und wertvolles Geschenk. Ich sehe uns alle in der Pflicht, dafür einzutreten, dass dies so bleibt.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei CDU, SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Ulrich Schippels.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Vielen Dank. Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Schuldenschnitt für Griechenland - wie im Antrag der SPD - zu begrüßen, ist das eine. Dass es bisher gar keinen **Schuldenschnitt** gibt, ist das andere. Denn bisher diskutieren die Banken mit den Regierungen darüber, wie das realisiert werden kann. Das ist noch lange nicht in trockenen Tüchern.

Das Dritte aber ist, diesen Schritt als Meilenstein zu sehen und die **Finanzkrise in Europa** in den Griff zu bekommen - das ist wieder einmal eine sozialdemokratische Meisterleistung. Sie drücken sich unserer Meinung nach wie Frau Merkel um die Wirklichkeit herum.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Grundproblem ist doch, dass Sie sich - wie auch der Gipfel letzte Woche - mit Problemen befassen, die es gar nicht gibt. Wie mit Ihrer Zustimmung zur Schuldenbremse hier im Landtag befassen sich die sozialdemokratischen mit den konservativen und liberalen Regierungen in Europa mit der Frage, wie man in einem oder zwei Jahren, wenn alles gut ist, verhindern kann, dass Länder neue Schulden machen. Aber ist das ist gar kein Ansatz, um die Probleme, die Europa hat, zu lösen. Da besteht einerseits das Problem, dass Länder sich in einer **Schuldenspirale** befinden - keine Frage. Da kommen sie aber nur heraus, wenn die Zinsen niedrig sind. Das ist übrigens auch für Schleswig-Holstein substanziell. Wenn wir in Schleswig-Holstein doppelt so hohe Zinsen zu zahlen hätten wie jetzt, stünden wir vor ganz anderen Problemen.

Da ist also die Frage zu beantworten: Wie bekommen wir jetzt heute Morgen sofort - in Europa die Zinsen in den Griff und dass die Länder ihre Zinsen zahlen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Durch einen Beschluss im Landtag wahrscheinlich!)

- Das ist absolut dringend, und dazu braucht es eine aktive **Notenbank**, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was macht die jetzt?)

Es geht nicht mehr um die Frage irgendwelcher Regulierungen, an denen Sie nun schon seit zwei Jahren scheitern, wie es auch schon gar nicht mehr um die Frage des Primats der Politik geht. Das ist viel zu abstrakt. Wir haben Griechenland an die Wand gespielt. Das Leistungsbilanzdefizit von Griechenland hat sehr viel mit unserem Exportüberschuss zu tun. Damit haben wir aktiv zur Verschuldung von Griechenland beigetragen. Jetzt spielen die Ratingagenturen Griechenland und letztlich auch den Euro kaputt.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Gern doch.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Schippels, da Sie erklären, wir hätten Griechenland an die Wand gespielt und wir müssten jetzt dafür Sorge tragen, dass schnellstmöglich die Zinsen auf ein angemessenes Niveau sinken, würden Sie freundlicherweise dem Hause erklären, wie hoch der Leitzins der Europäischen Zentralbank gegenwärtig ist und wie weit er noch sinken soll? Und würden Sie mir freundlicherweise erklären, wie groß der Leistungsaustausch zwischen Deutschland und Griechenland ist, wenn wir das Problem verursacht haben, dass Griechenland 350 Milliarden € Schulden hat?

- Herr Kubicki, das Problem ist, dass Sie zu forschen sind. Warten Sie meine Rede ab. Ich werde unsere Vorstellungen dazu ausführen.

Meine Damen und Herren, wir stehen unmittelbar vor dem Problem, dass wir aufgrund der sogenannten Konsolidierungsmaßnahmen in **Europa** am Rande einer **Rezession** stehen, die sich laufend verstärkt. Ein Land wie die Niederlande ist schon mitdrin in der Rezession. Wegen der Sparmaßnahmen ist die Prognose für das Strukturdefizit Großbritanniens von 6,5 % auf 8 % gestiegen. Das kostet zusätzlich 22 Milliarden £ pro Jahr. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete am 16. November 2011 über die Lage auf der Insel - ich zitiere mit Erlaubnis -:

(Ulrich Schippels)

„Das Produktionswachstum lässt nach, die Verbraucherstimmung bricht ein, und langsam sind die Konsequenzen der staatlichen Sparmaßnahmen zu spüren. Vor allem die Arbeitslosigkeit von Frauen im Dienstleistungssektor ist sprunghaft gestiegen - die Konsequenz der Entlastungen im öffentlichen Dienst.“

In Lettland fand vor wenigen Tagen ein Banken-Run statt. „Die Zeit“ vom 18. Mai 2011 berichtete damals - ich zitiere nochmals mit Erlaubnis des Präsidenten -:

„Die Löhne im öffentlichen Dienst wurden um 40 % gesenkt. Lettland erhöhte die Umsatzsteuer auf 22 %, verkürzte die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld und kappte die Zuschüsse an den öffentlichen Nahverkehr“

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Jetzt haben laut Statistik von 600.000 lettischen Haushalten 120.000 Kredite aufgenommen. Davon kann inzwischen jeder Dritte die Raten nicht mehr regelmäßig bedienen.

In Irland, das als super-flexibel gilt, als wirtschaftsliberales Musterland sozusagen, ist die Arbeitslosigkeit im vergangenen Monat ungeachtet einer großen Auswandererbewegung um 14,5 % gestiegen. Die Steuereinnahmen sind im November in Folge um 1,6 % hinter den Zielen zurückgeblieben. Ich könnte das Gleiche zu Italien oder zu Österreich sagen.

Im August 2011 war der Monatsrückgang bei der Industrieproduktion in der Eurozone so hoch wie das letzte Mal im September 2009. In Deutschland sind die Exporte im Oktober stark zurückgegangen, und für Ende 2011 und Anfang 2012 werden deutliche Rückgänge des BIP in der **Euro-Zone** prognostiziert.

Meine Damen und Herren, Ihre Politik der Beantwortung nie gestellter Fragen neigt sich dem Ende zu. Wir dagegen sagen: Keine Opfer für den Euro! Kein Opfer für Ihre **Konsolidierung**! Wir sagen: Her mit europaweit höheren Steuern auf Erbschaften, Vermögen und höheren Einkommen! Her mit dem Programm für Europa, das öffentliche Investitionen fördert! Her mit Programmen, die öffentlichen Reichtum steigern, an Infrastruktur, an Bildung und allem, was die Welt lebenswert macht!

(Beifall bei der LINKEN)

Das funktioniert nicht mit einer europäischen Schuldenbremse, wie jetzt vereinbart. Sie kürzen Europa zu Tode. Ein letztes Wort - ich komme zum Ende -: Ich höre den Ruf der SPD nach Wachstum und Beschäftigungsprogrammen sehr gern. Aber Sie müssen sich schon entscheiden: Kürzen oder Investieren, Schuldenbremse oder Investitionen?

(Beifall bei der LINKEN)

Beides zusammen geht nicht, meine Damen und Herren von der SPD, es sei denn, Sie heißen Torsten Albig.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SSW-Fraktion erteile ich der Fraktionsvorsitzenden Anke Spoorendonk.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich warte immer noch auf die Erklärung, wie hoch der Leitzens ist!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles spricht dafür, dass sich der Europaausschuss des Landtages regelmäßig nach Brüssel begeben sollte, um sich vor Ort über europapolitische Themen zu informieren. Denn eines sollte uns bei unserem letzten Besuch bewusst geworden sein: Aus Brüsseler Sicht sieht das europäische Geschehen anders aus als aus Berliner oder aus Kieler Sicht. Auch der Informationsaustausch mit den schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten und den Mitgliedern des Europaausschusses auf Bundesebene sollte unbedingt intensiviert werden. Nur so wird es uns gelingen, eigene Einflussmöglichkeiten auszuloten und eine europapolitische Debatte zu führen, die unseren Ansprüchen als Parlament gerecht wird. Es reicht mir also nicht aus zu sagen: „Schön, dass wir einmal darüber geredet haben.“

Auch wenn wir uns als **Landtag** mit der Debatte zu den beiden vorliegenden Anträgen an der allgemeinen politischen Meinungsbildung beteiligen, wäre ein ambitionierteres Vorgehen unserer Meinung nach notwendig. Zum einen läuft das Gesetz zum Europäischen Stabilisierungsmechanismus auch über den Bundesrat. Schon im Sommer hatten sich die Bundesländer für eine umfassende und zeitnahe Unterrichtung ausgesprochen. Zum anderen wissen wir seit der Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, dass die Beschlüsse des EU-Gipfels nicht ohne Probleme sind. Einige Presseberichte sprechen sogar davon, dass Angela

(Anke Spoorendonk)

Merkel mit den Beschlüssen des Schuldengipfels an den Rand der Legalität gegangen ist. Fest steht, dass der Beschluss, die Kreditlinie des Internationalen Währungsfonds zu erhöhen - ein knappes Drittel davon kommt aus Deutschland - nicht ohne Weiteres umzusetzen sein wird. Man könnte nämlich zu Recht meinen, dass damit der Bundestagsbeschluss, wonach insgesamt nur 211 Milliarden € für die Währungsrettung ausgegeben werden dürfen, umgangen wird. Der Chef der Bundesbank machte öffentlich aus seinem Unbehagen keinen Hehl: Der Umweg über den IWF könnte als verkappte Staatsfinanzierung entlarvt werden. Genau dies ist den **Notenbanken** nicht erlaubt. Um aus dieser Zwickmühle herauszukommen, wünscht sich die Bundesbank, dass der **Bundestag** das Vorgehen absegnet. Damit geht der Sachverhalt auch uns als Landesparlament an.

Aus parlamentarischer Sicht ist ein anderer Punkt des **Schuldengipfels** aber von noch weitreichender Bedeutung. Sollte sich die Europäische Union zu einer **Fiskalunion** mit konkreten Eingriffsrechten für die Kommission und den Europäischen Gerichtshof weiterentwickeln, dann gibt es ein verfassungsrechtliches Problem, das nicht einfach von der Hand zu weisen ist. Im Grundgesetz steht, dass allein der Bundestag über den Haushalt des Bundes entscheidet. Das passt also ausgesprochen schlecht mit den Beschlüssen des EU-Gipfels zusammen, denn ohne Zugriffsrechte auf die Etats gibt es keine Möglichkeit, das überzogene Schuldenmachen klammer Staaten zu verhindern. Diese Grundsatzdiskussion wird auch auf europäischer Ebene zu führen sein. Sie wird schon in den anderen nationalen Parlamenten der Euro-Länder geführt.

Es ist sicherlich unumgänglich, dass die **Europäische Union** mit dem neuen **Stabilitätspakt** den Finanzmärkten signalisiert, dass die Zeit des ungehemmten Schuldenmachens vorbei ist und die **Finanzwirtschaft** viel stärker kontrolliert werden muss. Dazu gehört natürlich auch eine unabhängige europäische Ratingagentur. Man könnte sogar behaupten, dass der neue Pakt einen Kompromiss ermöglicht, der zum Inhalt haben könnte: Die **EZB** löst das Schuldenproblem der Vergangenheit, die Regierungen grenzen das Risiko für die Zukunft ein. Die Schwachpunkte in dieser Argumentation habe ich vorhin schon angedeutet.

Für den Schleswig-Holsteinischen Landtag sollten aber eben diese Schwachpunkte in den Mittelpunkt der Debatte gerückt werden. Hinzu kommt dann noch die ganz zentrale Frage über die Zukunft der Europäischen Union als Ganzes. Denn Fakt ist:

Seitdem **Griechenlands Schuldenkrise** und andere Pleitekandidaten die Euro-Zone belasten, ziehen sich durch die gesamte EU zahlreiche Risse. Das deutsche Vorgehen in der Krise kann dazu führen, dass die Europäische Union zerfällt. Es sollte uns Sorgen bereiten, dass die Bundesrepublik in den letzten Monaten ihre Europapolitik grundlegend geändert hat und damit zur Zersplitterung Europas beiträgt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben eine **EU der 27** - mit Kroatien bald der 28 -, eine **Währungsunion der 17** und europäische Länder außerhalb der EU. Seitdem sich der britische Premierminister aus den Bemühungen um eine gemeinsame Fiskalpolitik der EU verabschiedet hat, haben wir zusätzlich eine „Koalition der Willigen“, 17 Euro-Länder und sechs anderer Staaten. Es wäre aus Sicht des SSW tödlich für die Europäische Union, wenn die 17 Euro-Länder jetzt auf Drängen Deutschlands und Frankreichs weiter gemeinsam vorpreschen und sich stärker politisch integrieren, denn dies führt ja nicht dazu, dass die zehn anderen dem früher oder später folgen und der **Währungsunion** beitreten. Es wird keine nationalen Mehrheiten für solche Änderungen

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss, Herr Präsident - der EU-Verträge und der Verfassungen geben. Dies gilt erst recht für jene Länder, wo dafür Volksabstimmungen erforderlich sind. Das zeigt sich ja jetzt schon.

Das ist die Gemengelage. Darum sagen wir: Wir können nicht einfach den Parteitagsbeschluss der Bundes-SPD oder die Linie von Angela Merkel absegnen. Das geht nicht. Der SSW wird sich daher der Stimme enthalten.

Wir beantragen, dass beide Anträge im Europaausschuss weiterberaten werden, damit wir hoffentlich zu einem ambitionierteren Vorgehen kommen. Es könnte sogar sein, dass wir eine gemeinsame Position des Schleswig-Holsteinischen Landtages erarbeiten können.

Präsident Torsten Geerds:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Gern.

(Anke Spoorendonk)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Liebe Frau Kollegin Spoorendonk, könnte es nicht sein, dass man dieses ambitionierte Programm, das Sie eben beschrieben haben, eher dann gemeinsam erreichen kann, wenn man sich jedenfalls über die Grundrichtungen einig ist? Dazu stellt unser Antrag genau die Fragen. Wir haben eben zur Kenntnis genommen, dass Union und FDP eine ganz andere Vorstellung von finanzieller Ausrichtung in Europa haben. Braucht man nicht die Antwort auf die Grundfrage, um das zu leisten, was Sie eben angesprochen haben?

- Lieber Herr Kollege Stegner, der Meinung könnte man durchaus sein. Ich muss aber sagen: Bei solchen Anträgen - es werden nicht die letzten sein - stehen wir immer vor der Frage: Was können wir als schleswig-holsteinisches Landesparlament bewegen? Das muss das Zentrale sein. Wir können nicht einfach sagen: Wir sind politisch denkende Menschen, wir haben unsere Parteien und dort wollen wir Einfluss ausüben. Wir müssen uns mit dem befassen, was wir als Landespolitik in diese Debatte hineinbringen wollen. Darum sage ich, es ist notwendig, dass der Europaausschuss in einer qualifizierten guten Beratung sagt: Das ist unser Anliegen als schleswig-holsteinisches Landesparlament. Ansonsten - dabei bleibe ich - werden solche Debatten immer damit enden werden, dass man sagt: „Schön, dass wir mal darüber geredet haben.“ Das kann nicht die Linie sein.

(Beifall beim SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Fraktion der SPD, der hier heute von Herrn Stegner eingebracht wurde, versucht offensichtlich ein Problem zu lösen, ohne es zu benennen. Denn an keiner Stelle dieses Antrages wird auch nur im Ansatz auf das eigentliche Problem, auf die **Ursache dieser Finanzkrise**, eingegangen. Deshalb will ich sie hier noch einmal hinzufügen.

Die derzeitige Finanzkrise ist eine **Staatsschuldenkrise**. Sie ist die Folge einer jahrzehntelangen Schuldenpolitik. Herr Stegner, dafür sind zunächst einmal nicht die Banken und auch nicht die Finanzinvestoren verantwortlich,

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Stegner ist wahrscheinlich schuld! - Zurufe von der SPD)

- man merkt ja, wie aufgeregt Sie an dieser Stelle sind -, sondern diejenigen sind dafür verantwortlich, die über Jahrzehnte hinweg in ihren staatlichen Haushalten regelmäßig mehr ausgegeben als eingenommen haben. Zu einem großen Teil haben sie dann auch noch - das holt sie jetzt wieder ein - staatliches Vermögen veräußert, um dies auch noch aufzubringen. Das ist die eigentliche Ursache. Ohne diese jedes Jahr wieder neu umzuwälzenden großen staatlichen Schulden gäbe es diese Finanzmärkte überhaupt nicht, dann gäbe es nur Finanzmärkte, denen nur tatsächliche Werte gegenüberstünden, nämlich die, die in der Wirtschaft benötigt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, dass Sie das nicht verstehen! Man ist versucht zu hinterfragen, was eigentlich der Unterschied zwischen den gefälschten Haushaltsdaten ist, mit denen Griechenland den Weg in die Eurozone eröffnet wurde, und den von Ihnen hier vorgelegten Haushaltsdaten, als Sie Finanzminister waren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Unterschied ist ganz eindeutig zu erklären: Die griechische politische Führung hat es verstanden. Das ist der Unterschied. Sie sind noch weit davon entfernt.

(Beifall bei CDU und FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So etwas nennt man Finanzminister! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Es wird beklagt, dass immer noch kein umfassendes Finanzgesamt-konzept vorliegt. Ja, in der Tat, es gibt keine **einheitliche Wirtschaftspolitik**. Ja, es gibt keine einheitliche Sozialpolitik, und ja, es gibt auch keine einheitliche Finanzpolitik. Ich wüsste auch gar nicht - wenn ich sehe, wie wir uns über diese einzelnen Facetten dieser Politikbereiche im Landtag von Schleswig-Holstein schon auseinandersetzen -, wie es gelingen sollte, dies zu erreichen.

Was es jetzt gibt, ist ein Weg zu einer **Fiskalunion**, der bedeutet, dass es eine gemeinsame Verantwortung der Länder in Europa, in der Europäischen Union, gibt. Es gibt eine **gemeinsame Verantwortung** dafür, dass mittelfristig die öffentlichen, die staatlichen Haushalte in ihren Einnahmen und Aus-

(Minister Rainer Wiegard)

gaben ausgeglichen sind und nicht mehr auf Kosten noch nicht geborener Generationen heutiges Leben organisiert wird. Das ist die Verabredung auf dem Weg zu einer Fiskalunion, die jetzt von 26 Ländern unterstützt wird. Deshalb weiß ich auch gar nicht, weshalb von einer Zersplitterung die Rede ist. Großbritannien hat sich schon häufiger einmal auch in anderen Fragen „vom Acker gemacht“.

Die Fragen, die Sie hier angesprochen haben, sind teilweise zweifellos geeignet, dazu auch einen Beitrag zu leisten, Herr Stegner. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn wir uns allein in diesem Raum umsehen, wird deutlich, wofür wir alles technische und sonstige Prüfungen festgelegt haben. Jede Steckdose ist mehrfach mit Zertifikaten belegt, damit sie keinen Schaden anrichtet. Aber Finanzmarktprodukte sind immer noch - obwohl sie meist viel größere Schäden anrichten können - ungeprüft. Deshalb ist es sicherlich sinnvoll und richtig, diesen Weg zu gehen.

Ich sage Ihnen aber, wenn Sie jetzt das **Primat der Politik** einfordern, dass wir doch hoffentlich nicht zu den Primaten der Politik zurück wollen, die es schon gegeben hat. Es war doch Primat der Politik, Leerverkäufe zuzulassen. Es war doch Primat der Politik, Hedgefonds zuzulassen.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Aber nicht unserer!)

Es war doch Primat der Politik, Griechenland in die Reihe der Euroländer aufzunehmen - und das alles von derselben Regierung, die es damals gegeben hat. Dies heute zu beklagen, ist wirklich ein Problem.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb sage ich noch einmal: Wenn Schleswig-Holstein jedes Jahr 4 Milliarden € braucht, um die fällig werdenden **alten Schulden** wieder durch neue zu ersetzen, wenn dasselbe für Deutschland in der Größenordnung von 400 Milliarden € gilt, für Frankreich in Höhe von 370 Milliarden € und für Italien in Höhe von 350 Milliarden €, dann muss man sich nicht wundern, dass es **Märkte** gibt, auf denen damit gehandelt wird. Deshalb gilt es zunächst einmal, eine ganz klare Ansage zu machen, dass man bereit ist, das Wachsen dieser Märkte dadurch zu beenden, dass man künftig nicht mehr endlos neue Schulden auf die alten draufpackt, sondern dass man damit beginnt, gezielt und geordnet in dem Maße, in dem dieser Schuldenberg nicht für die jeweiligen Beteiligten finanzierbar ist, dafür zu sorgen, dass er reduziert wird und auf ein erträgli-

ches Maß zurückgeführt wird. Das sind die Ziele, auf die wir uns gemeinsam verständigen sollten.

Deutschland - ich will sogar noch weiter gehen -, auch das kleine Schleswig-Holstein, das an Deutschland nur einen Anteil von etwas mehr als 3 % hat, jeder, kann in seinem Verantwortungsbereich das Notwendige tun und den notwendigen Beitrag dazu leisten, um Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Dazu einen Beitrag zu leisten, das ist alle Mühe wert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht nach vorn gekommen, um noch einmal auf die Polemik einzugehen. Ich glaube, das lohnt wirklich nicht, und die richtet sich ja auch selbst.

(Lachen bei der FDP)

Das zeigt im Grunde genommen auch nur den Zustand Ihrer Koalition. Darüber entscheiden die Wählerinnen und Wähler am 6. Mai 2012. Wir können sehr sicher sein, was dabei herauskommen wird.

Ich bin noch einmal nach vorn gekommen, weil mich der Beitrag von Anke Spoorendonk und die allerletzten Sätze des Finanzministers dazu ange-regt haben, hier noch einmal den Unterschied festzustellen. Jawohl, Rot-Grün hat Fehler gemacht, indem wir die Finanzmärkte nicht genügend reguliert haben. Aber die Forderung der seinerzeitigen Bundesratsmehrheit war nicht, mehr Regulierung, sondern noch weniger Regulierung einzuführen. Das ist doch der Sachverhalt, über den wir hier sprechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das meinte ich vorhin mit der Medizin. Sie wollen noch mehr von der schädlichen Medizin. Wir haben inzwischen wenigstens gelernt, dass es falsch war, auf die Märkte zu vertrauen, dass es auch falsch war, bestimmte Instrumente zuzulassen, die zulasten der Menschen missbraucht worden sind.

Herr Finanzminister, mich hat es ein bisschen erschreckt, was Sie zum Primat der Politik gesagt ha-

(Dr. Ralf Stegner)

ben. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Mein Demokratieverständnis ist schon, dass die Bürgerinnen und Bürger und die von ihnen demokratisch gewählten **Parlamente** entscheiden, was passiert und nicht Menschen, die überhaupt nicht für irgendetwas legitimiert sind, weil sie nicht kontrolliert werden und im Übrigen auch nur kurzfristige Renditeinteressen im Kopf haben und nichts anderes. Das ist nicht meine Vorstellung vom Primat der Politik, sondern das ist etwas ganz anderes.

Aber ich finde es ist ganz interessant, was wir heute über den Unterschied gehört haben. Wir unterscheiden uns nicht in der Position darüber, dass konsolidiert werden muss, dass die Haushalte konsolidiert werden müssen, sondern wir unterscheiden uns bei der Meinung dazu, dass das nicht allein ausreichen wird, sondern dass sie dazu auch noch etwas brauchen, was **Wachstum und Beschäftigung** heißt, dass Sie dazu noch etwas brauchen, was **Sozialstandards** heißt,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass Sie dazu etwas brauchen, was **Investitionen in Bildung** heißt. Er besteht auch darin, dass wir uns diesen nationalistischen Unterton, der immer da ist - und den Sie auch nicht von ungefähr formulieren, denn Sie wissen ja, dass das draußen bei den Menschen Zustimmung findet, weil sie verunsichert sind -, verkneifen.

(Christopher Vogt [FDP]: Gerhard Schröder!)

„Die Zeit“ ist keine sozialdemokratische Zeitung. Aber sie hat in der vorletzten Woche festgestellt - daran will ich erinnern -, diese sozialdemokratische Opposition - und das gilt übrigens auch für die Grünen im Bundestag - verkneife sich die reine Oppositionspose, sondern nehme ihre Verantwortung für Europa wahr

(Lachen des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

und stütze damit eine sehr schwache Regierung, die das intern gar nicht mehr begründen könne. Das schreiben unabhängige Zeitungen über das, was da geschieht. Und darauf sind wir Sozialdemokraten stolz,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Christopher Vogt [FDP]: Unabhängige Zeitung! Wer ist denn der Herausgeber der „Zeit“?)

und wir müssen das nicht im parteipolitischen Kleinklein buchstabieren. Denn das ist richtig. Wir haben nämlich Überzeugungen, für die wir eintreten. Und Überzeugung hat auch etwas mit dem Primat der Politik, sehr verehrter Herr Finanzminister.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Immer wieder gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, ich hoffe Sie stimmen mit mir darin überein, dass immer noch der Kreditgeber darüber entscheidet, unter welchen Bedingungen er einen Kredit vergibt und nicht der Kreditnehmer. Damit wäre also ein Beschluss des Landtages, wir wollen nicht mehr als 2 % Zinsen zahlen, sinnlos, wenn man für 2 % Zinsen keine entsprechenden Kredite bekommen würde.

(Zuruf von der Regierungsbank)

- So gute Zwischenrufe von der Regierungsbank werden hoffentlich im Protokoll festgehalten, damit sie für die Ewigkeit erhalten bleiben. - Mich wundert manchmal, was Sie hier mit Ihrer Rabulistik erreichen wollen. Ich sage einfach nur, dass wir politische Rahmenbedingungen zu setzen haben und dass das eine Verantwortung ist, die wir haben. Ihre volkswirtschaftlichen grandiosen Analysen von der FDP bringen uns auch nicht richtig nach vorn. Ich weiß gar nicht, warum sie nicht mehr auf Sie hört.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das frage ich mich auch immer wieder!)

Ich habe gestern gedacht, jetzt muss Herr Kubicki nach Berlin, um das zu regeln, um diese große Krise zu lösen. Aber Ihre volkswirtschaftlichen Analysen bringen uns doch an der Stelle überhaupt nicht weiter.

Der Punkt ist: Politik muss **Rahmenbedingungen** setzen in Europa. Diese dürfen nicht von den entfesselten Märkten gesetzt werden. Wir brauchen nicht mehr Markt, wie Sie immer sagen, sondern wir brauchen **regulierte Märkte**. Wir müssen uns um Rahmenbedingungen kümmern.

Wenn wir das nicht tun, dann werden die Menschen ihr Vertrauen in die Demokratie verlieren. Dann werden sie an der Demokratie verzweifeln. Ich fin-

(Dr. Ralf Stegner)

de, es ist unsere Aufgabe, darüber zu sprechen, wie wir dieses Vertrauen wiederherstellen.

Liebe Anke Spoorendonk, wenn wir im **Bundesrat** über die Frage des **Stabilitätsmechanismus** sprechen, dann können wir das nur tun, wenn wir wissen, was die Grundrichtung sein soll. Dafür sind wir auch in diesem Parlament verantwortlich. Diese Entscheidung gehört nicht in die Börsen, sondern in die Parlamente.

Deswegen müssen wir darüber diskutieren, und deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Deshalb werbe ich bei Ihnen um Zustimmung für diesen Antrag, der im Finanzausschuss - wo er hingehört - weiterberaten werden kann. Ich bitte Sie zu überdenken, ob es nicht eine Lösung für Sie sein kann, dieser Grundrichtung zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroë.

Björn Thoroë [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ein paar Worte zur Debatte loswerden. Der Herr Finanzminister hat gesagt, dass wir keine Sozial-, Wirtschafts- und Finanzunion haben können. Wenn dem so ist, würde das dazu führen, dass wir auch keinen Euro haben können.

Es war ein Fehler, vor der Einführung des Euro keine Sozial-, Wirtschafts- und Finanzunion zu schaffen. Schon vor der **Einführung des Euro** hätte verhindert werden müssen, dass es einen Steuerwettbewerb nach unten gibt und dass es einen Wettbewerb um Sozialleistungsabbau gibt. Wir müssen das ganz schnell nachholen; denn sonst wird es keinen Euro mehr geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen uns schon entscheiden: entweder mehr Europa und Euro oder beides nicht. Darauf wird es zwangsläufig hinauslaufen.

Herr Kubicki, Italien und Spanien haben überhaupt nichts von den niedrigen EZB-Zinssätzen. Wenn wir den niedrigen Zinssatz weiterreichen wollen, dann müssen wir einen **öffentlichen Bankensektor** schaffen. Dann dürfen wir nur noch Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben. Außerdem brauchen wir einen großen Schuldenschnitt, der die öffentlichen Haushalte entlastet.

Wir haben auch keine Staatsschuldenkrise. Wenn überhaupt, dann könnte man das eine Akkumulationskrise nennen. In den vergangenen Jahren haben wir den reichen Leuten immer mehr Geld gegeben. Insofern ist es völlig klar, dass die öffentlichen Kassen leer sind, wenn man dann auch noch die Steuern senkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist zwar ein Ergebnis Ihrer Politik, aber keine vom Himmel gefallene Staatsschuldenkrise, die jetzt einfach da ist und die man nur mit Kürzungen bekämpfen kann, die dazu führen, dass die Wirtschaft abgewürgt wird und alles den Bach heruntergeht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie quetschen die Länder, die Sie unter EU-Vorherrschaft gestellt haben, aus wie eine Zitrone. Das führt nur dazu, dass diejenigen, die schon vorher von den Zinsen profitiert haben, noch mehr Geld bekommen. Die normalen Leute in **Griechenland** und **Spanien** werden dadurch nur noch mehr belastet.

Es hat schon einen Grund gehabt, weshalb Josef Ackermann die „Lobbykratie-Medaille 2011“ verliehen worden ist. Das Gesetz zum Schuldenschnitt Griechenlands hat man sich nämlich von der Deutschen Bank schreiben lassen. Das ist überhaupt nicht umstritten. Deshalb war die Verleihung dieses Preises an Josef Ackermann auch sehr richtig.

(Zurufe von der CDU)

Das entlarvt, dass Sie immer noch Politik für Banken machen, aber nicht für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Kollegin Anke Spoorendonk.

(Christopher Vogt [FDP]: Das linke Lager steht ja sehr geschlossen zusammen!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da mich der Kollege Stegner vorhin direkt ansprach, will ich auf die aufgeworfene Frage eingehen. Ich bleibe dabei, dass gerade der Verlauf dieser Debatte gezeigt hat, dass eine weitere Ausschussberatung sinnvoll ist.

(Anke Spoorendonk)

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Doch. Im Ausschuss wird es möglich sein - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Doch.

Präsident Torsten Geerds:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber stimmen wir gleich ab.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Das werden wir, Herr Präsident. Ich möchte aber nur noch einmal dafür werben, dass eine Ausschussberatung bei dieser Frage Sinn macht. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Positionen, die heute im Plenum so hart aufeinandergetroffen sind, nach einer weiteren Beratung keinen Bestand mehr haben werden.

Es wäre wünschenswert und zielführend, wenn es nicht darum geht, die Grundsatzpositionen auszutauschen, sondern zu sehen, was für uns als Parlament notwendig ist, damit wir uns in die weitere politische Auseinandersetzung einklinken können.

Richtig ist natürlich, dass wir uns bei dieser Frage auch mit grundsatzpolitischen Fragen auseinandersetzen müssen. Ich bin zum Beispiel der festen Überzeugung, dass wir mit dem Wirtschaftsmodell der Bundesrepublik nicht weiterkommen werden. Wir können nicht weiterkommen, indem wir sagen: Sparen ist alles. - Herr Finanzminister, das geht nicht. Wir müssen sehen, welche Instrumente wir haben, um **Wachstum** in Europa und auch in der Bundesrepublik zu generieren.

Dabei sind wir zum Beispiel bei den **Mindestlöhnen**. Darüber werden wir später noch diskutieren. Wir kommen nicht weiter, wenn in Griechenland und in Italien weitere Handelsdefizite entstehen und die Exportüberschüsse in der Bundesrepublik weiter zunehmen. So werden wir kein Wachstum in Europa schaffen.

Das heißt, es gibt eine Reihe von Grundsatzfragen. Es gibt aber auch die Position, die ich hier vertrete, die wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag auf Bundesebene in die Debatte einbringen wollen.

Darum bleibe ich dabei: eine Ausschussberatung wäre sinnvoll.

(Beifall beim SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/2087 sowie den Änderungsantrag Drucksache 17/2114 als selbstständigen Antrag dem Europaausschuss und dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion DIE LINKE und der SSW-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag auf Überweisung abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/2087, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die SSW-Fraktion. Damit stelle ich fest, dass der Antrag abgelehnt worden ist.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/2114, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion des SSW. Damit stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 17/2114 angenommen worden ist.

Damit schließe ich die Beratung dieses Tagesordnungspunkts.

Für das Protokoll möchte ich nachträglich darauf hinweisen, dass die Frau Abgeordnete Sellier erkrankt ist. Auch ihr wünschen wir gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 35 der Tagesordnung auf:

Sechsstreifiger Ausbau der A 7

(Präsident Torsten Geerds)

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/2066

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das Haus wünscht einstimmig diesen Bericht.

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung für die Landesregierung dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme der Bitte oder Aufforderung, einen Bericht zu halten, sehr gern nach, vor allem nach einem Tag, nach dem das **Bundesverkehrsministerium** den Startschuss für das **Vergabeverfahren** dieser so wichtigen Strecke für Schleswig-Holstein und für die Anbindung Schleswig-Holsteins gegeben hat. Wir sehen als Landesregierung in diesem 65 km langen Abschnitt in Schleswig-Holstein und dessen Verbreiterung einen wichtigen Baustein in unserer Strategie, die verkehrliche Anbindung Schleswig-Holsteins noch einmal zu verbessern. Das ist Grundlage unserer Wirtschaftspolitik. Denn die verkehrliche Anbindung und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schleswig-Holstein ist die Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum in diesem Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

In diesem Fall hat es auch noch eine ganz praktische Verbesserung zur Folge. Jeder, der regelmäßig auf der **A 7** unterwegs ist, weiß, wie die Verhältnisse dort sind. Ich zum Beispiel plane inzwischen für die Fahrt nach Hamburg 15 Minuten länger ein, als ich es vor fünf Jahren noch getan habe. Insofern wird der Ausbau, der zunächst einmal mit Baustellen einhergeht - das muss man sagen - dazu führen, dass auf längere Sicht die Verkehrsverhältnisse besser werden. Das ist eine Erleichterung für alle Berufstätigen, die dort fahren, für die **Pendler**, die die Straße benutzen, aber auch für die Logistiker, die **Spediture** und alle Autofahrer. Denn die A 7 ist wahrscheinlich die Route in Deutschland, die am stärksten vom Bettenwechsel in Dänemark betroffen ist für alle, die durch Schleswig-Holstein durchfahren, um nach Dänemark zu kommen, oder für

diejenigen, die in diesem schönen Land **Urlaub** machen wollen.

Die A 7 spielt eine herausragende Rolle. Sie ist die wichtigste **Nord-Süd-Verbindung** nach Skandinavien und nach Süddeutschland, und sie ist das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur. Deshalb ist es notwendig, sie leistungsfähig zu halten und sie auch als eine attraktive Verkehrsverbindung weiter auszubauen. Dazu planen Schleswig-Holstein und die Freie und Hansestadt Hamburg sowie die von den beiden Ländern beauftragte DEGES gemeinsam den Ausbau zwischen dem **Autobahndreieck Bordsesdholm** und dem **Elbtunnel** in Hamburg von vier auf sechs beziehungsweise auf acht Fahrstreifen, um die A 7 an die wachsenden **Verkehrsmengen** anzupassen.

Schon in einer frühen Planungsphase wurde entschieden, diesen Ausbau als **ÖPP-Projekt** zu realisieren. Hierbei unternimmt ein privates Unternehmen den Bau, die Erhaltung und den Betrieb der Strecke. Mit dem ÖPP-Ansatz wollen wir vor allem den öffentlichen Haushalt von einem wesentlichen Teil der Anfangsinvestitionen entlasten oder - anders gesagt - ermöglichen, dass in absehbarer Zeit überhaupt gebaut werden kann. Wir versprechen uns aber auch Effizienzvorteile durch die Einheit von Bau, Erhaltung und Betrieb.

Die **Konzessionsstrecke** dieses ÖPP-Projektes wird von der **Anschlussstelle Neumünster-Nord bis südlich** des Autobahndreiecks **Hamburg Nord-west** verlaufen. Der nördlichste Abschnitt der Ausbaustrecke soll zwar konzessionär gebaut werden, aber Erhaltung und Betriebsdienst verbleiben in staatlicher Hand. Ich könnte jetzt darlegen, warum das so ist. Das hängt mit der Lokalisierung einer bestimmten Autobahnmeisterei zusammen. Aber ich will das hier nicht im Einzelnen ausführen. Glauben Sie mir einfach, dass es sinnvoll ist, so zu verfahren.

(Christopher Vogt [FDP]: Machen wir!)

Meine Damen und Herren, der aktuelle Planungsstand stellt sich wie folgt dar: Beide Länder haben die DEGES, die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH, mit den Planungen der anschließenden Baudurchführung beauftragt. Für alle Abschnitte sind die Bauentwürfe genehmigt. Für den nördlichsten Abschnitt vom Autobahndreieck Bordsesdholm bis zur Anschlussstelle Neumünster-Nord liegt bereits ein rechtskräftiger **Planfeststellungsbeschluss** vor. Für die weiteren fünf Abschnitte bis zur Landesgrenze zu Hamburg werden diese Beschlüsse bis Mitte 2012 erwartet.

(Minister Jost de Jager)

Der nächste Schritt bei der Realisierung, der gestern erfolgt ist, ist ein echter Meilenstein. Gestern hat das Bundesverkehrsministerium den Startschuss für das Vergabeverfahren gegeben und die **Vergabebekanntmachung** sowie das dazugehörige Informationsmemorandum auf den Weg gebracht. Das bedeutet jetzt, dass bis zum Frühjahr potenzielle **Bieter** die Möglichkeit haben, Teilnahmeanträge einzureichen. Gleichzeitig wird die Ausführungsplanung für den Ausbau der A 7 durch die DEGES erstellt. Im August 2012 werden die Vergabeunterlagen an die ausgewählten Bieter versandt. Das ist ein ehrgeiziges Ziel, weil es mit einigem Verwaltungsaufwand einhergeht. Dann wird damit gerechnet, dass im Verlauf des Jahres 2013, wahrscheinlich im Herbst, der **Vertrag** mit dem **Konzessionär** abgeschlossen und im **Jahr 2014** mit dem **Ausbau** begonnen werden kann.

Dann folgt eine vierjährige Zeit der Baustellen. Die sind allerdings in Absprache mit Hamburg so getaktet, dass es keine übermäßige Belastung einzelner Strecken gibt, auch keine übermäßige Belastung bestimmter Pendler, die in bestimmten Abschnitten unterwegs sind. **Ab 2018** wird diese Verbreiterung dann fertig sein. Dann wird sozusagen als Folge des Preises der Baustelle, den man akzeptieren musste, eine deutliche Verbesserung des Verkehrsweges in Schleswig-Holstein auf der Route A 7 erfolgen. Ich glaube, das ist eine gute Entwicklung für Schleswig-Holstein, und wir sollten sie alle tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich weitere Gäste, und zwar Schülerinnen und Schüler der Domschule aus Schleswig sowie vom Regionalen Bildungszentrum Wirtschaft, Kiel. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holsteins Verkehrsinfrastruktur kommt weiter voran. Das ist die Kernbotschaft und die gute Botschaft des Berichts unseres Wirtschaftsministers Jost de Jager, für den ich sehr herzlich danke.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es ist gut für unser Land, dass es nicht nur bei der A 20 und der westlichen Elbquerung vorangeht, dass nicht nur die feste Fehmarnbelt-Querung auf der Agenda steht, sondern eben auch der **sechsstreifige Ausbau der A 7**. Denn das ist eine überzeugende und richtungsweisende Verkehrspolitik, die Zukunftschancen für unser Land sichert.

Der Ausbau der A 7 als Nordsüd-Tangente im **transeuropäischen Straßennetz** ist von überragender Bedeutung. Das gilt nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern das gilt auch für Niedersachsen, wie wir letzte Woche von Ministerpräsident McAllister hören konnten. Denn Verkehrswege verbinden Regionen und Wirtschaftszentren und das nicht nur national, sondern zunehmend in internationalem Maßstab. Wir müssen in Europa europäisch denken.

Die A 7 ist eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen innerhalb Deutschlands und gleichzeitig eine **Hauptachse** zwischen den **skandinavischen Ländern und Mitteleuropa**. Wir werden unsere Rolle als Brücke und Drehscheibe im Ostseeraum nur dann wahrnehmen können, wenn wir auch der A 7 eine besondere Bedeutung zumessen.

Deshalb begrüßen wir es als CDU ausdrücklich, dass die sechsstreifige Erweiterung der A-7-Strecke in Schleswig-Holstein jetzt vorangeht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, nach dem Abschluss der Planfeststellungsverfahren für die sechs Bauabschnitte hat gestern das Konzessionierungsverfahren für die Baumaßnahme begonnen. - Das ist eine gute Nachricht, damit 2014 auch konkret mit dem Bau gestartet werden kann. Die Maßnahme wird als ÖPP-Projekt geplant und realisiert. Denn mit **privaten Finanzierungselementen** kann auch eine beschleunigte Realisierung erfolgen.

Der sechsstreifige Ausbau der A 7 hat eine hohe **Erschließungswirkung** für die Mitte unseres Landes und für die Landeshauptstadt Kiel. Wir geben mit diesem Ausbau aber auch ein klares Zeichen an den Norden Schleswig-Holsteins. Das bedeutet, dass es mit der CDU keine Vernachlässigung des Nordens gegenüber der **Fehmarnbelt-Querung** geben wird. Wir machen beide Linien zukunftsfest, die Fehmarnbelt-Querung ebenso wie die **Jütland-Route**.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es falsch, wenn uns die Grünen bei der Dänemark-Strategie das Gegeneinanderausspielen der **Regionen** in der **Infrastruktur** vorwerfen.

(Johannes Callsen)

Für uns gilt: Wir wollen Wachstum und Wohlstand in ganz Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die CDU als die Verkehrsinfrastrukturpartei im Norden gibt ein klares Signal an die Wirtschaft und die Menschen, dass Schleswig-Holstein mit seiner zukünftigen Infrastruktur nach wie vor ein hervorragender **Standort** für **Industrie und Handel** sein wird. Dieses Bekenntnis ist wichtig und unterscheidet uns im Übrigen auch von anderen Parteien dieses Hauses. Hier nenne ich besonders die Grünen, die die **A 20** und die **Belt-Querung** skeptisch sehen und den **A-7-Ausbau** ablehnen. Sie rufen in ihrem Wahlprogramm - jedenfalls im Entwurf - stattdessen das „Fahrradland Schleswig-Holstein“ aus. Das ist zwar idyllisch, aber nicht zukunftsgerichtet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Denn es bringt keine zusätzlichen industriellen oder mittelständischen Arbeitsplätze nach Schleswig-Holstein.

Im Übrigen: Auch Windkraftanlagen brauchen erst einmal eine Autobahn, damit sie dort hinkommen, wo sie am Ende zur Klimaverbesserung beitragen. Wir wollen uns nicht von den Warenströmen der Zukunft abhängen lassen. Eine dynamische Region zeichnet sich durch Wachstum aus, und Wachstum schaffen Sie nur, wenn die Infrastruktur gegeben ist. Ohne Infrastruktur kein Wachstum, so einfach ist die Logik.

(Beifall bei CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den sechsstreifigen Ausbau der A 7 verbessern wir die Standortbedingungen in Schleswig-Holstein nachhaltig und für die Zukunft. Ich danke für das Engagement des Wirtschaftsministers.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Bernd Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Irgendwie werde ich das Gefühl nicht los, auch bei der Diskussion heute: Die Regierung hat sich einen Berichtsantrag bestellt und CDU und FDP haben korrekt und pünktlich geliefert. So weit, so gut. Wir haben diese ganze Diskussion ja schon mit Ihrem Vorgänger, Herrn Auster-

mann, geführt, auch die Vergabe über DEGES und über neue Finanzierungsmöglichkeiten. Da gab es durchaus unterschiedliche Auffassungen. Ich habe natürlich ein gewisses Verständnis dafür, dass in den wenigen Monaten bis zur Wahl noch der eine oder andere Berichtsantrag kommen wird. Ich gehe davon aus, im Januar Fortsetzung der A-20-Ausbauemühungen, bisheriger Zeitverzug oder welche Dinge es noch gibt - zum Beispiel AKN, die neuesten Entwicklungen in diesem Bereich. Es gibt genügend Dinge, die wir hier noch diskutieren können.

(Christopher Vogt [FDP]: Genau, machen wir!)

Ich sage hier auch ganz deutlich und klar, damit gar nicht erst der Versuch gemacht wird, etwas anderes in den Raum zu stellen, Kollege Callsen: Die SPD-Fraktion hat sich immer klar zu den Infrastrukturmaßnahmen in diesem Lande bekannt und hat sich auch klar zum Ausbau der A 7 bekannt.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für etliche andere **Infrastrukturmaßnahmen**.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie schon, Herr Schröder!)

Ich zitiere:

„Mit der Fertigstellung der A 20, mit einer Elbquerung bei Glückstadt, dem Ausbau der A 21 und einer östlichen Elbquerung, der Entwicklung von A 1, A 7, A 23 und einer festen Fehmarnbelt-Querung mit Hinterlandanbindung schaffen wir die überregionalen Verbindungen, um teilzuhaben an den wirtschafts- und wachstumsstarken Regionen Europas.“

(Beifall bei der SPD)

Das ist aus dem aktuellen Wahlprogramm der SPD Schleswig-Holstein und hat nach wie vor eine ganz klare Aussagekraft. Daran werden auch irgendwelche Unkenrufe von denen, die abgewirtschaftet haben, nichts ändern.

(Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Wie reden Sie über Herrn Stegner? Unmöglich!)

1978 ist hier in Schleswig-Holstein mit der Fertigstellung der A 7 bis nach Dänemark ein Lückenschluss gelungen, der viel mit dem Zusammenwachsen Europas - darüber haben ja heute diskutiert - zu tun hat. Die Verbesserung der **Verkehrs-**

(Bernd Schröder)

Infrastruktur im Landesteil Schleswig und der **deutsch-dänischen Verkehrswege** ist ein bedeutender Teil von Europa. Das zeigte sich nicht zuletzt bei der am 20. Mai 2008 zwischen der Region Syddanmark und dem Land Schleswig-Holstein getroffenen Vereinbarung zum grenzüberschreitenden Verkehr und zur Mobilität gerade auch im Norden des Landes.

Schleswig-Holstein als Drehscheibe im Norden konnte mit den Verkehrsströmen, die seit über 40 Jahren über die A 7 abgewickelt worden sind, auch wirtschaftlich wachsen und konnte davon profitieren. Seit einigen Jahren wird deutlich, dass dieses Wachstum einen weiteren Ausbau fordert. Deshalb ist es konsequent gewesen, dass wir darum gekämpft haben, dass dieser **Ausbau** in den **vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans** aufgenommen worden ist.

Es ist aber auch so, Herr Minister - dazu gab es ja auch Presseerklärungen in den letzten 14 Tagen über Ihr Treffen mit dem Senator Horch in Hamburg -, dass auch **Hamburg** seinen Teil dazu beizutragen hat. Dieses Nadelöhr wird nur zu beseitigen sein, wenn auf Hamburger Gebiet der **achtspurige Ausbau bis zum Elbtunnel** gelingt und fertiggestellt wird. Ich sage auch ganz deutlich, die schwarz-grüne Regierungszeit hat dieses Projekt nicht unbedingt gefördert und schneller auf den Weg gebracht. Insofern ist es schon ganz gut, dass jetzt in der Zusammenarbeit Fakten geschaffen werden.

Es ist aber nicht alles, wenn jetzt die A 7 ausgebaut wird. Es wird darum gehen, das Nadelöhr zu beseitigen. Es wird darum gehen, die **A 23** in der Einfädung auszubauen; das geht auch nur durch größere Baumaßnahmen. Das ganze Paket wird nur dadurch komplett, dass Dinge wie der **Ausbau der AKN** - wir haben das hier vor Kurzem diskutiert - und die Schaffung von **Park- und Ridemöglichkeiten im Hamburger Umland** erfolgen, um attraktive Pendlerströme auch in der Metropolregion zuzulassen. Das wird die Aufgabe sein, die verantwortliche Politik in den nächsten Jahren zu leisten hat.

Insgesamt zum Ausdruck gebracht: Wir wollen Verbesserungen der Infrastruktur im Land. Ich habe das gesagt, und wir stehen zu dieser Verantwortung. Wir sind an der Seite der Regierung, dass diese Maßnahmen konsequent umgesetzt werden, um diese Ziele zu erreichen, um das Angebot für Pendlerströme, gerade in der Metropolregion, zu verbessern und um die Wirtschaftskraft in Schleswig-Hol-

stein zu erhöhen und Arbeits- und Ausbildungsplätze in diesem Land zu schaffen und zu sichern.

(Beifall bei SPD und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich natürlich auch dem Wirtschaftsminister für seinen Bericht. Der A-7-Ausbau schreitet voran, und das ist wirklich gut; denn der sechsstreifige Ausbau der A 7 ist eine zukunftsweisende Stärkung der wichtigsten Nord-Süd-Achse in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die FDP-Fraktion steht ganz klar zu diesem Ausbauprojekt; denn **Mobilität** hat eine Schlüsselfunktion in unserer Gesellschaft. Mobilität schafft die Voraussetzung für Beschäftigung, Wohlstand und persönliche Freiheit. Und Mobilität ist natürlich auch ein Eckpfeiler **wirtschaftlichen Wachstums**, echten Wachstums, meine Damen und Herren von den Grünen, auch wenn das für Sie mit Ihren gefühlten Wohlfahrtsphantasien nicht nachvollziehbar sein mag.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen mit einer effizienten Verkehrspolitik die Mobilität für heute und auch für morgen sichern. Der **Ausbau der A 7** zwischen dem **Autobahndreieck Bordesholm** und dem **Hamburger Elbtunnel** ist dabei ein ganz wichtiger Baustein. Gerade die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist auf ein hervorragendes Verkehrsnetz angewiesen. Schleswig-Holstein ist ein **Logistik- und natürlich auch ein Tourismusstandort**. Da ist eine gute Verkehrsinfrastruktur unerlässlich.

Meine Damen und Herren, die A 7 ist die längste Autobahn in Deutschland, und sie ist eine der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen zwischen Skandinavien und Zentraleuropa. Mit dem Ausbau wird die A 7 an die **wachsenden Verkehrsmengen** angepasst. Unsere Infrastrukturpolitik orientiert sich nicht an grünen oder linken Wunschträumen, sondern eben an den Realitäten auf dem Verkehrsmarkt. Diese Realitäten sollten Sie wirklich mal zur Kenntnis nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

(Oliver Kumbartzky)

Die **Straße** ist und bleibt **Hauptverkehrsträger** mit rund 90 % des Personenverkehrs und über 70 % des Güterverkehrs.

Es ist schon angeklungen, der letzte **Landespartei-tag der Grünen** war wirklich ein verkehrspolitischer Offenbarungseid. Damit meine ich nicht nur Ihr Nein zur Fehmarnbelt-Querung und zum Weiterbau der A 20, sondern auch Ihre wirklich skurrile Ablehnung, die Erweiterung der A 7 auf Sechsspurigkeit auch nur zu prüfen. Aber keine Sorge, auf die Prüfung oder Nichtprüfung durch die Grünen kommt es in diesem Fall nicht an; denn wir haben es gerade vom Wirtschaftsminister gehört, der Ausbau der A 7 schreitet voran. Auch das gewählte **ÖPP-Verfahren** begrüßen wir.

(Beifall bei FDP und CDU)

Zudem gehört der Ausbau der A 7 zu den Projekten des **vordringlichen Bedarfs** im aktuellen Bundesverkehrswegeplan. Aber vielleicht haben das noch nicht alle Grünen gewusst.

Meine Damen und Herren, wir brauchen und wir wollen nicht nur den Ausbau der A 7, sondern ganz besonders auch den Bau der **A 20** und einer **Elbquerung bei Glücksstadt** und natürlich auch die **festen Fehmarnbelt-Querung** samt Hinterlandanbindung. Wir müssen auch nicht nur die A 7 als wichtige Nord-Süd-Achse im Auge haben, sondern auch den Aus- und Weiterbau der **A 23** beziehungsweise der **B 5**. Die A 7 könnte so entlastet werden. Das gilt insbesondere nördlich des Bordesholmer Dreiecks.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen gleiche, durch Infrastruktur vermittelte Entwicklungschancen für alle Regionen des Landes. Daher setzen wir uns dafür ein, den mehrstreifigen Ausbau der B 5 als Fortsetzung der A 23 von Heide bis zur dänischen Grenze mit höchster Priorität im kommenden Bundesverkehrswegeplan zu versehen, auch um eine leistungsfähige **Anbindung** an die in Dänemark geplante **Westküstenautobahn** zu realisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die eben genannten Bauvorhaben bringen Schleswig-Holstein voran. Grüne und LINKE treten ja gern bei großen Infrastrukturvorhaben auf die Bremse. Sie stehen wahrscheinlich lieber im Stau.

Um das ganze Thema zusammenzufassen: Mobilität ist ein Grundbedürfnis von Menschen und die Voraussetzung für individuelle Lebensqualität und Wirtschaftswachstum. Wer die strukturelle Schuldenkrise überwinden will, muss natürlich auch auf

Wachstum setzen. Die Voraussetzung für Wachstum besteht aber nicht in der Schaffung von neuen Feuchtgebieten, sondern in einer gesunden Infrastruktur.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Grünen aber - das zeigt ja auch, wes Geistes Kind sie sind - wollen nicht nur die feste Fehmarnbelt-Querung und die Elbvertiefung blockieren, sie wollen weiterhin alle Autobahnprojekte im Lande verhindern: Kein Ausbau der B 404 zur A 21, keine Verbreiterung der A 7, keine A 20 Richtung Westküste. Diese Haltung ist wirklich brandgefährlich für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins. Die **Unterschiede in der Verkehrspolitik** sind wirklich sehr deutlich. Wir weisen auch immer wieder gern darauf hin: Schwarz-Gelb baut, Grün staut!

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Brüssel wurde versucht, den Euro zu retten, und in Durban wurde versucht, das Weltklima zu retten. Euro- und Klimakrise sind von ihrer Entstehung her eng verbunden. So sehen das übrigens nicht nur die Grünen, sondern ich darf den Bundesumweltminister Norbert Röttgen zitieren, der in Durban, wie ich finde, einen ganz richtigen Satz gesagt hat. Ich zitiere mit Verlaub, Herr Präsident:

„Die großen Krisen unserer Zeit erwachsen aus einem Denken und einer Politik, die kein Morgen kennt.“

Verkehrspolitik ist vor allem **Umwelt- und Klimapolitik**. Die durch den zunehmenden Verkehr ausgelöste **Kohlenstoffdioxidbelastung** ist immens. 20 % der Gesamtemissionen entfallen auf den Verkehr, davon 93,7 % auf den Straßenverkehr.

Wir müssen angesichts der Klimakrise bei allen weiteren **Planungen** sehr wohl an das Morgen denken. Diese Erkenntnis ist hoffentlich nicht nur bei einem fortschrittlichen Christdemokraten angekommen, sondern kommt, hoffe ich, irgendwann bei uns allen an.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Die zentrale Frage, um die es uns geht, ist: Wie stellen wir **Mobilität** im 21. Jahrhundert sicher? Wie sieht diese Mobilität aus, und ist die Autobahn die einzig seligmachende Problemlösung? Sie sind ja dieser Meinung. Wir wollen uns dieser Frage vor dem Hintergrund der Klimakrise ganzheitlich stellen.

(Christopher Vogt [FDP]: Eben nicht! Stau vor Hamburg!)

Der **Personenpendlerverkehr** muss auf die **Schiene verlagert** werden. Dazu haben wir in unserem Programm vorgeschlagen, den Metroexpress auszubauen und parallel zur A 7 die **Schiene** zu entwickeln. Wir brauchen ebenso moderne „Park and Ride“- und - das Fahrrad ist angesprochen - auch „Bike and Ride“-Konzepte. Wir sehen das in modernen Metropolen. Die Leute wollen im Grunde genommen sehr schnell von A nach B kommen. Wenn ich von Quickborn nach Hamburg mit dem Fahrzeug unterwegs bin und, unabhängig davon, ob Sie die A 7 ausbauen oder nicht, eineinhalb Stunden brauche, dann ist die Frage, die sich Berufspendler stellen: Wie komme ich schneller nach Hamburg? Deshalb ist für uns ganz klar: Wir brauchen moderne **Verkehrslenkungssysteme**. Der Verkehr, der nach Hamburg hineinführt, ist zu 75 % Hamburger interner Verkehr.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Johannes Callsen?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vom Abgeordneten Callsen? - Sehr gern.

Johannes Callsen [CDU]: Ich bedanke mich. Das war auch nur die Testfrage, ob der Name richtig ausgesprochen ist.

- Ich muss das einmal aufklären. Johannes, ich habe einen Freund, der heißt Callesen. Ich habe da irgendwie eine Ähnlichkeitshemmung. Ich entschuldige mich noch einmal.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Kollege, Sie sprechen über die Fahrt von Quickborn nach Hamburg und die Erreichbarkeit mit dem Zug, mit öffentlichen Verkehrsmitteln und im Zweifel mit dem Fahrrad. Können Sie mir erklären, wie das bei mir von Mohrkirch nach Kiel oder generell im ländlichen Raum funktionieren soll?

- Es ist schon einmal spannend, dass Sie von der A 7 jetzt insgesamt auf die Verkehrs- und Mobilitätspolitik in Schleswig-Holstein kommen. In der Tat sind wir der Meinung, dass wir moderne Verkehrsmobilitätskonzepte brauchen. Dazu gehören natürlich in erster Linie der Ausbau des ÖPNV, aber auch Mitfahrzentralen und im Grunde genommen alles das, was in der Strategie **CO₂ vermeidet**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern gehe ich mit, wenn wir diese Konzepte gemeinsam besprechen wollen: CO₂-Vermeidung angesichts der Klimakrise.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen weiteren Aspekt nennen. Ich frage mich auch - Sie sind sehr stark dabei, den Neubau zu postulieren -: Warum heben wir nicht die Effizienzen im System? Wir haben doch folgendes Problem. Wir leben in Deutschland vom **Werteverzehr** unserer Infrastruktur. Wir brauchten 37 Milliarden €, um die bereits geschaffene **Infrastruktur zu ertüchtigen**. Da rede ich nicht über Neubau, sondern ich rede von einem Brot-und-Buttergeschäft, das, was wir haben, zu ertüchtigen. Was bringt es uns jetzt, wenn wir Millionen in die A 7 investieren, und dann fallen uns bei der Rader Hochbrücke die Bolzen heraus, und wir stauen das, was wir in Hamburg auflösen, wieder an einer Brücke?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

9 Milliarden € wird es kosten, unsere Brücken zu ertüchtigen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: In ganz Deutschland!)

- Ja, aber wir haben in Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren nun einmal viele Brücken, Herr Arp. Das sollten auch Sie wissen.

Wir müssen uns also die Frage stellen, wie wir eine moderne Mobilitäts- und Verkehrspolitik mit den Erfordernissen der Schuldenbremse und der Finanzpolitik harmonisieren. Das ist die zentrale Frage. Es ist richtig, die A 7 gehört zu den vordringlichen Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans. Aber Sie feiern jetzt schon die Ausschreibung. Man muss doch einmal sagen, im **Entwurf des Investitionsrahmenplans von 2011 bis 2015**, der mir vorliegt, sind keine Bundesmittel für den Ausbau vorgesehen. Jetzt suchen Sie einen Investor, der bereit ist, mitweniger als 50 % einzusteigen. 50 % ist die Höchstgrenze. Es wird eher so sein, dass Sie niemanden finden werden. Die Firmen werden das

(Dr. Andreas Tietze)

hochreizen, möglichst viel öffentliches Geld in dieses Projekt hineinzunehmen. Auch muss der **Bund** auf **Lkw-Maut-Einnahmen** verzichten. Auch da wird es haushaltspolitische Folgewirkungen geben.

Sie haben auch das **PPP-Projekt** genannt. Ich habe das jetzt so verstanden Herr Minister, quick and dirty, PPP, bringt jetzt schnell den Erfolg. Ich bin da skeptisch. Ich will PPP nicht grundsätzlich verteufeln, aber im Grunde genommen haben wir die negative Erfahrung im Straßenbau. Was ist bei der **L 192** passiert? - Quick and dirty, eine Straße, 30 km im Norden, gebaut, 300 Bäume plattgemacht und jetzt - der Umdruck, über den wir debattieren, sagt es sehr deutlich - zahlen wir als Land noch einmal drauf. „Erfolgreiches PPP“ nenne ich das nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt ein ungutes Gefühl. Deshalb ist der **sechsspurige Ausbau** nicht der Weisheit letzter Schluss.

Unsere Linie in der Verkehrspolitik bemisst sich einzig und allein an der Frage, ob der **Verkehr** in die **ökologische Wende** einbezogen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sinnvoll, frage ich mich, ist es, das Straßennetz auszubauen, wenn wir alle wissen, dass mehr Ausbau mehr Verkehr erzeugt?

(Glocke des Präsidenten)

Wir kommen doch sofort auf folgende Debatte: Die nächste Tunnelröhre muss gebaut werden. Dann möchten Sie am liebsten noch den gesamten Elbtunnel tiefer legen, damit Sie für die Elbvertiefung eine Chance haben, dass die Schiffe durchfahren können. Das ist doch Ihre Logik. Mehr Ausbau erzeugt auch **mehr Verkehr**.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Abgeordneter, ich habe jetzt eben nicht geklingelt, um Ihre Rede musikalisch zu untermalen,

(Heiterkeit)

sondern um darauf hinzuweisen, dass die Redezeit abgelaufen ist.

(Beifall)

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich bedanke mich für den Hinweis, Herr Präsident. Aber weil Weihnachten ist, hatte ich das fehlinterpretiert.

(Heiterkeit)

Präsident Torsten Geerds:

Formulieren Sie bitte den letzten Satz.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum Schluss.

(Heiterkeit)

Wir nehmen die Herausforderungen einer modernen Mobilitätspolitik in Schleswig-Holstein gern an.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoro.

Björn Thoro [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! DIE LINKE hat den **sechsspurigen Ausbau der A 7** immer abgelehnt und bleibt, nicht überraschend, bei dieser Position. Ein solcher Ausbau wäre eine weitere in Beton gegossene Manifestation einer völlig verfehlten Verkehrspolitik. Wenn es darum geht, Beton und Asphalt quer durch die Landschaft zu ziehen, kann es Schwarz-Gelb wie immer nicht schnell genug gehen. Ich würde mir einmal wünschen, dass eine ähnliche Eile bei der Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit oder der Schaffung vollwertiger, existenzsichernder Arbeit oder der Beseitigung der Ungerechtigkeiten in der Bildungspolitik auftreten würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird behauptet, ein Ausbau der A 7 würde zu positiven wirtschaftlichen Effekten für Schleswig-Holstein führen, insbesondere der nördliche Landesteil könne profitieren. Wo aber sollen diese Effekte eigentlich herkommen? Erklärtes Ziel des Ausbaus der A 7 ist es doch, Verkehrsströme schneller durch Schleswig-Holstein durchzuführen.

Die hier von Ihnen zur Begründung vorgelegten Zahlen eines steigenden Transitverkehrs sind sehr mit Vorsicht zu genießen. Dass diese zukünftig tatsächlich in einem solchen Maße steigen, ist nicht zu erwarten. Wir konnten in den letzten Wochen bundesweit lesen, dass die **Prognosen für den Verkehrswegeplan** ziemlich auf Sand gebaut sind. Absurd ist ebenso die Begründung, ein Ausbau sei not-

(Björn Thoroé)

wendig, weil dadurch regionaler Verkehr von den Landstraßen auf die Autobahn verlagert würde. Genau hierdurch würde die **Verkehrsbelastung** auf den zur A 7 führenden Straßen steigen.

Dies wird in der Planung nicht berücksichtigt. Zum Glück haben sich einige Bürgerinitiativen in den Anliegergemeinden dieses Themas angenommen und ihren Protest artikuliert. Ein Ausbau der A 7 schafft **zusätzlichen Autoverkehr**, den es ohne den Ausbau nicht geben würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anderer Aspekt, der gegen dieses Bauvorhaben spricht, ist die geplante **Durchführung** als Projekt in sogenannter **Öffentlich-Privater-Partnerschaft**. Ausbau, Erhalt und Betrieb des Autobahnabschnitts sollen für 30 Jahre an einen **privaten Konzessionär** abgegeben werden. Hierfür soll dieser im genannten Zeitraum an den Einnahmen aus der Lkw-Maut beteiligt werden. Dass Sie schon wieder ein ÖPP-Projekt im Straßenbau durchsetzen wollen, spricht nicht gerade für Ihre Lernfähigkeit. Wir können uns noch gut daran erinnern, dass dem letzten Projekt Hunderte Bäume entlang der **L 192** - auch ein ÖPP-Projekt - zum Opfer gefallen sind. Das sind die Kollateralschäden, wenn man Projekte durchführt, bei denen die Hauptsache ist, dass dabei möglichst viel Profit für Private herauskommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Schon aus grundsätzlichen Erwägungen wird DIE LINKE daher jedes Projekt in Öffentlich-Privater Partnerschaft ablehnen. Viel zu häufig ist die öffentliche Hand mit solchen Vorhaben buchstäblich gegen die Wand gefahren. Nicht nur, dass ohne **Notstaatliche Einnahmen** gemindert oder - wie bei diesem unsinnigen Projekt - Steuergeldverschwendungen verschleiert werden; Projekte in Öffentlich-Privater Partnerschaft sind immer eine versteckte **Subventionierung von Unternehmen** zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das werden wir nicht hinnehmen.

Abschließen möchte ich mit einigen kurzen Vorschlägen für eine sinnvolle Verkehrspolitik eintreten, die den tatsächlichen Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner Schleswig-Holsteins dient und nicht nur der Straßenbaulobby: Investieren Sie in den **Ausbau der Schienenverkehrswege** und des **öffentlichen Personenverkehrs**.

(Beifall bei der LINKEN)

Nehmen Sie Geld dafür in die Hand, **Güterverkehr** von der **Straße auf die Schiene** zu verlegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Setzen Sie sich im Bund dafür ein, dass die **Bahn** in die Attraktivität ihres Angebots investiert, statt durch ständige Fahrpreiserhöhungen Pendlerinnen und Pendler zu schröpfen. Nicht zuletzt: Tun Sie etwas für die Beschäftigten im **Güterverkehr**. Fernfahrerinnen und Fernfahrern ist nicht unbedingt durch breitere Autobahnen geholfen, sondern dadurch, dass zum Beispiel endlich genug **Stellplätze** zur Verfügung gestellt werden, damit Lenk- und Ruhezeiten eingehalten werden können.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Hans-Jörn Arp [CDU])

Hier besteht dringender Handlungsbedarf, hier ist Eile geboten. Eine solche Maßnahme würde - nebenbei bemerkt - auch nur einen Bruchteil der 300 Millionen € kosten, die durch einen sechsspurigen Ausbau der A 7 verschleudert würden. DIE LINKE steht für eine sozial-ökologische Verkehrswende.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die SSW-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits seit Jahren fordert der SSW den sechsstreifigen Ausbau der A 7. Gerade vor dem Hintergrund der **festen Fehmarnbelt-Querung** ist der **Ausbau der bestehenden Nord-Süd-Achsen** im Land von immenser Bedeutung. Im Gegensatz zu den prognostizierten Verkehrszahlen für die Belt-Querung verzeichnen wir bereits heute auf der A 7 ein steigendes Verkehrsaufkommen. Aus diesem Grund ist die Zielrichtung des vorliegenden Antrags richtig, auch wenn er ein bisschen zu kurz springt. Will man den Landesteil Schleswig nicht von Europa abkoppeln, dann muss die **A 7 bis zur dänischen Grenze** sechsstreifig ausgebaut werden.

Die Begründung des Antrags ist widersprüchlich. Der Ausbau der A 7 wird als elementarer Beitrag zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gesehen und als Brücke nach Skandinavien hervorgehoben. Darin stimmen wir überein. Wenn ich aber eine Brücke baue, dann verenge ich sie nicht auf halber Strecke. Dadurch schaffe ich ein Nadelöhr, und das **Nadelöhr** ist der Landesteil Schleswig. Eine Verbesserung der Anbindung des Landesteils Schleswig an das europäische Fernstraßennetz wird

(Lars Harms)

damit nicht erreicht. Für den **Wirtschaftsraum Sønderjylland/Schleswig** und insbesondere für die dort ansässigen Unternehmen sind die Nord-Süd-Achsen von Bedeutung. Die Jylland-Route ist für dänische Unternehmen das Tor zu Europa, und für deutsche Unternehmen ist sie das Tor nach Skandinavien.

Die **Verkehrsprognosen** sind weiter steigend; auch nach der Realisierung der festen Fehmarnbelt-Querung. Das Dänische Institut für Transportstudien prognostiziert bis 2025 eine **Verdopplung des Güterverkehrs** auf der Jylland-Route. Für die Region Sønderjylland wird der größte Zuwachs vorhergesagt. Das bedeutet über 50 % mehr Verkehrsaufkommen auf der A 7 über die Grenze hinaus. Aus diesem Grund gibt es auf **dänischer Seite** Bestrebungen, die **E 45** - bei uns die A 7 - nördlich der Grenze auszubauen und - ganz wichtig - eine weitere Autobahnverbindung nach Westen zu schaffen. Daher reicht der Ausbau unserer A 7 bis Bordsøholm nicht aus. Der **sechsstreifige Ausbau der A 7** muss bis zur Landesgrenze **nach Dänemark** durchgeführt werden. Alles andere wäre eine verkehrstechnische Unzulänglichkeit.

(Beifall bei beim SSW)

Ein wichtiger Punkt im Zusammenhang mit dem Ausbau der A 7 ist auch die **Errichtung von Logistikzentren** bei uns im Land. Ich hatte erst vor Kurzem die Gelegenheit, mich in Padborg über das dort ansässige Logistikzentrum zu informieren. Dabei wurde deutlich, dass so etwas heute einfach zu einer modernen Verkehrsinfrastruktur gehört. Dort kommen die Waren an und werden in der Fläche verteilt. Entsprechende Einrichtungen gibt es in Schleswig-Holstein leider bisher nicht. Wir hinken hier wieder einmal hinterher.

Das Norddeutsche Logistikzentrum liegt in erster Linie in Hamburg und seinem Hafen. Auch dort hat es in den letzten Jahren immense Zuwächse gegeben, und zwar mit steigender Tendenz. Der Hamburger Hafen und die Elbe haben aber begrenzte Kapazitäten. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Weichen rechtzeitig zu stellen und entsprechend **Logistikzentren im Land** zu schaffen, bevor es in Hamburg zum Infarkt kommt. Solche Logistikzentren haben auch einen ökologischen Wert. Ich muss nicht mit den größten Lastwagen bis in die kleinste Stadt fahren. Wenn ich solche Zentren aufbaue, dann schaffe ich etwas, was auch der Umwelt dient.

Ganz egal welche Landesregierung in den letzten Jahren am Ruder war, sie haben Ihren verkehrspolitischen Fokus immer wieder auf die Belt-Querung

gelegt und alle anderen für das Land wichtigeren Verkehrsprojekte aus dem Blick verloren. Mit Engpassungen wird immer wieder betont, wie wichtig der sechsspürige Ausbau der A 7, die Fertigstellung der A 20 mit der westlichen Elbquerung oder der Ausbau der der B 5 von Heide bis zur Grenze sind. Dasselbe gilt für die beiden grenzüberschreitenden Bahnverbindungen im Osten und im Westen sowie für das Nadelöhr Rendsburger Hochbrücke. Dies sind die **verkehrspolitischen Projekte des Landes**, die nicht weiter aufgeschoben werden dürfen. Da darf es gern ein bisschen mehr sein. Es darf nicht bei den Lippenbekenntnissen bleiben.

Die A 7 ist wichtig, wir wollen sie komplett ausbauen. Wir wollen aber auch alle **anderen Verkehrsprojekte**. Das ist wichtig sowohl für die Entwicklung der Wirtschaft und der Umwelt als auch für das tägliche Leben der Menschen, und zwar insbesondere derjenigen Menschen, die in der **Metropolregion** pendeln. Wir brauchen gute Verkehrsverbindungen. Sie sind ökologisch wichtig, und sie schaffen Arbeitsplätze. Sie tragen zu unser aller Wohlergehen bei. Deshalb ist es wichtig, weiterzumachen. Wir müssen viel mehr machen und dürfen nicht stehen bleiben.

(Beifall beim SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 17/2066 durch die Berichtserstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt für heute abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Arbeitsbedingungen für geringfügig Beschäftigte verbessern

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2064

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/2113

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/2116

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Arbeitsbedingungen für geringfügig Beschäftigte zu verbessern, ist unser Anliegen. Schlecht bezahlte, atypische und **prekäre Beschäftigung** hat rasant zugenommen. Das normale Arbeitsverhältnis ist schon lange nicht mehr der Normalfall. Über 22 % der Beschäftigten arbeiten mittlerweile im **Niedriglohnsektor**. 1,4 Millionen Menschen brauchen trotz Erwerbstätigkeit staatliche Unterstützung. Die Hälfte aller neuen Arbeitsverträge ist **befristet**. Die Zahl der **Leiharbeitsverhältnisse** hat sich in den letzten sieben Jahren verdreifacht. Leiharbeit wird zunehmend zu Tariffucht und Lohndumping missbraucht und bietet kaum Chancen, in ein **reguläres Beschäftigungsverhältnis** zu wechseln.

Diese Entwicklung hat zu einer massiven Entwertung von Arbeit, von Lebensläufen und von Erwerbsbiografien insgesamt geführt. Es gibt in Deutschland **zwei Klassen** von Beschäftigten: Die einen stehen in einem festen Arbeitsverhältnis und bekommen einen meist ausreichenden Lohn - oft, aber noch nicht oft genug, zu tariflich vereinbarten Konditionen. Die anderen müssen ihre Arbeitskraft unter Wert und oft mit großer Unsicherheit verkaufen. Sie sind befristet auf Leiharbeits-, Teilzeit- oder geringfügiger Basis beschäftigt. Diese Menschen leben und arbeiten ohne existenzsicherndes Einkommen, ohne berufliche Perspektiven und Teilhabechance. Ihnen wird die **gesellschaftliche Anerkennung** ihrer Arbeit verwehrt. Auf den Punkt gebracht: Prekäre Arbeitsverhältnisse schaffen prekäre Lebensverhältnisse.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner [SPD])

Eine Situation, die ganz besonders hart **in Teilzeit beschäftigte Frauen** trifft. Fast 40 % aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen arbeiten in Teilzeit. Fast jede dritte Frau in Deutschland arbeitet für einen Niedriglohn, während es unter den Männern mit etwa 12 % deutlich weniger sind. Es ist ein Skandal, dass bei gleicher beziehungsweise gleichwertiger Arbeit immer noch **Frauen** im Durchschnitt 23 % weniger Lohn erhalten als **Männer**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese **Ungerechtigkeit** und diesen **Missbrauch** von Minijobs durch Arbeitgeber gilt es zu bekämpfen und für Fairness auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns für gute Arbeit einsetzen. Das bedeutet, Arbeit muss gerecht bezahlt und existenzsichernd sein. Arbeit sollte unbefristet und sozialversichert und auf einem hohen Niveau des Arbeits- und Gesundheitsschutzes im Betrieb organisiert sein. Das **Auseinanderdriften unserer Gesellschaft** in immer ärmere und immer reichere Menschen muss endlich gestoppt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Unruhe)

Um die Dimension noch einmal zu verdeutlichen: In Schleswig-Holstein waren **2010** von 828.000 Beschäftigten **268.000 in geringfügiger Beschäftigung** tätig, was einem Anteil von 18,1 % entspricht. Damit liegt Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 16,6 %. Wenn man auf die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein schaut, dann ergibt sich, dass die **Städte Kiel und Lübeck** mit einem Anteil von 15,5 beziehungsweise 15,8 % den geringsten Wert an geringfügiger Beschäftigung aufweisen und im **Kreis Plön** mit 23,3 % der absolut höchste Anteil aller Beschäftigten, die ausschließlich in geringfügiger Beschäftigung tätig sind, gezählt wird. Zahlen, die sich übrigens in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der SPD-Fraktion wiederfinden. Diese Zahlen machen deutlich, dass geringfügige Beschäftigung auch in Schleswig-Holstein alles andere als ein geringfügiges Phänomen ist. Darum müssen die Arbeitsbedingungen für geringfügig Beschäftigte verbessert werden.

(Anhaltende Unruhe)

Wir fordern die Landesregierung deswegen auf, sich im **Bundesrat** für eine Reform der geringfügigen Beschäftigung und für eine verstärkte Bekämpfung der illegalen Beschäftigung einzusetzen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Es muss das **Ziel** sein, stärker darauf hinzuwirken, dass wesentliche arbeitsrechtliche Ansprüche wie zum Beispiel die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Urlaub und Kündigungsschutz durch Arbeitgeber den geringfügig Beschäftigten nicht länger vorenthalten werden. Wir fordern auch eine Begrenzung der geringfügigen Beschäftigung auf eine wöchentliche Tätigkeit von maximal 12 Stunden, damit Ausbeutung und Lohndumping verhindert werden. Minijobs müssen zurückgedrängt und dürfen nicht ausgeweitet werden. Der Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ muss für Stamm-

(Wolfgang Baasch)

beschäftigte und Leiharbeiter ohne Ausnahme gelten.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Flemming Meyer [SSW])

Darum unterscheidet sich unser Engagement vom Vorschlag der CDU- und FDP-Bundestagsfraktionen, die die **Verdienstgrenzen bei Minijobs** von 400 auf **450 €** anheben wollen. Dies ist der falsche Weg und das völlig falsche Signal. Eine Anhebung der Verdienstgrenze auf 450 € würde die Situation der davon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur noch verschlimmern.

(Beifall bei der SPD)

Die richtige Antwort ist, die Verdienstgrenze bei Minijobs nicht anzuheben und stattdessen für die **Gleichbehandlung** aller Arbeitsverhältnisse sowie für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen **Mindestlohns** zu sorgen

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

und damit verbunden auch die **Arbeitnehmerrechte** von Minijobbern und geringfügig Beschäftigten zu stärken.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Präsident Torsten Geerds:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Zweiten **Gesetz für die Modernisierung am Arbeitsmarkt** wurden beide Bereiche der geringfügigen Beschäftigung zum 1. April 2003 grundlegend reformiert. Seitdem umfassen die **geringfügigen Beschäftigten nach § 8 SGB IV** neben den geringfügig entlohnten Beschäftigten auch die kurzfristigen Beschäftigten. Ebenso wurde die damals geltende 15-Stunden-Regelung der Wochenarbeitszeit aufgehoben.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das war ein großer Fehler!)

- Das sehe ich ganz anders. - Die **Abschaffung der 15-Stunden-Grenze** diente dem Ziel, mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt zu schaffen. Darüber hinaus sollten die Arbeitsmarkteteiligen von zeitlich intensiven und aufwendigen Prüfungen entlastet werden. Das wurde geschafft.

Generell wurde mit dieser Regelung ein einfaches und unbürokratisches **Beitrags- und Meldeverfahren** geschaffen. Der Verwaltungsaufwand wurde damit deutlich gesenkt, und das war ein großer Beitrag zum Bürokratieabbau. Der SPD-Antrag führt zur verschärften Wiedereinführung, führt zu mehr Verwaltung, führt zu mehr Bürokratie. In Zeiten, wo wir **Bürokratie** abbauen wollen - alle reden davon -, bewirkt ihr Antrag das Gegenteil. Das machen wir absolut nicht mit.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Ein weiteres Ziel der Reform war es, den Weg aus der Arbeitslosigkeit, besonders der **Langzeitarbeitslosigkeit**, in das Erwerbsleben zu erleichtern. Weiterhin sollte auch **Menschen mit geringen Chancen** eine Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Besonders hohe Anteile an ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten weisen private Haushalte mit Hauspersonal sowie das Gastgewerbe und das Grundstücks- und Wohnungswesen aus. Seit **Einführung** der sogenannten **Minijob-Regelungen** stieg die Zahl der entlohnten **Beschäftigten in Privathaushalten** von 50.000 im Jahr 2003 auf über 200.000 im Jahr 2010 - eine Vervierfachung! Die staatlich geschaffenen Rahmenbedingungen für die Beschäftigung in Privathaushalten haben damit eine deutlich positive Wirkung gegen die illegale Beschäftigung in diesem Bereich bewirkt. Wir sind gegen Schwarzarbeit. Sie aber fordern mit Ihrem Antrag im Grunde genommen ein Konjunkturprogramm für Schwarzarbeit.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist ein bisschen dreist!)

- Darüber können wir uns streiten. Deshalb überweisen wir den Antrag ja auch an den Ausschuss.

Eine Substitution sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch die Aufspaltung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in geringfügige Beschäftigungen konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Zwar gibt es Branchen und einige Unternehmen, in denen sich die Zahlen der sozialversicherungspflichtigen und der geringfügig Beschäftigten gegenläufig entwickeln, in vielen Fällen entwickelt sich dies allerdings parallel.

Geringfügige Beschäftigung stellt im **Nebenerwerb** für viele Haushalte eine wichtige Hinzuverdienstmöglichkeit dar. Das dürfen wir dabei nicht vergessen. Für den Arbeitsmarkt trägt die geringfügige Beschäftigung neben der Teilzeitbeschäftigung, der Befristung und der Zeitarbeit zu einer

(Hans Hinrich Neve)

wichtigen **Flexibilisierung des Arbeitsmarkts** bei Geringfügig Beschäftigte und Vollzeitbeschäftigte haben die gleichen arbeitsrechtlichen Schutzansprüche. Es gelten die vollen **Arbeitsschutzrechte**. Herr Baasch, ich habe das in Ihrer Rede anders wahrgenommen. Die Beschäftigten haben die Möglichkeit, ihre Ansprüche vor Gericht geltend zu machen. Sie haben Anspruch auf eine sechswöchige Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber. Sie sind nicht ausgenommen von den gesetzlichen Schutzvorschriften über Urlaub und an Feiertagen. Eine **Ungleichbehandlung** von geringfügig Beschäftigten gegenüber anderen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten ist verboten.

Insofern sehen wir keine Notwendigkeit, die Regelungen für die Arbeitgeber weiter zu verschärfen. Vielmehr wird von unserer Seite die Initiative der regierungstragenden Fraktionen im Bundestag begrüßt, die **Verdienstmöglichkeiten für geringfügig entlohnte Beschäftigte** zu verbessern.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende SPD-Antrag ist ein weiterer Schritt auf dem langen Marsch der Sozialdemokraten, der sie möglichst weit von den Hartz-Gesetzen der rot-grünen Zeit wegführen soll. Im Jahr 2003 haben SPD und Grüne mit der damaligen Hartz-II-Reform die bis dahin bestehende Wochenarbeitszeitbegrenzung von 15 Stunden bei der geringfügigen Beschäftigung aufgehoben. Jetzt soll auf Wunsch der SPD eine **Wochenarbeitszeitbegrenzung von zwölf Stunden** eingeführt werden. Das wäre ein **Mindestlohn** von knapp **8,50 € pro Stunde**. Der Kollege Baasch hat aus meiner Sicht allerdings bei der Formulierung des Antrags vergessen oder nicht mitbekommen, dass sich die Vertreter von Union und FDP auf **Bundesebene** vorher schon darauf geeinigt hatten, die **Verdienstgrenzen** in diesem Bereich von 400 € auf 450 € anzuheben. Ansonsten würde er bei zwölf Wochenstunden in diesem Bereich einen Mindestlohn von über 9 € pro Stunde fordern. Das würde aus meiner Sicht eigentlich der SPD-Programmatik widersprechen, aber sei es drum.

Wir werden das ablehnen, weil wir es für kontraproduktiv halten. Wir unterstützen vielmehr die be-

schlossene Anhebung der Verdienstgrenze von 400 € auf 450 €, um die **Situation** von **geringfügig Beschäftigten** zu verbessern. Das gebietet im Übrigen schon die Entwicklung der Inflation, da das in den letzten Jahren nicht angehoben wurde. Ebenso unterstützen wir die Verbesserung der **Alterssicherung** von geringfügig Beschäftigten. Die Einigung auf Bundesebene sieht nämlich vor, dass geringfügig Beschäftigte künftig grundsätzlich voll in der **Rentenversicherung** abgesichert sein sollen und damit unter anderem Ansprüche auf **Erwerbsminderungsrente** erwerben und die Vorteile der **Riester-Förderung** in Anspruch nehmen. Die soziale Sicherheit, die in diesem Bereich oft kritisiert wird, wird damit deutlich verbessert.

(Zuruf von der SPD)

Dafür sollen die geringfügig Beschäftigten den pauschalen Rentenversicherungsbeitrag des Arbeitgebers aufstocken. Wer dies nicht möchte, kann darauf verzichten. Es bleibt dann bei der bisherigen pauschalen Abgabe des Arbeitgebers.

Die wichtigsten Argumente für die geringfügige Beschäftigung sind die hohe **Flexibilität** und die **Eindämmung der Schwarzarbeit**. Aus unserer Sicht will die SPD das aber mit ihrem Antrag konterkarieren. Die Flexibilität bei geringfügigen Beschäftigungen soll nach Wunsch der SPD deutlich eingeschränkt werden. Das verringert die Attraktivität der geringfügigen Beschäftigung und ist absolut kontraproduktiv, wenn man die Schwarzarbeit effektiv bekämpfen möchte. Die SPD möchte die Landesregierung mit ihrem Antrag auffordern, eine entsprechende Bundesratsinitiative zu unterstützen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Ich frage mich, warum Sie in Ihrem Antrag - auch in Ihrem Redebeitrag habe ich es nicht mitbekommen - nicht darauf hinweisen, dass es bereits morgen im **Bundesrat** eine Initiative von NRW gibt, die die Landesregierung anscheinend unterstützen soll. Wir sind der Meinung, dass sie das nicht tun sollte. Ich kann verstehen, dass Sie Frau Kraft im Bundesrat flankieren wollen. Wir möchten das nicht, weil wir es für kontraproduktiv halten.

Wir reden in **diesem Bereich** mittlerweile über **4 Millionen Menschen** in Deutschland, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind. Diese geringfügig Beschäftigten - der Kollege Neve hat das eben schon ausgeführt - sind arbeitsrechtlich allen anderen Beschäftigten gleichgestellt. Ihre Tätigkeit ist sozialversicherungsfrei, und es gibt Besonderheiten im Lohnsteuerrecht. Die SPD spricht im An-

(Christopher Vogt)

trag Probleme im Bereich des Urlaubsanspruchs und bei der Gewährung von weiteren Arbeitnehmerrechten an. Diese **Probleme** sind, Herr Kollege Baasch, im Einzelfall unbestritten vorhanden. Aus diesem Grund bitten wir die Landesregierung mit unserem Antrag, sich weiterhin auf Bundesebene und bei der Bundesagentur für Arbeit dafür einzusetzen, dass **geringfügig Beschäftigte** ihre **bestehenden Rechte** in den Bereichen **Urlaub, Entgeltfortzahlung** im Krankheitsfall, **Mutterschutz** sowie **Kündigungsschutz** effektiver wahrnehmen. Eine Verbesserung der Aufklärung ist hier aus unserer Sicht vonnöten.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben es formuliert: Geringfügige Beschäftigung bietet die Möglichkeit, den Weg aus der Arbeitslosigkeit zu erleichtern und auch Menschen mit geringen Chancen und geringer Qualifikation - das ist hier das Problem - die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Diese **Brückenfunktion** wird oft als völlig unzureichend und viel zu gering kritisiert. Das ist auch nicht ganz unberechtigt, aber geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind vor allem auch ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, die Sie anscheinend auch bekämpfen wollen, allerdings - finde ich - mit dem völlig falschen Ansatz.

Wir wollen die Landesregierung bitten, sich für die Beibehaltung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse einzusetzen und die Initiative aus NRW abzulehnen. Herr Kollege Baasch, ich möchte Sie auf einen Artikel in den heutigen „Kieler Nachrichten“ hinweisen, in dem es um die Ansiedlung des Unternehmens Möbel Kraft in Kiel geht. Da spricht ein Kollege von Ihnen. Ich möchte das mit Erlaubnis der Präsidentin gern zitieren:

„Rückenwind bekommt das Unternehmen vom Kieler Gewerkschaftsbund (DGB). DGB-Vorsitzender Ralf Müller-Beck, der für die SPD im Rat sitzt, freut sich über die Chance, dass viele Kieler Arbeitslose endlich wieder einen Job finden könnten. Deshalb bringen ihn die ‚populistischen Vorwürfe‘ aus dem linken Lager, Möbel Kraft biete 400-Euro-Jobs und unterbezahlte Jobs an, ebenso auf die Palme wie deren Forderung nach vertraglich festgelegter Tarifbindung. ‚Wir wehren uns dagegen, dass irgendein Hobbypolitiker aus dem linken Spektrum glaubt, Tarifpolizei zu spielen. Das ist unser Tarifgeschäft.‘ Möbel Kraft sei als solides Unternehmen und guter Ausbildungsbetrieb

meilenweit entfernt von prekären Arbeitsverhältnissen.“

(Beifall bei der FDP - Anita Klahn [FDP]: Hört hört!)

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das die Kieler SPD und der Gewerkschaftsbund in Kiel sagen. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Ihr Antrag kontraproduktiv ist, und bitte um Zustimmung für unseren Antrag.

(Beifall bei FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Tietze das Wort.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse - die sogenannten **Minijobs** - stehen immer wieder in der gesellschaftlichen Debatte. In ihrer Benchmark-Studie aus dem Jahr 2010 hat die Bertelsmann Stiftung - ich weiß nicht, ob Sie sie gelesen haben - festgestellt, dass Menschen, die im Minijob-Sektor arbeiten, sehr oft in eine Geringfügigkeitsfalle laufen. Im Gegensatz zu den tarifvertraglich abgesicherten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, sind Menschen mit Minijobs von **niedrigen Löhnen, häufigen Arbeitsplatzwechseln, Jobverlusten** und geringer Teilhabe an **Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten** betroffen.

Die Untersuchung zeigt auch, dass es keinen sachlichen Grund für die abgabenrechtliche Privilegierung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen gibt. Fragen Sie sich selbst einmal, ob Sie selbst bereit wären, in einem Minijob oder einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis unter diesen Bedingungen arbeiten zu wollen.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Grünen im Mai 2011 erklärte die Bundesregierung, dass sich die **Anzahl** der ausschließlich **geringfügig Beschäftigten** von 4,8 Millionen Menschen 2004 auf **4,9 Millionen** leicht erhöht hat. Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl der geringfügig Beschäftigten im **Nebenerwerb** allerdings deutlich von 1,7 Millionen auf **2,4 Millionen Personen** angestiegen. Nach Aussagen der Bundesregierung gelten für geringfügig Beschäftigte die gleichen Schutzrechte, die für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestehen.

(Dr. Andreas Tietze)

Die Praxis sieht allerdings ganz anders aus. Es gibt faktisch keine Gleichbehandlung. Ansprüche wie bezahlter Urlaub, Mutterschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall werden von Arbeitgebern nicht gewährt und im Übrigen auch von den Beschäftigten nicht selbstbewusst eingefordert. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Minijobs spielen als Nebentätigkeit oder als ausschließliche Erwerbstätigkeit eine wichtige Rolle im Sinne eines **Zuverdienstes** für das Haushaltseinkommen. Für Arbeitgeber - gewerblich wie privat - sind Minijobs attraktiver als flexible und niedrig bezahlte Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Veränderung unserer Wirtschaftsstruktur hin zu Dienstleistungen den Zuwachs der geringfügigen Beschäftigung exponentiell gefördert hat. Minijobs können wegen des geringen Verdienstes und der begrenzten Wochenarbeitszeit aber keine Existenz sichern. Die De-facto-Subventionierung des blühenden Minijob-Sektors durch Reduzierung der Abgabepflicht ist eine fatale Fehlentwicklung. Sie hat **Vollzeitarbeitsplätze** zerstückelt, und im Übrigen ist ein abgeschottetes Arbeitsmarktsegment entstanden - mit erheblichen Mindereinnahmen in den Sozialversicherungssystemen.

Den Minijobbern ist ein **Aufstieg** mit der Aussicht auf Mehreinkommen und Rentenansprüche jenseits der Grundsicherung verwehrt. Deshalb können wir uns über die verschiedenen Architekturbestrebungen im Arbeitsmarkt unterhalten und darüber, was wir machen müssen. Aber wenn wir uns hier wirklich vernünftig mit der Frage auseinandersetzen, kommen wir nicht darum herum, dass wir einen allgemeinen gesetzlichen **Mindestlohn** brauchen. Und wir halten ihn bei **8,50 €** für richtig, und er muss langfristig armutsfest sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Denn mit einem allgemeinen Mindestlohn wäre auch der Bereich der Minijobs positiv betroffen. Es gibt heute verbreitet die Situation, dass die SGB-II-Grundsicherungsleistungen durch Erwerbseinkommen aufgestockt werden oder geringe Verdienste mit dem bedürftigkeitsgeprüften Arbeitslosengeld II ergänzt werden. Dieser Zustand führt dazu, dass **niedrige Bruttolöhne** gezahlt und akzeptiert werden. Der Restverdienst kommt vom **Staat**. Das ist die völlig falsche Grundhaltung. Hier setzt ein Mindestlohn Grenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon heute haben wir das Problem der zunehmenden Altersarmut.

Für die nächsten 10 bis 20 Jahre wird eine dramatische Zunahme gerade der Altersarmut in unserer Gesellschaft prognostiziert. Es ist klar: Unser Arbeitsmarkt und unsere Sozialversicherungssysteme sind darauf überhaupt nicht eingestellt. Das Gutachten - ich kann sehr empfehlen, es einmal zu lesen - „Neue Wege - Gleiche Chancen - Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf“ vom Januar 2011 wurde von der Sachverständigenkommission für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung erstellt. Das Gutachten kritisiert ganz klar und eindeutig die Minijobs als erwerbsbiografische Falle insbesondere für **Frauen**. Die Gutachter empfehlen die Abschaffung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen mit ihren abgabenrechtlichen Sonderstellungen. Die Arbeitsverhältnisse des 21. Jahrhunderts werden plural differenziert sein, müssen aber auch den Ansprüchen einer dreifachen Inklusion genügen, wie wir finden: in ökonomischer Hinsicht, im Hinblick auf die persönliche Entwicklung und im Hinblick auf die soziale Integration. Dem Antrag der SPD stimmen wir zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Björn Thoroer das Wort.

Björn Thoroer [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Geringfügige Beschäftigung ist prekäre Beschäftigung. Es handelt sich um Minijobs. Mehr als 80 % dieser Minijobs werden **unterhalb der Niedriglohngrenze** von **9,85 €** pro Stunde entlohnt. Diese geringfügig Beschäftigten sind zudem völlig unzureichend sozial abgesichert. Sie entrichten keine eigenständigen Beiträge in die **sozialen Sicherungssysteme** und erwerben vor allem viel zu wenig Ansprüche.

Minijobs bieten keine eigenständige Absicherung gegen allgemeine Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Altern. In dem Maße, in dem reguläre Arbeitsverhältnisse durch Minijobs verdrängt werden, verringern sich zudem die Einnahmen der Sozialsysteme - ein neoliberaler Teufelskreis, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

5 Millionen Beschäftigte arbeiten ausschließlich in Minijobs. Die meisten von ihnen wollen mehr ar-

(Björn Thoroë)

beiten. Die meisten wollen eine Arbeit, die Existenz sichert. Stattdessen werden Sie in Arbeitsverhältnisse gepresst, die weiter von **Hartz IV** abhängig machen.

Weitere 2,5 Millionen Menschen üben einen Minijob als Nebentätigkeit aus, um ein zu niedriges Einkommen aus dem Haupterwerb aufzustocken. Gleichzeitig werden sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt.

So wird es zugleich immer schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden, der anständig entlohnt wird und von dem man leben kann. Wir brauchen keine Deregulierung oder - wie die Koalition das nennt - Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, um Schlupflöcher für Zuverdienstmöglichkeiten zu schaffen, sondern wir brauchen einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn**, damit Zuverdienst nicht nötig ist.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels
[DIE LINKE])

Minijobs tragen in erheblichem Maße zur **geschlechtsspezifischen Spaltung des Arbeitsmarktes** bei. Zwei von drei Minijobs werden von Frauen ausgeübt. Diese Frauen wollen eigentlich gar keinen Minijob. Zwei Drittel aller geringfügig beschäftigten Frauen würden gerne länger arbeiten, im Durchschnitt rund doppelt so lange. Bei den Frauen stehen einer geringfügig Beschäftigten lediglich drei versicherungspflichtige Arbeitsplätze gegenüber, bei den Männern immerhin noch sechs.

Durch die Privilegierung geringfügiger Beschäftigung wird ein überholtes Familienmodell mit dem Mann als Ernährer und der Frau als Zuverdienerin gefördert.

Minijobberinnen und Minijobber sind auch im **Arbeitsalltag** häufig benachteiligt. Obwohl das **Arbeitsrecht** auch für geringfügig Beschäftigte gilt, wird es oft missachtet. Geringfügig Beschäftigte erhalten meist keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder keinen bezahlten Urlaub. Sie werden kaum in Weiterbildungsmaßnahmen einbezogen. Das bestehende **Diskriminierungsverbot** gegenüber Teilzeitbeschäftigten wird in der Praxis viel zu oft unterlaufen.

Das alles führt dazu, dass sich Unternehmen auf Kosten der Beschäftigten immense Kostenvorteile verschaffen. Das ist eine **Umverteilung** von unten nach oben.

In der Wissenschaft wurde ein Vorschlag entwickelt, wie ein **Einstieg in die Sozialversicherungspflicht** von geringfügiger Beschäftigung ge-

staltet werden könnte, der anstatt einer abrupten Einführung der Sozialversicherungspflicht einen schrittweisen Übergang von den bisherigen Regelungen zu einer vollständigen Gleichstellung ermöglicht. Diesem Vorschlag entsprechend sollen für jede Stunde Arbeit die vollen Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden. Bis zu einer bestimmten Verdiensthöhe von beispielsweise 100 € würden die Arbeitgeber den vollen Beitrag zur Sozialversicherung in Höhe von 42 % tragen. Bei steigenden Verdiensten würden die Beschäftigten schrittweise an den Sozialversicherungsbeiträgen beteiligt, und ab 800 € Verdienst würden die Sozialversicherungsbeiträge paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert. Dieser Ansatz würde auch dazu führen, dass die Beschäftigten ihrem Einkommen entsprechende **Ansprüche aus Sozialleistungen** erwerben. Er macht zudem deutlich, dass die sogenannten Lohnnebenkosten Bestandteile des Bruttolohns sind, die der Arbeitgeber den Beschäftigten zahlt und die nur formell paritätisch erbracht werden. Entscheidend ist, dass damit den Arbeitgebern der finanzielle Anreiz genommen würde, geringfügige Beschäftigung zu schaffen, da die Summe der Sozialabgaben durchgängig bei 42 % liegt.

Für eine Gleichstellung von geringfügiger und regulärer Beschäftigung sprechen sich mittlerweile auch viele Verbände und Organisationen aus. Die Gewerkschaften fordern neue Regeln für die geringfügige Beschäftigung. Der Deutsche Frauenrat will die Geringfügigkeitsgrenze abschaffen und eine „Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro“ einführen. Auch der 68. Deutsche Juristentag empfiehlt die abgabenrechtliche Privilegierung der geringfügig Beschäftigten aufzugeben. Sie alle stehen somit aufseiten der LINKEN.

(Gerrit Koch [FDP]: Ja, bestimmt!)

Die SPD dagegen will mit ihrem Antrag ganz nach alter sozialdemokratischer Maxime ein bisschen an den schlimmsten Symptomen der Minijobs herumdoktern und am Ursprungsleiden, das sie selbst unter Rot-Grün hervorgerufen hat, nichts ändern. Wir, DIE LINKE, wollen Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichstellen. Nur dann wird es einen **Abbau prekärer Beschäftigung** geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat nun der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mittlerweile sind über 7 Millionen Menschen in Deutschland geringfügig beschäftigt. Sie erhalten in der Regel niedrigere Löhne als ihre regulär beschäftigten Kollegen und haben dabei oft vergleichsweise schlechtere Arbeitsbedingungen. Gewerkschaften befürchten, dass hierdurch auch der Druck auf die Löhne und Gehälter der Kernbelegschaften wächst und eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt wird. Diese Sorge hat auch der SSW. Je mehr Menschen unter diesen schlechter werdenden Bedingungen arbeiten, desto eher werden diese Umstände in unserer Gesellschaft akzeptiert. Dass **tarifliche und ortsübliche Standards** in der Folge immer weiter unterlaufen werden, kann dann keinen mehr verwundern.

Diese Probleme gibt es seit Jahren, und doch hat sich daran bis heute kaum etwas geändert. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen dieser Gruppe die grundlegendsten arbeitsrechtlichen Ansprüche verwehrt werden. Der Grundsatz der **Gleichbehandlung**, der Anspruch auf **Mutterschutz** oder das Recht auf **bezahlten Urlaub** besteht oft nur auf dem Papier. Aus Sicht des SSW ist dieser Zustand untragbar.

(Beifall bei SSW, der LINKEN und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht zuletzt, weil in der Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise vor allem in diesem Bereich neue Jobs entstanden sind, muss die Situation geringfügig Beschäftigter endlich verbessert werden. Deshalb muss die Landesregierung dringend dem Gesetzentwurf der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Reform geringfügiger Beschäftigung, der morgen im **Bundesrat** behandelt wird, zustimmen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Ich will ganz klar sagen: Wir als SSW empfinden dies eben nicht als kontraproduktiv, Herr Vogt.

Natürlich führt auch die SPD einige wichtige Punkte auf, die zu verbesserten Arbeitsbedingungen beitragen. Deshalb können wir diesen Antrag der SPD voll und ganz unterstützen.

Die **Einführung einer Höchstarbeitszeit von 12 Stunden** im § 8 im Vierten Sozialgesetzbuch ist ein sehr wichtiger Punkt. Denn leider kommt es im Arbeitsleben geringfügig Beschäftigter viel zu häufig vor, dass sie ihr Arbeitspensum nur schaffen,

wenn sie deutlich länger arbeiten. So kommt es für sie am Ende des Tages oft zu einem viel zu **niedrigen Stundenlohn**. Weil in dieser Situation regulär beschäftigte Kollegen für die gleiche Arbeit wesentlich mehr verdienen, wird hier eindeutig gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen. Aus unserer Sicht können wir dieses Problem mit einer verbindlichen Höchstarbeitszeit in den Griff kriegen. Voraussetzung ist natürlich, dass auch entsprechende **Sanktionsmöglichkeiten** gegen Arbeitgeber, die dagegen verstoßen, vorgesehen sind.

Doch nicht nur ein angemessener Lohn ist wichtig. Wir müssen auch sicherstellen, dass geringfügig Beschäftigte zukünftig wirklich alle **Arbeitnehmerrechte** bekommen, die ihnen zustehen. Es muss verbindlich geregelt werden, dass die wesentlichen Arbeitsbedingungen schriftlich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber festgehalten werden. Außerdem müssen wir die Arbeitgeber stärker in die Pflicht nehmen, wenn es um die umfassende Aufklärung der Minijobber über ihre Rechte und Ansprüche geht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Allen Beteiligten muss klar sein, dass diese Gruppe den gleichen rechtlichen Status hat wie normale Beschäftigte. Denn bis heute werden 400-€-Kräfte nicht selten im Unklaren gelassen, um ihnen Ansprüche vorzuenthalten. Natürlich müssen nicht zuletzt der Missbrauch und die **illegale Beschäftigung** wirkungsvoll bekämpft werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind striktere **Kontrollen** und härtere Strafen unvermeidbar. Wir dürfen nicht vergessen, dass geringfügig Beschäftigte selbst dann, wenn sie ordnungsgemäß angestellt sind, konkrete Nachteile gegenüber regulär Beschäftigten haben.

Ähnlich wie bei Leiharbeitern wird ihnen oft langfristig die Chance auf eine unbefristete und fair entlohnte Arbeit genommen. Sie werden leider häufig nicht in gleichem Maße in die soziale Struktur des Unternehmens eingebunden und erfahren eine geringere Wertschätzung als ihre Kollegen.

Darüber hinaus werden ihnen nicht annähernd die gleichen Qualifizierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten geboten, wie sie der Stammbeschaft geboten werden.

Für den SSW ist klar: Die Arbeitsbedingungen geringfügig Beschäftigter müssen so schnell wie möglich verbessert werden.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung hat der Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herr Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wahr: Geringfügige Beschäftigung hat nicht in dem Maß Brückenfunktion in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, wie dies von den Sozialdemokraten, aber auch von den Grünen zu Zeiten der Hartz-IV-Reform propagiert wurde.

Geringfügige Beschäftigung ist aber anders, als Sie es dargestellt haben und als es der Kollege Baasch dargestellt hat, mitnichten ausschließlich eine missbrauchsanfällige und problembehaftete Fehlkonstruktion. Geringfügige Beschäftigung ist nach wie vor ein wichtiges **arbeitsmarktpolitisches Instrument**.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie bietet Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Möglichkeit zur **Anpassung** an **individuelle Bedürfnisse** und an **betriebliche Erfordernisse**. Zudem trägt sie in Kombination mit weiteren Instrumenten zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bei. Sie trägt also dazu bei, dass Arbeit in Deutschland im internationalen Maßstab wettbewerbsfähig bleibt.

Kollege Tietze, wir können gerne darüber diskutieren, wie sich der Arbeitsmarkt künftig weiterentwickeln wird. Wir können auch gerne über das Problem diskutieren, wie sich Erwerbsbiografien in einer modernen Postindustriegesellschaft weiterentwickeln. Dass sich aber dieser Arbeitsmarkt mit all seinen Instrumenten in dieser größten Wirtschafts- und Finanzkrise als ausgesprochen robust, robuster als in vielen anderen europäischen Ländern gezeigt hat, das darf man nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Natürlich ist es wahr - jeder kennt entsprechende Beispiele -, dass es Arbeitgeber gibt, die die rechtliche Konstruktion geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse ausnutzen oder sogar missbrauchen. Es gibt Arbeitnehmer in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, denen **Rechte** vorenthalten werden. Die Antwort auf diese Probleme besteht aber - wie in jedem anderen Beschäftigungsverhältnis auch - darin, im Einzelfall das Recht des Arbeit-

nehmers durchzusetzen, notfalls sogar mithilfe von Arbeitsgerichten.

(Beifall bei der FDP)

Unser **Arbeitsrecht** verbietet ausdrücklich die **Schlechterstellung** von Teilzeit- und befristet Beschäftigten gegenüber vergleichbar beschäftigten Arbeitnehmern in Vollzeit. Lesen Sie das einmal in § 4 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes nach.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, es geht nicht darum, schärfere Gesetze zu formulieren, sondern es geht darum, das geltende Recht in diesem Bereich endlich durchzusetzen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die arbeitsrechtlichen **Schutzstandards** sichern allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Mindeststandard an Arbeitsbedingungen, beispielsweise den bezahlten Jahresurlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und an Feiertagen oder auch den Kündigungsschutz. Geringfügig Beschäftigte haben damit die gleichen gesetzlichen Ansprüche wie alle anderen Beschäftigte. Sie müssen nur endlich in die Lage versetzt werden, diese auch durchsetzen zu können.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage hier ausdrücklich: Das Vorenthalten von Arbeitnehmerrechten missbillige ich ausdrücklich. Ich empfinde es als einen Skandal erster Klasse, dass es offensichtlich immer noch so ist, dass die Mehrzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in privaten Haushalten nach wie vor keine geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sind, sondern dass sie „schwarz laufen“. Es kann doch nicht sein, dass wir durch eine Verschärfung dieser Regelung diesen Schattensektor noch weiter mobilisieren. Das will doch niemand, und das wollen auch Sie nicht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Meines Erachtens kann es keine über das reguläre Maß hinausgehende Sanktionierung von Arbeitgebern geben. Der Antrag der Sozialdemokraten gibt aus der Sicht der Landesregierung keine schlüssigen Antworten auf die geschilderten Probleme. Ich glaube, damit würden neue Probleme geschaffen werden.

So wurde die frühere Begrenzung der Stundenzahl aus gutem Grund beseitigt. Natürlich geht es um weniger Bürokratie und um den Erhalt der Flexibi-

(Minister Dr. Heiner Garg)

lität auf dem Arbeitsmarkt. Sie haben damals erkannt, dass genau dies ein richtiger arbeitsmarktpolitischer Schritt ist. Ich halte es für falsch, dies jetzt zu konterkarieren.

15 Wochenstunden als starres Maximum machen das Instrument geringfügiger Beschäftigung kaputt, ohne dass dadurch neue oder bessere Arbeitsplätze entstehen würden. Das ist doch das Kernproblem.

(Beifall bei FDP und CDU)

Was passiert eigentlich mit den Menschen, die sich heute in einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis befinden? - Wir haben gestern den Armuts- und Reichtumsbericht diskutiert. Das größte Problem ist nicht „arm wegen geringfügiger Beschäftigung“, sondern das größte Problem ist „arm wegen Beschäftigungslosigkeit“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will nicht verhehlen, dass Minijobs natürlich nicht gänzlich unproblematisch sind. Dies gilt es im Auge zu behalten. Die Landesregierung macht dies übrigens genauso wie die Bundesagentur für Arbeit.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Tietze?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Selbstverständlich, Frau Präsidentin.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Minister Garg, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie sagen, dass es kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit gibt in der Frage der geringfügig Beschäftigten?

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Deshalb lautet meine Frage: Was unternehmen Sie denn konkret, um den Status quo im Sinne der Beschäftigten zu verbessern? Dies gilt insbesondere hinsichtlich der von mir geschilderten Umstände, dass in der Regel Frauen die Hauptleidtragenden dieser arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Instrumente sind.

- Herr Kollege Tietze, Sie haben mich völlig richtig verstanden. Es gibt ein Problem bei der Durchsetzung des geltenden Rechts. Es geht darum, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich in ei-

nem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis befinden, geholfen wird, ihre Rechte durchzusetzen. An aller erster Stelle steht die Information darüber, dass sie diese Rechte haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Ja.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich lebe auf einer Insel, auf der das Problem des Arbeitsplatzverlustes bei Frauen besonders groß ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Auf dem eigenen Planeten!)

Deshalb nehmen die Betroffenen aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, diese Rechte nicht wahr.

Da Sie nicht nur Arbeitsminister, sondern auch Sozialminister sind, frage ich Sie: Haben Sie ein präventives Konzept, um gerade in diesen Strukturen Frauen zu stärken? Das habe ich nicht herausgehört. Vielleicht können Sie das konkretisieren.

- Noch einmal: Wir machen in dieser Debatte sehr deutlich, dass es sich um ein Recht handelt, das durchzusetzen ist. Ich hoffe, dass die Frauen, die sich in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen befinden, nach dieser Debatte über die Weiterentwicklung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wissen, dass sie genau die gleichen Rechte haben wie andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch. Dazu gehört auch, dass man in die Lage versetzt wird, dieses **Recht durchzusetzen**.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Tietze, ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass es nicht sein kann, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abhängig davon, ob sie sich in geringfügiger Beschäftigung oder in einem regulären Arbeitsverhältnis befinden, ihre Rechte nicht mehr durchsetzen. Wir leben in einem Rechtsstaat. Dazu gehört auch die Durchsetzung von Rechten.

Deshalb brauchen wir keine Verschärfung von Gesetzen. Vielmehr müssen wir die Möglichkeiten stärken, diese Rechte durchzusetzen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Baasch?

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Ja.

Wolfgang Baasch [SPD]: Vielen Dank, Herr Minister. Herr Minister, Sie haben vorhin die These „arm wegen Beschäftigungslosigkeit“ aufgestellt. Würden Sie auch die These „arm trotz Beschäftigung“ unterstützen, zumal rund 1,4 Millionen Menschen arbeiten und gleichzeitig ALG-II-Bezieher sind, weil sie mit ihrer Arbeit nicht genug verdienen, weil sie arm trotz Beschäftigung sind?

- Ja, auch diese Gruppe gibt es. Ich habe das gestern nicht nur nicht verneint, sondern ich habe explizit darauf hingewiesen. Das größte Problem aber mit über 50 % Armutsrisiko ist die Gruppe derjenigen, die gar keine Beschäftigung haben. Nur um diesen Unterschied ging es mir.

Ich würde nie verneinen, dass es dieses andere Problem auch gibt. Das gehört selbstverständlich auch dazu. Arm wegen Beschäftigungslosigkeit ist aber vor allen anderen Problemen das größte Problem, Kollege Baasch.

(Beifall bei FDP und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der schlechte Ruf von Minijobs rührt natürlich auch daher, dass häufig **geringe Stundenlöhne** gezahlt werden. Das ist in der Debatte auch schon gesagt worden. Ich bitte Sie aber, die andere Seite zumindest einmal zu betrachten. Gerade im Bereich der geringfügigen Beschäftigung gibt es sehr oft einfache Tätigkeiten, für die keine besondere Qualifikation benötigt wird. Wer will bestreiten, dass das selbstverständlich ein gehaltswirksamer Faktor ist? Ich finde, man muss ehrlicherweise dazu auch sagen: Die **Beschäftigungschancen** für gering Qualifizierte werden trotz Trendwende auf dem Arbeitsmarkt nicht besser.

Deswegen ist mein Ansatz, Kollege Tietze, auch ein präventiver Ansatz dafür, das Problem durch mehr Qualifizierung anzugehen und nicht durch mehr Regulierung. Das ist im Übrigen der Weg der Landesregierung, die allein diese Woche vorgestellt hat, dass sie für das nächste Jahr 5 Millionen € aus dem „Zukunftsprogramm Arbeit“ zur Verfügung stellt, um gerade Langzeitarbeitslosen, bestimmten Problemgruppen wieder die Chance zu geben, sich zu qualifizieren. Denn ich glaube, der eigentliche

Schlüssel liegt darin, Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen durch Qualifizierung und nicht durch Regulierung.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Herr Kollege Vogt hat das sehr deutlich gemacht. Ich halte die Anhebung der Verdienstgrenze für geringfügig Beschäftigte für ebenso richtig wie die Verbesserung im Bereich der Alterssicherung, glaube aber auch, dass wir, wenn Sie die vorliegenden Initiativen in den Sozialausschuss überweisen, uns grundsätzlich über die Problematik unterhalten müssen, wie bei zunehmend gebrochenen Erwerbsbiografien in Zukunft eine existenzsichernde Alterssicherung für die Menschen, die mit diesen gebrochenen Erwerbsbiografien zurechtkommen müssen, gewährleistet ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Der Herr Minister hat seine Redezeit um zwei Minuten überschritten. Wollen die Fraktionen von dieser Redezeit Gebrauch machen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Es ist sowohl Ausschussüberweisung als auch Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse zunächst über die Ausschussüberweisung abstimmen. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/2064 sowie die Änderungsanträge Drucksachen 17/2113 und 17/2116 als selbstständige Anträge federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Zuruf von der SPD: Der Minister hat das doch angekündigt!)

Gegenprobe! - Keine Stimmenthaltungen. - Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der LINKEN mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich komme nun zur Abstimmung in der Sache. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung beide vorliegenden Änderungsanträge zu selbstständigen Anträgen zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/2064 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der An-

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

trag Drucksache 17/2064 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich lasse weiter über den Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/2116 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/2116 mit den Stimmen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW gegen die Stimmen der LINKEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/2113 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 17/2113 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 42 auf:

Leitlinien für eine landesweite Suchthilfe und Suchtprävention in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2086

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/2118

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Andreas Beran das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Problem der Suchtrisiken verdient auch in Schleswig-Holstein höchste Aufmerksamkeit. Das Einstiegsdurchschnittsalter für den **Alkoholkonsum** ist laut aktuellem Jahressbuch der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen weiter gesunken und liegt jetzt bei durchschnittlich 13,2 Jahren. Die Zahl alkoholbedingter Krankenhausbehandlungen von Jugendlichen ist in den letzten zehn Jahren um fast 115 % gestiegen. Komasaufen ist weiterhin angesagt und fordert unsere höchste Aufmerksamkeit, um dem entgegenzutreten. Dies gilt auch für **Drogenabhängigkeit**, der man bisher vergeblich durch

Reglementierung mithilfe von Sanktionen erfolgreich und nachhaltig begegnen konnte.

Ich gehe davon aus, dass alle Fraktionen in diesem Hohen Haus für einen qualifizierten Mix aus wirksamer struktureller und guter individueller Prävention und Hilfe eintreten, wenn es um die Eindämmung lebenszerstörender **Suchterkrankungen** geht. Individuelle Prävention - das zeigen die erfolgreichen gut evaluierten Programme der Landesstelle für Suchtfragen und ihrer Mitgliedsverbände schon seit vielen Jahren - können viel bewirken und haben dazu beigetragen, dass das Suchtverhalten insgesamt zwar immer noch auf beachtlichem Niveau verharrt, aber wenigstens nicht mehr steigt.

Auch bei der strukturellen Prävention gab es mit den Nichtraucherschutzgesetzen und den Abgaben auf Alkopops auch für den Jugendschutz beachtliche Erfolge. Leider weichen wir im Bereich „Spielsucht“ gerade von diesen erfolgreichen Konzepten wieder ab, indem wir neue Zugänge ebnen.

Bisher sind die Hilfen auf Landesebene fast überall differenziert und sachgerecht entwickelt worden. Sie reichen von Tag und Nacht erreichbaren Nottelefonen über vielfältige örtliche Beratungsangebote und Anlaufstellen bis hin zu akuten und nachhaltigen Behandlungsmöglichkeiten, angefangen mit ambulanter medizinischer Substitution bis hin zu umfassender psychotherapeutischer Rehabilitation. Dieses Niveau müssen wir nicht nur halten, sondern ausbauen.

Bei den sogenannten Herbstgesprächen der Landesstelle für Suchtfragen haben die Suchthilfeverbände auf eindrucksvolle Weise deutlich gemacht, wie weit die Vorstellung von qualifizierter **Suchtarbeit** in den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes auseinanderdriften.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig beschreiten wir jetzt den Weg der **Kommunalisierung**. Immer mehr Verantwortung übertragen wir an die Kreise und kreisfreien Städte, wohl wissend, dass es Kreise gibt, die Suchtberatung als Verwaltungsaufgabe eines Gesundheitsamts betrachten und ein entsprechend dünnes Hilfenetz vorweisen. Erfahrungen zeigen jedoch, dass dies der falsche Weg ist. Kommunalisierung darf nicht dazu führen, dass es vom Wohnort abhängt, ob ein Süchtiger oder eine Süchtige eine Zukunftschance hat, ohne Sucht leben zu können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

(Andreas Beran)

Der Sozialvertrag II kann daher nur dann erfolgreich kommunalisiert werden, wenn er Leitlinien für landesweit hohe und wirksame sowie einheitliche Suchthilfe- und Suchtpräventionsqualität zugrundelegt. Der Sozialvertrag in seiner jetzigen Form, allein ausgestattet mit allgemeinen Formeln und Zuschreibungen, lässt aber die Frage von Qualitätsstandards weitgehend unbeantwortet.

Mit unserem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehen wir nun auf die Sorgen und Erwartungen der **Suchthilfeverbände** und der betroffenen Menschen ein. Wir wollen, dass wir in keiner Kommune hinter standardisierte Qualitätsmerkmale zurückfallen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nicht nur, um das Ministerium zu entlasten, sondern vor allem wegen des weitreichenden Sachverständs sollten wir die Fachverbände und die kommunalen Landesverbände mit der Entwicklung von Leitlinien betrauen.

Gerade die kommunalen Gebietskörperschaften müssen ein Interesse daran haben, dass es zwischen den Kreisen nicht zu einem Suchthilfetourismus kommt und die engagierten Kommunen die Dummen sind.

(Beifall bei der SPD)

Für eine auch in Zukunft gute Versorgung der Menschen mit **Suchtprävention** und **Suchthilfen** überall im Land bleiben wir als Land weiterhin verantwortlich.

Meine Damen und Herren, selbst oder gerade wenn der Weg der Kommunalisierung weiter beschritten wird: Sucht ist und bleibt eine große Herausforderung, die sich ständig verändert und viele Familien in großes Leid stürzt.

Nach zehn Jahren ist es an der Zeit, den Suchtgefahren neu und angemessen mit fortgeschriebenen, modernen Konzepten unter hoher Fachbeteiligung zu begegnen. Lassen Sie uns die Zeit nehmen, mit den Wohlfahrtsverbänden, den Fachverbänden und den kommunalen Landesverbänden sowie mit der Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein im Fachausschuss darüber zu sprechen.

Wir beantragen daher, das Vorhaben im Sozialausschuss weiter zu beraten und eine fraktionsübergreifende, breit getragene und fachlich wirklich gute Lösung zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Potzahr.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Mark-Oliver Potzahr [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD und Grüne fordern mit ihrem Antrag die Weiterentwicklung der Leitlinien für Suchthilfe und Suchtprävention. **Suchthilfe** und **Suchtprävention** - Herr Beran hat das eben angesprochen - werden, wie Sie wissen, hauptsächlich von den Kreisen und kreisfreien Städten durchgeführt. Aus meiner Sicht ist die Kommunalisierung der richtige Weg. Sie führt die Suchthilfe näher an die Menschen heran, die die Probleme haben.

Eine Weiterentwicklung der **Leitlinien** ist aus meiner Sicht sinnvoll. Sie haben recht, wenn Sie dabei die Einbeziehung der Kommunen verlangen. Diese Erkenntnis ist nicht neu; denn das zuständige Ministerium befindet sich bereits weit fortgeschritten in diesem Prozess, wie CDU und FDP in ihrem Änderungsantrag beschreiben. Sie fordern also nichts Falsches, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot und Grün, sondern nur etwas, wozu Sie die Regierung nicht auffordern müssen. Ich halte es deshalb für sinnvoll, die Diskussion auf Basis der fertigen Vereinbarung im Sozialausschuss fortzusetzen, und beantrage entsprechende Ausschussüberweisung.

Sinnvoll ist eine regelmäßige Fortschreibung solcher Leitlinien; denn es ist ja richtig, dass es neue Herausforderungen gibt. Ob Ihre gewählten Beispiele von Medienabhängigkeit über Essstörungen bis zum Glücksspiel diese neuen Herausforderungen ausreichend beschreiben, kann man infrage stellen. Aus meiner Sicht sind Komasaufen und das stetig sinkende Alter der **Alkoholkonsumenten** wichtige neue Problemstellungen, die Berücksichtigung finden müssen.

(Beifall)

Gespräche mit Fachleuten aus der Praxis machen ebenfalls deutlich, dass **Canabis** ein schwieriges Problem darstellt, nicht durch die Illegalität, sondern durch die Konsequenzen, die der regelmäßige Konsum für junge Menschen haben kann. Bei diesem Thema atmen die alten Leitlinien von Anfang dieses Jahrhunderts noch den Geist der Verharmlosung. Eine Weiterentwicklung ist also dringend geboten.

(Lebhafter Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag beruht offensichtlich auf den Erkenntnissen der Opposition aus den kürzlich geführten Herbstgesprächen mit der **Landesstelle für Suchtfragen** Schleswig-Holstein; denn in dieser Gesprächsrunde äußerten die teilnehmenden Verbände die Sorge, dass sie durch die Kommunalisierung des Sozialvertrags II um den Fortbestand ihrer Beratungs- und Hilfeinrichtungen fürchten. Sie beklagten zum einen, dass sie nicht wüssten, wer ihre Ansprechpartner seien, und zum anderen, dass sich einzelne Kreise und Kommunen nicht intensiv und kompetent genug mit der Problematik der Suchthilfe und Prävention auseinandersetzen und sogar Förderungen reduzieren würden.

Meine Damen und Herren, Zielsetzung der **Kommunalisierung** des Sozialvertrags II - dazu gehört die **Suchthilfe** - war und ist die bedarfsgerechte Planung und Sicherstellung der örtlichen sozialen Infrastruktur in erster Linie durch die Kommunen. Diese tragen die Hauptanteile der Kosten der ambulanten Suchthilfe. Der Landesanteil beträgt 15 %, und ich betone, das ist eine freiwillige Leistung. Daraus ergibt sich für uns automatisch, dass die Ansprechpartner vor Ort zu finden sind, dass die Kommunen somit auch diejenigen sein müssen, die vor Ort Grundsätze für die konkrete Ausgestaltung der Suchthilfe und Prävention haben müssen. Sie müssen diejenigen sein, die den regionalen Bedarf kennen und mit Unterstützung der regionalen Leistungsanbieter über Qualität und Quantität der ambulanten Hilfsangebote entscheiden.

Im Gegensatz zu der Opposition haben wir Liberalen Vertrauen zu den Kommunen, dass sie diese Aufgabe auch verantwortungsbewusst übernehmen. Dass dabei Doppelstrukturen abgebaut werden, muss ich ganz ehrlich sagen, ist gewollt und im Übrigen auch dringend notwendig, wenn wir die allseits überhöhten Schuldenberge abbauen wollen.

Eine generelle zentrale Planung durch das Land ist also nicht erforderlich, auch wenn sich größere Träger wie zum Beispiel die Diakonie das gewünscht hätten oder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die am liebsten alles staatlich regeln, oder Kollege Heineemann als ehemaliger Vorsitzender der Landessucht-

hilfe. Wir Liberalen sind für Verantwortung und Stärkung der Kommunen.

Unstrittig ist, dass die Sucht als behandlungsbedürftige Krankheit anerkannt ist. Fragwürdig erscheint uns Liberalen allerdings der Versuch einer dramatischen Darstellung von neuen Dimensionen im Zusammenhang mit legalen und illegalen Stoffen, der Medienabhängigkeit, bei Essstörungen und natürlich bei dem **Glücksspiel**. Es geht mir nicht darum, hier irgendetwas zu verharmlosen. Aber das klingt für mich alles nach der üblichen Politik der Angst vonseiten der Opposition. So ist es in den Herbstgesprächen von den Verbänden auch nicht dargestellt worden.

Meine Damen und Herren, gerade mit dem neuen Glücksspielgesetz und dem geplanten Spielhallengesetz werden Maßnahmen zur **Suchtprävention** festgeschrieben. Ich wiederhole dies auch gern für die Opposition: generelles Teilnahmeverbot für alle öffentlichen Glücksspiele für Minderjährige, Einführung eines Sperrsystems, das nicht nur für eine einzige Spielbank oder einen einzigen Veranstalter gilt, sondern umfassend und landesweit, Beschränkung der Öffnungszeiten, in Spielhallen zum Beispiel kein Speisenverkauf.

Dass Menschen in einer Suchtsituation ein Netz von Hilfsangeboten benötigen, ist für alle Fraktionen sicherlich Konsens. Ich bin daher froh, dass wir im Glücksspielgesetz Formulierungen für den § 47 erreichen konnten, die sicherstellen, dass ein Teil des Abgabenaufkommens zur Finanzierung der Suchtarbeit sowie zur Schuldner- und Insolvenzberatung bindend vorgesehen ist. Aus der Abgabe aus Online-Glücksspielen werden 5 % des Aufkommens zur Finanzierung der Suchtarbeit sowie der Schuldner- und Insolvenzberatung verwendet. Durch diese Maßnahme werden Suchthilfe und **Spielerschutz** insgesamt gestärkt.

Gleichzeitig sichert der vorliegende Gesetzentwurf dem **Landessportverband** ein Drittel der Abgabeneinnahmen aus den Sportwetten zu; denn die Vereine betreiben mit ihren Angeboten auch eine Form von Suchtprävention, indem sie die Jugendlichen von der Straße holen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit den Forderungen der Verbände nach, die die wichtige Prävention- und Suchtberatungsarbeit leisten, sichern aber weiterhin die Arbeit des Breitensports, die ebenfalls als Präventionsangebot gilt. Herr Kollege Baasch weiß davon sicherlich aus Lübeck zu berichten.

(Anita Klahn)

Meine Damen und Herren, die regierungstragenden Fraktionen CDU und FDP handeln also. Wir werden gern dem Vorschlag des Kollegen Potzahr folgen und das im Ausschuss weiter beraten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Sie sehen in den Spiegel, und Sie sehen etwas, was gar nicht da ist. So geht es täglich vielen Mädchen und Frauen, die an einer Essstörung leiden. Sie sehen ein riesiges Übergewicht - dabei sind sie gertenschlank. Selbstwahrnehmung und Selbstbewusstsein sind gestört. Die Gedanken dieser Frauen und Mädchen kreisen zwanghaft um Gewicht, Figur und Essen. Ihr Ess- und Bewegungsverhalten ist ebenfalls gestört. Ihr Suchtstoff sind Nicht-Essen, Essen und Erbrechen, Hunger und Kontrolle. Diese Menschen sind krank. Da wir wissen, dass **Essstörungen** selbst bei guter Prävention nicht völlig verhindert werden können, brauchen wir in Schleswig-Holstein ein gutes Beratungs- und Behandlungsnetz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Angaben der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren leben in Schleswig-Holstein inzwischen 500.000 Menschen mit manifesten Essstörungen. Eine halbe Million Menschen sind keine Kleinigkeit. Zu den Essstörungen gehören Magersucht, das Nicht-Essen, Bulimie, die Ess-Brech-Sucht sowie die Esssucht „Binge Eating“, das anfallartige Essen. Der überwiegende Anteil der Erkrankten sind Mädchen und junge Frauen. Es erkranken aber zunehmend auch Männer. Die Sterberate, liebe Kollegin Klahn, ist mit 10 bis 15 % erschreckend. Die Tendenz ist bei allen Essstörungen steigend. Diesen Trend wollen wir stoppen! Deswegen haben wir gemeinsam mit der SPD einen Antrag gestellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir fordern für Essstörungen und **Suchterkrankungen** Leitlinien für Schleswig Holstein. Essstörungen sind nicht nur ein individuelles Problem, sie sind ein gesellschaftliches Problem.

Schönheitsideale, sexualisierte Werbung, Magermodells, Modenschauen und Magazine diktieren uns, wie wir auszusehen haben. Es ist schwer, sich davon nicht beeinflussen zu lassen. Die Auswirkungen sind ein klarer Handlungsauftrag an die Gesundheitspolitik. Wir brauchen Aufklärung und Information, Prävention und Fortbildung, Beratung und Begleitung, Therapie und Behandlung. Das ist keine Kleinigkeit, aber sonst werden wir die anstehende Entwicklung nicht stoppen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Für uns Grüne steht fest: Wir dürfen betroffene Frauen und Mädchen und ihre Familien nicht alleinlassen. Deswegen wollen wir diese Leitlinien als neue Grundlage für die Behandlung von Essstörungen und Suchterkrankungen in Schleswig-Holstein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Land fördert über den Sozialvertrag II die offenen Hilfen in der dezentralen Psychiatrie und die ambulante Suchthilfe. Beide gehören zum Fundament einer niedrigschwelligen ambulanten Behandlung von Suchterkrankungen. Beim Stichwort freiwillige Leistungen, liebe Kollegin Klahn, kann ich nur sagen: Wer die Hand durch kurzfristige Sparmanöver an das Fundament legt, darf sich nicht wundern, wenn das ganze Haus der Behandlung von Suchterkrankungen in Schleswig-Holstein irgendwann einmal zusammenbricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich frage mich, ob diejenigen von Ihnen, die so gern nach Sylt fahren und sich mit dem **Glücksspiel** beschäftigen, sich auch einmal mit dem Suchtpotenzial des Glücksspiels auseinandergesetzt haben. Für diese Suchterkrankung gilt im Übrigen das, was für alle Suchterkrankungen gilt: Sie gehen quer durch alle Gesellschaftsschichten. Vorurteile helfen hier nicht weiter. Wir Grüne wollen den Dialog mit der Fachwelt und neue Leitlinien.

Ich beantrage daher Überweisung in den Sozialausschuss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat die Frau Abgeordnete Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich entschlossen, den Sozialvertrag II aufzulösen und stattdessen die Mittel für die ambulante Suchtberatung und die dezentrale Psychiatrie zu kommunalisieren. Wir Linken lehnen dies ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Die konkreten Auswirkungen auf die Suchthilfelandtschaft in Schleswig-Holstein werden wir erst im Laufe des Jahres 2012 zu sehen bekommen. Aber es gehört nicht viel Fantasie zu der einfachen Prognose, die Landesregierung hat das Porzellan mit ihren Haushaltsbeschlüssen längst zerschlagen, so richtig scheppern wird es erst nach dem Jahreswechsel.

Die **Kommunalisierung** der Landesmittel für die ambulante **Suchtberatung** wird zwangsläufig zu einer Phase der Verunsicherung bei den Betroffenen führen. Eine Rolle spielt, dass mit der Kommunalisierung bewusst eine Einflussmöglichkeit über Zielvereinbarungen des Landes aufgegeben wird. Deshalb ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD heute der richtige Antrag, weil hier Leitlinien formuliert werden müssen.

Hinzu kommt, dass mit der Kommunalisierung die Planungssicherheit der Träger bewusst und zielgerichtet zerstört wird. Anständige Arbeit in der **Suchthilfe** benötigt Kontinuität auf allen Ebenen, Kontinuität sowohl in der Konzeption als auch in der Durchführung, und nicht zuletzt Arbeitsplatzsicherheit der Menschen, die die Arbeit der Beratungs- und Therapieeinrichtungen machen.

Wir werden uns nach der Unruhe und Umstellungsphase der Kommunalisierung in einer anderen Suchthilfelandtschaft wiederfinden, und das ohne Not. Herr Minister Dr. Garg, als wir hier im August zuletzt über die Umsetzung der Kommunalisierung diskutiert haben, ist ein klarer Unterschied der Auffassungen deutlich geworden. Sie stehen sich nach unserer Meinung aus der **Steuerungsverantwortung der Landesregierung** für eine flächendeckende, gut erreichbare Suchtkrankenhilfe. Leider ist der Schaden, den Sie anrichten, indem Sie die Verteilung der Mittel aus dem Sozialvertrag zu den Kommunen schieben, auch deshalb größer, weil diese Kommunalisierung keine isolierte Maßnahme ist.

Frau Kollegin Klahn, auch die Kommunen haben kein Geld, das wissen Sie, sondern hohe Schulden. Es sind nicht, wie Sie sagen, freiwillige Leistungen,

aber die Kommunen werden als Erstes nicht das Geld ausgeben, wie sie es vorher ausgegeben haben. Da sehen wir die große Gefahr, dass die Suchthilfe letztendlich Opfer der Finanzen wird. Die Kommunen werden sich überlegen, ob sie zwei oder drei Beratungsstellen brauchen oder ob es nicht nur eine ist, und alles irgendwie zusammenfassen. Da gibt es einen Unterschied. Wir sind der Meinung, dass die Kommunen wegen ihrer finanziellen Situation nicht große Gestaltungsmöglichkeiten haben, nein, sie werden da den Sparfinger hineinlegen.

Der Landtag hat im Oktober 2004 Schwerpunkte der schleswig-holsteinischen Sucht- und Drogenberatung beschlossen. Die Kernaussagen waren dabei erstens, dass Sucht eine behandlungsbedürftige Krankheit ist, und dass zweitens Suchtprävention und Antidrogenpolitik am Suchtverhalten ansetzen müssen.

An der Richtigkeit dieser Aussage ist nicht zu rütteln. Wir müssen uns wohl kaum darüber streiten, dass Suchtverhalten ein soziales Problem ist, auch wenn wir ihre Erscheinungsform und tragischen Folgen als individuell wahrnehmen. DIE LINKE will eine liberale und aufgeklärte **Drogenpolitik**. Drogen sind eine Alltagserscheinung. Die Unterscheidung in legale und illegalisierte Substanzen ist willkürlich. Drogen und deren Missbrauch führen zu schweren gesundheitlichen, sozialen und materiellen Problemen. Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums beinhaltet.

(Beifall bei der LINKEN)

Das bedeutet vor allem die Entkriminalisierung der Abhängigen und die Organisation von Hilfen und einer legalen und kontrollierten Abgabe von Drogen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht auf Strafe und Repression gegen Drogenkonsumenten setzt, sondern die mit Prävention und Aufklärung dem Drogenmissbrauch vorbeugt.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE findet es richtig und notwendig, die Sucht- und Drogenpolitik in Schleswig-Holstein weiterzuentwickeln. Suchtverhalten und Suchterscheinungen unterliegen Veränderungen, auf die die Politik reagieren muss.

Der Gedanke des vorliegenden Antrags ist richtig. **Leitlinien** für die Suchthilfe und **Suchtprävention**

(Antje Jansen)

zu entwickeln. CDU und FDP wollen mit ihrem Änderungsantrag feststellen lassen, dass mit der Kommunalisierung des Sozialvertrags II alles auf dem besten Wege sei und dass die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände gemeinsam Grundsätze für Suchthilfe und Suchtprävention entwickeln.

Hier fehlt die Einbeziehung der Fachkompetenz der Suchthilfeverbände, meine Damen und Herren. Wir meinen, es ist keineswegs auf dem besten Wege, insbesondere dann nicht, wenn die Landesregierung mit ihrer Glücksspielgesetzgebung das Land zu einem Zockerparadies macht. Wir erleben gerade, wie die Wettbranche ihre Logos und ihre Werbung bei den Profisportvereinen unterbringt. Das ist das Gegenteil von sinnvoller Suchthilfepolitik und macht deutlich, wie wichtig es ist, die Schwerpunktsetzung bei der Drogen- und Suchtpolitik neu zu diskutieren und festzulegen.

Ich freue mich auf eine kontroverse und vielleicht auch gute Diskussion im Sozialausschuss.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat nun Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Für den SSW sind **Suchthilfe** und **Suchtprävention** unverzichtbare Bestandteile der sozialen Infrastruktur. Nach unserer Auffassung hat das Land die Pflicht, eine flächendeckende Versorgung der Suchtkranken in Schleswig-Holstein sicherzustellen und die Präventionsarbeit zu stützen. Dies gilt heute genauso wie für die Zukunft. Für uns ist klar, dass es nicht von der Finanzsituation des Landes oder der Kommunen abhängen darf, ob diese wichtige Aufgabe erfüllt wird oder nicht.

Doch leider ist offensichtlich genau das der Fall. Schon 2003 sind die Landesmittel um 20 % gekürzt worden. Wie wir alle wissen, sind mit dem aktuellen Doppelhaushalt weitere Kürzungen in den Sozialverträgen vorgenommen werden. Mit dieser Entscheidung von CDU und FDP sind auch für die Suchtarbeit in Schleswig-Holstein weitere Einschnitte verbunden.

Die Sozialverbände warnen davor, dass sich das Land endgültig vom Ziel einer professionell gleichwertigen Versorgung in ganz Schleswig-Holstein verabschiedet. Eines muss dabei deutlich gesagt

werden: Dies alles passiert in einer Zeit, in der sich an den Suchtproblemen im Land nichts Gravierendes ändert. Uns ist klar: Eine Entwicklung, in der sich das Land immer weiter aus seiner Verantwortung für Hilfebedürftige zurückzieht, können wir nicht akzeptieren. Wir brauchen ein möglichst niedrigschwelliges, flächendeckendes und professionelles Präventions- und Suchthilfeangebot.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Hilfesystem muss dauerhaft sichergestellt sein. Hierzu gibt es keine Alternative. Doch leider erscheint eine solche Versorgung aller Bürger im Land vor dem Hintergrund der Kürzungen fraglich.

Auch daran, ob uns die Daseinsvorsorge in diesem Bereich durch eine **Kommunalisierung** der Suchthilfe gelingt, hat der SSW Zweifel. In einer Kommunalisierung mögen zwar Chancen für ein wirksameres und bedarfsnäheres Hilfesystem liegen. Doch mit ihr droht auch die Situation, dass die Kommunen mit diesen wichtigen Aufgaben alleingelassen werden. Weil aber auch ihre finanzielle Situation oft schwierig ist, werden die freiwilligen Leistungen unter Finanzierungsvorbehalt gestellt.

Auch daran, ob die Mittel des Landes ohne Leitlinien und Qualitätsstandards zur Verbesserung der Suchthilfe in der Fläche beitragen, haben wir Zweifel. Wir befürchten, dass in Zukunft in manchen Gemeinden wichtige Angebote wegfallen werden.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Aus diesen Gründen kann sich der SSW der Forderung von SPD und Grünen nach **Leitlinien** für eine landesweite **Suchthilfe** und Suchtprävention anschließen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Schon heute führen die fehlenden Qualitätsstandards und die unterschiedlichen Finanzsituationen in den Kommunen dazu, dass es vom Wohnort der Betroffenen abhängt, ob und wie ihnen bei einem Suchtproblem geholfen wird. Es kann doch nicht angehen, dass sich in Zukunft womöglich nur die Kommunen mit einem soliden Haushalt eine ambulante Suchtberatung leisten können, während dieses Angebot anderswo wegfällt. Eine solche Situation ist ganz einfach nicht hinnehmbar.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

(Flemming Meyer)

Auch unter den Bedingungen einer weiteren Kommunalisierung muss klar sein, dass das Land eine politische Mitverantwortung für die Suchthilfe hat.

Natürlich sind die geforderten Leitlinien wichtig, um im ganzen Land einheitliche Standards zu erreichen und damit auch die zweckgebundene Verwendung der Landesmittel sicherzustellen. Ohne Zweifel müssen bei der Erarbeitung die Suchthilfeverbände, die Landesstelle für Suchtfragen und die kommunalen Landesverbände beteiligt werden. Auch wir denken, dass diese Gelegenheit genutzt werden muss, um die Schwerpunkte der Sucht- und Drogenpolitik zu aktualisieren, denn allein durch die Liberalisierung des Glücksspielgesetzes wird die Suchthilfe vor neue große Herausforderungen gestellt.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Sehr wohl!)

Uns muss klar sein, dass es Suchthilfe und Prävention nicht zum Nulltarif geben wird.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Einrichtungen im Land brauchen Planungssicherheit. Aus Sicht des SSW ist und bleibt die Landesebene klar in der Verantwortung für die finanzielle Ausstattung einer bedarfsgerechten Suchthilfe.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der eindrucksvolle Vortrag des Abgeordneten Mark-Oliver Potzahr zeigt: Suchtprobleme erschüttern, berühren und aktivieren das Hohe Haus gleichermaßen fraktionsübergreifend. Das war unter den Abgeordneten Tengler, Eichstädt, Dr. Garg, Birk und Sporendonk so, und das wird sich auch in Zukunft immer wieder so entwickeln, weil es einfach erschütternd ist. Ich möchte zugeben: Wir waren gegen eine Kommunalisierung ohne Netz und doppelten Boden. Der Antrag von CDU und FDP weist aber darauf hin, dass die Abgeordnete Klahn offensichtlich mehr weiß. In dem Antrag wird davon gesprochen, etwas effektiver aufzustellen. Wir sind sehr daran interessiert, was damit gemeint ist und wer was wo wie und wann aufgestellt hat.

Bei den Gestaltungsspielräumen möchte ich darauf hinweisen, dass es in Schleswig-Holstein Kreise gibt, die ihre **Suchtberatung** vom Gesundheitsamt erledigen lassen und die Landesmittel dazu benutzen, ein Hilfeangebot für illegal Drogenabhängige als eigenständige Landeseinrichtung zu betreiben. Das kann nicht der Weg sein, den einzelne Kommunen hier gehen. Wir müssen einen landesweit einheitlichen und qualifizierten Weg gehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Angeblich sollen mit den kommunalen Gebietskörperschaften Grundsätze entwickelt werden. Ich verstehe nur Bahnhof, denn die kommunalen Gebietskörperschaften sagen dann, wenn wir sie anrufen und sie fragen, einmütig, sie wüssten nichts von einem Plan und von Grundsätzen, die entwickelt werden sollten. Wir würden im Ausschuss gern wissen, wann wer was und in welche Richtung entwickelt hat. Ich sehe nur Fragen über Fragen, und ich finde es gut, dass alle Fraktionen des Hauses gemeinsam im Fachausschuss darüber beraten wollen.

Die Facheinrichtungen sollen sich nach Ansicht eines Mitglieds dieses Hohen Hauses nicht an die Landesregierung, sondern an die Abgeordneten wenden, wenn sie in Schwierigkeiten geraten. Ich würde gern wissen, wie dies funktionieren soll. Ich denke, die Landesregierung kann sehr gut gemeinsam mit den Fachverbänden, der Landesstelle und den Gebietskörperschaften auf diesem Weg gehen. Wir werden das gemeinsam sicherlich schaffen.

Ich weiß nicht, bei welchen Herbstgesprächen die Kollegin Klahn war. Wir haben jedenfalls gut zugehört, und das ist das Ergebnis des guten Zuhörens. Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam zu einer Lösung kommen, selbst wenn der Antrag nachher etwas anders aussieht. Er sollte möglichst fraktionsübergreifend sein, denn dieses Thema ist zu wichtig und zu dramatisch. Ich hoffe, wir werden es wieder schaffen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung hat nun der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will auf etwas aufmerksam machen, weil unter anderem der Kollege Meyer davon gesprochen hat, dass das Land die gesamte Struktur zu tragen habe. Kollege Meyer, ich glaube, Sie wissen es besser. Sie wissen, dass die **ambulante Suchtkrankenhilfe** primär eine kommunale Aufgabe war, ist und bleibt. Deshalb trugen, tragen und werden die Kommunen auch den überwiegenden Anteil an den Gesamtkosten dieser Einrichtungen tragen. Wenn Sie das Prinzip komplett umdrehen wollten, was legitim wäre, dann müssten Sie dies beantragen und auch entsprechend finanziell unterlegen. Es war jedoch in der Vergangenheit so, es ist in der Gegenwart so, und es wird in der Zukunft so sein, dass die **Kommunen** die Hauptlast, also die Gesamtkosten, tragen. Das Land ist lediglich an 50 % der Einrichtungen beteiligt.

Der 15%-Anteil der Gesamtmittel wurde in der Debatte schon genannt. Frau Kollegin Bohn, auch der Hinweis, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt, ist richtig. Ich sage aber genauso deutlich, dass das Land mitnichten beabsichtigt, sich aus der Förderung zurückzuziehen.

Sehr wohl besteht jedoch die Notwendigkeit, vorhandene Doppelstrukturen im Zuwendungsverfahren abzubauen. Darum sieht der Zuwendungsvertrag einen neuen Verfahrensweg vor, der die Förderung der öffentlichen Hand besser zusammenführt. Damit sind auch Hoffnungen auf ein effizienteres Verfahren im Interesse aller Seiten verbunden.

Der ab 1. November 2012 gültige Zuwendungsvertrag hat eine Laufzeit bis einschließlich 2014. Frau Kollegin Jansen, das ist genau die Verlässlichkeit, die Sie fordern. Diejenigen, die einen Anspruch darauf haben, diese notwendigen Leistungen in Anspruch nehmen zu können, haben eine dreijährige Verlässlichkeit. Damit gewinnt die ambulante Suchtkrankenhilfe erheblich an Planungssicherheit. Zudem ist vereinbart, dass das Land einen neuen indikatorengestützten Finanzierungsschlüssel erarbeiten wird, selbstverständlich unter Beteiligung der Kommunen und mit wissenschaftlicher Beratung. Dabei werden ganz im Sinne einer Landesplanung auch Sozialraumdaten Berücksichtigung finden.

Im Bereich **Suchthilfe** und **Suchtprävention** verteilen sich die Zuständigkeiten wie folgt: Bedarfsgerechte Planung und Sicherstellung der örtlichen sozialen Infrastruktur obliegen in erster Linie den Kommunen. Die Sicherstellung der Weiterentwick-

lung sowie die Gewährleistung landesweit vergleichbarer Versorgungs- und Lebenssituationen sind und bleiben Aufgabe des Landes. Gleiches gilt für die Organisation der Aufgaben und Angebote, die überregional effizienter realisiert werden können.

Wir brauchen Konsultation und Kooperation. Herr Kollege Heinemann, ich habe nicht ganz verstanden, warum Sie ein Fragezeichen dahinter gemacht haben, aber dieses kann man im Ausschuss ja noch durch ein Ausrufungszeichen ersetzen. Natürlich haben wir uns mit den Kommunen auf Grundsätze verständigt, wie könnte es anders sein? Vor diesem Hintergrund ist im Zuwendungsvertrag unter anderem vereinbart, dass sich das Land und die Kommunen fortlaufend über die Notwendigkeit einer neuen Schwerpunktsetzung austauschen, beispielsweise um zeitnah auf neue Suchtstoffe oder Krankheitsformen reagieren zu können. Dass die konstruktive Mitarbeit des Landes an kommunalen Planungsszenarien infrage gestellt wird, finde ich absurd. Die konstruktive Mitarbeit des Landes an kommunalen Planungsszenarien ist für die Landesregierung vollkommen selbstverständlich.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/2086 und den Änderungsantrag Drucksache 17/2118 dem Sozialausschuss als selbstständige Anträge zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise Sie darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 45 im Anschluss an die beiden gesetzten Tagesordnungspunkte heute Nachmittag aufgerufen wird. Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr für eine Mittagspause.

(Unterbrechung 13:00 Uhr bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung. Begrüßen Sie mit mir unsere Gäste, und zwar ehemalige Polizeibeamte aus dem Kreis Plön und aus Neumünster und die Gilde „Totenbeliebung“ aus Probsteierhagen. - Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall)

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

Zunächst einige geschäftsleitende Bemerkungen zum Aufruf der Tagesordnungspunkte heute Nachmittag: Zunächst behandeln wir Tagesordnungspunkt 21, keine Streichung von Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr, dann Tagesordnungspunkt 62, Reform der Lehrerbildung für Grundschule und Sekundarstufe I; nach den gesetzten Punkten werde ich ohne Aussprache Tagesordnungspunkt 17 aufrufen, Wahl zum Medienrat der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein. Da für diesen Wahlvorschlag eine qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags notwendig ist - das sind 64 Abgeordnete -, bitte ich um zahlreiches Erscheinen zu diesem Tagesordnungspunkt; das ist aber auch ansonsten sehr wünschenswert. Anschließend werden die Tagesordnungspunkte 41 und 44, Anträge zu Vorschlägen für eine EU-Verordnung sowie zur Gewährleistung von Offshore-Aktivitäten in Europa, aufgerufen und dann Tagesordnungspunkt 45, Rückstellungen für AKW-Stilllegung insolvenz sicher machen.

Zunächst rufe ich Tagesordnungspunkt 21 auf:

Keine Streichung von Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2024

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/2107

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2117

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! 300 Lehrerstellen hat die Regierung im laufenden Schuljahr gestrichen, und 300 Lehrerstellen sollen im kommenden Schuljahr, im August gestrichen werden. Das ist falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsames Lernen, Ganztagschule, verkürztes Abitur, das alles fällt den Schulen nicht in den Schoß, das ist harte Arbeit, Tag für Tag, was die Lehrer und Lehrerinnen da zu stemmen haben. Schulen leisten heute eine ganz andere Sache, Dinge, die eigentlich im Elternhaus geschehen sollten.

Grundschulkindern kommen ohne Frühstück in die Schule, viele haben massive Sprachprobleme und so weiter. Unsere Schulen sind nicht auf Rosen gebettet, und wir geben pro Schülerin und Schüler weniger aus als im Bundes-, geschweige denn im OECD-Durchschnitt.

Nun hat die **FDP** am 19. November 2011 einen etwas schlichten **Dringlichkeitsantrag** auf ihrem **Parteitag** beschlossen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Die **300 Lehrerstellen**, die zur Streichung vorgesehen waren, sollen im System bleiben.

(Cornelia Conrad [FDP]: Das ist doch gut! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie müssen mal ordentlich lesen! Das steht da gar nicht!)

- Herr Kubicki, da steht drin:

„Der Landesparteitag der FDP Schleswig-Holstein möge beschließen, die ursprünglich zur Streichung vorgesehenen 300 Lehrplanstellen im Schulsystem Schleswig-Holsteins zu belassen.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Erkenntnis hat die FDP nach zwei Jahren Regierung offenbar über Nacht angesprungen. Das scheint eine Spontanerkenntnis oder Überraschungsstrategie gegen den Koalitionspartner gewesen zu sein. Mir ist es egal.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besser spät als nie - Herr Habersaat hat es gesagt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Union, Herr Callsen, Sie betonen, der Markenkern der Union sei der Konsolidierungskurs.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Koch [CDU])

Aber die Kehrseite der Medaille ist doch klar, dass Sie die Stellen vor allem im Bereich der **Schulen** streichen wollen: 75 % Ihrer **Stelleneinsparung** gehen zulasten der Schulen. Das fliegt uns über kurz oder lang um die Ohren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Wenn Minister de Jager als neuer Unionsfrontmann behauptet, man würde den Schulen nur wegnehmen, was durch den Schülerrückgang sowieso frei werde, kann er das dem Weihnachtsmann oder

(Anke Erdmann)

sonst jemandem erzählen - mit den Zahlen stimmt das nicht überein. Herr Koch, in den kommenden vier Jahren werden ungefähr 1.000 Stellen bei den Schulen gekürzt. Das hat gerade der Umdruck des Finanzministeriums noch einmal bestätigt. 60 % davon lassen sich auf den Schülerrückgang zurückrechnen, 40 % schneiden Sie aus dem Fleisch der Schulen von 2012 bis 2015.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das bedeutet natürlich nicht mehr Bildungsqualität, das bedeutet weniger Bildungsqualität. Das ist ganz logisch. Das Gezerre um die Lehrerstellen zwischen FDP und CDU sagt viel aus, es sagt viel aus über den miserablen Zustand der Landesregierung, über die verzankte Koalition, aber vor allem sagt es darüber etwas aus, welchen Stellenwert die Bildungspolitik in diesem Land momentan hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Es geht nur noch um ein Gepokere um Lehrerstellen auf den letzten Metern vor der Wahl.

Wieso sind FDP und Union eigentlich beide zufrieden mit dem Kompromiss von Montag? Die FDP freut sich, im März noch einmal mit der Union darüber reden zu können. Im März können Sie doch überhaupt nichts mehr beschicken, da können Sie allenfalls noch plakätieren. Die Union verkündet stolz, man habe den Bildungsminister gebeten, er möge einmal **Maßnahmen für mehr Bildungsqualität** ermitteln - bis März! Hallo, Landesregierung, ist da überhaupt noch jemand zu Hause?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben doch einen Bildungsminister. Was hat der denn zwei Jahre lang gemacht? Es gehört doch zu seiner Arbeitsbeschreibung, sich um die Bildungs- und Unterrichtsqualität zu kümmern.

(Zurufe)

Rund 6 Millionen € müssen bis 2012 umgeschichtet werden. Ich kann verstehen, dass Sie dem FDP-Vorschlag bei der Finanzierung nicht unbedingt zustimmen. Wir glauben, es ist Luft im Haushalt für diese 6 Millionen €, die im nächsten Jahr umgeschichtet werden müssen,

(Zurufe)

im Straßenbau, bei der Förder- und Feldesabgabe und - Herr Callsen, gucken Sie sich einmal das ZPLR an - bei den AktivRegion-Mitteln. Da liegen

Millionenbeträge in zweistelliger Höhe, die bis zum 30. Juni 2012 ausgegeben werden müssen. Andere Bundesländer - Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt - machen es vor und geben diese Gelder für Bildung aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Manchmal ist es vielleicht ein etwas kreativer Umweg. Sie müssen schon wollen, aber die CDU will offensichtlich nicht.

Herr Kubicki, Sie haben heute in der „Landeszeitung“ zum Zustand der FDP wissen lassen:

„In keiner Sachfrage aber dokumentieren wir nach außen einen kompetenten Sachvorschlag.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ihr Vorschlag an dieser Stelle ist dünn, mäßig intelligent finanziert, aber in der Sache ist er richtig.

Keine Stellenstreichung nach den Sommerferien!

Wir beantragen gemeinsam mit der SPD namentliche Abstimmung zu diesem Punkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr Lehrer für unsere Schulen - wer würde da aus dem Bauch heraus nicht gleich jubelnd zustimmen?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Aus dem Kopf heraus!)

Noch im Oktober diesen Jahres stand die Kollegin Erdmann hier an diesem Rednerpult und hat aufgezeigt, wie sich die **Unterrichtssituation** insbesondere an den Grundschulen in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Noch in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses ging es ihr darum zu ergründen, warum die Unterrichtsversorgung so viel besser geworden ist, aber das Empfinden an den Schulen ein anderes ist -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

(Heike Franzen)

eine Frage, die uns wohl alle umtreibt und die auch sachlich begründet ist. So wollen sich die Grünen immer wieder verkaufen: ausschließlich an der Sache orientiert. Auf einmal greifen Sie den **Beschluss des FDP-Landesparteitages** auf, stehen hier und fordern **300 Planstellen** zusätzlich. Ich glaube, da kann man schon einmal nach der Motivation fragen:

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sachlich orientiert oder vielleicht doch populistisch und von der Hoffnung getrieben, diese Koalition zu spalten? - Meine Damen und Herren, das wird Ihnen nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihr habt das beschlossen! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie kennen mich noch nicht, Herr Stegner.

Keine Begründung, wofür Sie die Stellen verwenden wollen, und bei den Finanzierungsvorschlägen bleiben Sie wolkig.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Der Landeshaushalt soll nicht zusätzlich belastet werden. Das ist löblich. Wie viel und was Sie an anderer Stelle sparen beziehungsweise weniger ausgeben wollen, sagen Sie nicht. Darüber soll sich die Landesregierung nach Ihren Vorstellungen einen Kopf machen. Meine Damen und Herren von den Grünen, das ist ungefähr so griffig wie ein Stück Seife unter der Dusche.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck?

Heike Franzen [CDU]:

Ich würde gern meine Ausführungen zu Ende bringen.

Die SPD beantragt, die Hälfte der Lehrerstellen, die entbehrlich wären, in den Schulen zu lassen, ohne zu beziffern, was diese Hälfte tatsächlich ist, oder wie sie finanziert werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Sie haben gleich die Möglichkeit, hier Ross und Reiter und nennen.

Die LINKEN legen mit ihrem Antrag noch einen drauf: Sie wollen gar keine Reduzierung der Planstellen, wie immer frei nach dem Motto: Was kostet die Welt? Lasst uns noch einen drauflegen! Die Zechen zahlen unsere Kinder und Enkelkinder.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Die zahlen sie jetzt!)

Die Landesregierung muss für dieses Land einen Weg finden, wie wir die **Haushaltskonsolidierung** und die **Bildungsfinanzierung** auf einen guten Weg bringen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Gute Bildung macht sich nicht nur an der Anzahl der Unterrichtsstunden fest, sondern auch daran, was, wie und unter welchen Rahmenbedingungen unterrichtet wird. Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht 2009 aufgezeigt, in welchem Umfang eine Reduzierung von Lehrerplanstellen bis 2020 vorgenommen werden könnte, nämlich um 4.250. Ich sage deutlich: Der Landesrechnungshof hat eine massive Zusammenlegung von Schulstandorten zugrunde gelegt, die auch wir nicht mittragen wollen. Deswegen hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht und gesagt: 3.650 Stellen sollen langfristig eingespart werden - analog zu den rückläufigen Schülerzahlen, von denen wir seit dem letzten Bericht zur Unterrichtsversorgung wissen, dass sie noch viel drastischer sinken werden, als es 2009 in der Prognose zugrunde gelegt worden ist. Sie sinken nämlich nicht nur um 50.000 Schülerinnen und Schüler, sondern um 59.000 Schülerinnen und Schüler. Darum muss es unser verstärktes Anliegen sein, uns um die **Inhalte** zu kümmern. Was sollen Kinder heute lernen, wie sollen sie es lernen, welche Unterstützung brauchen sie, und wie müssen wir unsere Lehrkräfte dafür ausbilden? Das sind die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Im Gegensatz zu Ihnen bin ich davon überzeugt, Herr Stegner.

Diese Landesregierung hat in diesem Bereich viel erreicht. Wir haben den Schulen die Freiheit gegeben, über ihre Unterrichtsstrukturen so zu entscheiden, wie sie es für ihre Schulen, für ihre Schüler und für ihre Lehrkräfte brauchen. Die Mittel für die

(Heike Franzen)

Lehrerfortbildung sind erhöht worden, damit sich unsere Lehrerinnen und Lehrer besser auf die Situation in den Schulen einstellen können. Wir haben die Hochbegabtenförderung auf den Weg gebracht, damit auch diese Potenziale von jungen Menschen genutzt werden und nicht verloren gehen. Die Lehrpläne für das achtjährige Gymnasium sind so angepasst worden, dass wir unsere Kinder nicht mehr mit zu vielen Inhalten überfrachten. Die verunglückte Einführung der Profiloberstufe unter Frau Erdsiek-Rave aus der letzten Legislaturperiode ist so modifiziert worden, dass sie zu einer Entlastung von Schülerinnen, Schülern und Lehrern geführt hat.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Zurufe von der SPD)

Und wir haben trotz knapper Kassen die Schulsozialarbeit an den Schulen eingeführt und damit die **Rahmenbedingungen** für die Schulen verbessert. Bei der Lehrerausbildung werden wir noch in dieser Legislaturperiode die Weichen stellen, damit sie endlich an die Schularten und an deren Bedürfnisse angepasst werden.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat einen roten Faden in der Bildungspolitik. Wir wissen, was wir wollen. Wir wollen gute Bildung für unsere Kinder,

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zweimal!)

die wir finanzieren können und die nicht von der nächsten Generationen selbst bezahlt werden muss. Deswegen werden wir die vorliegenden Anträge ablehnen.

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Die Rede war nicht mit Inhalten überfrachtet! Da haben Sie Recht! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sollen die Rede doch auch verstehen, Herr Dr. Stegner!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe die FDP auch schon einmal frenetischer in diesem Hause klatschen sehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Strengen Sie sich an, dann kommt das!)

Aber vielleicht muss man sich um die FDP dieser Tage gar keine so großen Sorgen machen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

In der Regel verhält es ungehört, wenn die Tierchutzpartei Parteitage veranstaltet. Bei der FDP ist man einen Schritt weiter: **FDP-Parteitage** führen bei der CDU zu hektischen Flecken und bei den Grünen zu parlamentarischen Initiativen.

(Zurufe von der FDP)

Oft ist es so, dass der Berg kreißt und eine Maus gebiert. Dieser Tage haben wir erlebt, wie es ist, wenn die freidemokratische Maus kreißt. Allerdings kam außer heißer Luft nichts raus.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ans Licht der Welt kamen in dieser Phase nur Unstimmigkeiten in der Koalition und Hinweise auf Missstände in der Schullandschaft, auf die Eltern, Lehrer, Schüler und Opposition seit Langem hinweisen.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, eine kleine Liste zusammenzutragen, und habe erfreut vernommen, dass Herr Kubicki sich auch mit solchen Listen beschäftigt.

(Christopher Vogt [FDP]: Hausaufgaben getan, sehr gut!)

Ein paar Punkte wollte ich Revue passieren lassen. Da befasst sich ein FDP-Landesparteitag - immerhin einer Regierungspartei - damit, dass es dringend erforderlich sei, **300 Lehrerstellen** mehr als geplant im System zu belassen. Wolfgang Kubicki glaubt, eine Pressemitteilung herausgeben zu müssen, in der er Gespräche mit dem Koalitionspartner ankündigt - was für eine Maßnahme! Die CDU zeigt sich verwundert über die Diskrepanz zwischen den Verlautbarungen des zuständigen Ministers über die gute Unterrichtssituation und dem Beschluss der Partei dieses Ministers. An der Stelle kann ich vielleicht zur Aufklärung beitragen: Bisher kann man abschließend erst die Unterrichtsversorgung für das Schuljahr 2010/2011 betrachten. Für das Schuljahr waren die Weichen schon gestellt, bevor sich die Haushaltsstrukturkommission überhaupt ans Werk gemacht hat.

Weiter im Text: Ministerpräsidentenkandidat de Jager äußert Sympathie für die Idee, die Zahl der Differenzierungsstunden an den Gemeinschaftsschulen wieder anzuheben. Herr Callsen erklärt schließlich im Interview entschlossen, er werde sich die Pro-

(Martin Habersaat)

bleme an den Gemeinschaftsschulen einmal erklären lassen.

(Lachen bei der SPD)

Herr Callsen, die Probleme kann ich Ihnen auch erklären. Erstens. Ihre Koalition hat mit dem **Schulgesetz** einen tragfähigen Schulfrieden zerschlagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Zweitens. Durch dieses Schulgesetz haben Sie die Umsetzung der pädagogischen Konzepte unserer Gemeinschaftsschulen unmöglich gemacht.

Drittens. Als stärkste Fraktion dieses Hauses gerieren Sie sich in der Bildungspolitik als Fähnchen im Wind, und ein Fähnchen im Wind kann nun einmal nicht für Ruhe an den Schulen sorgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD hat sich wiederholt dafür ausgesprochen, die Hälfte der frei werdenden Lehrerstellen im System zu belassen. Wir haben das nicht ohne Grund getan, sondern wir haben das in Kenntnis der Lage an den Schulen und in dem Wissen um die Notwendigkeit getan, dass **Unterrichtsqualität** verbessert werden muss, dass wir mehr Binnendifferenzierung, mehr Sprachförderung und vieles andere brauchen.

Mehr Lehrer werden - das geht auch aus der Sammlung Kubicki hervor - auch erforderlich, wenn wir mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur führen wollen. Dabei ist übrigens weniger entscheidend, ob wir mehr neue Oberstufen einrichten - was wir tun müssen -, sondern entscheidend ist der Punkt, dass wir mehr Schülerinnen und Schüler länger an der Schule behalten wollen. Natürlich brauchen wir dann mehr Lehrer, und wir wollen auch, dass die Schülerinnen und Schüler ihr Abitur machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem nun die FDP den Gang von der Regierung - Volley - in die APO fürchtet, hat ihr Landesparteitag einen Antrag beschlossen, der im Saldo den damaligen Haushaltsanträgen der SPD entspricht. Die Grünen schließen sich mit dem heutigen Antrag dieser Position an. Das ist ja nun - kann es nicht sein - kein großideologisches Spielchen, sonst würde Herr Habeck da nicht mitmachen können.

(Beifall der Abgeordneten Serpil Midyatli [SPD])

Es ist ein bisschen ein kleinparlamentarisches Oppositionsschauspiel, Herr Habeck, weil ich nicht damit rechne, dass diese Koalition bis Januar einen Nachtragshaushalt hinkriegt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber in der Sache sind wir uns ja einig.

(Heike Franzen [CDU]: Das wollen doch die Grünen nicht!)

Was sagt nun die Koalition? - Da stellt sich der stellvertretende Ministerpräsident, der heute leider nicht mehr da sein kann - wie der Ministerpräsident auch nicht -, hin, sonst selten um eine fescche Formulierung verlegen, aber in diesem Fall sagt er: Die **Bildungsqualität** an den **Schulen** muss verbessert werden, und man wird weiter über das Thema reden. Ob da Zahlen vorliegen oder nicht, darüber wird geredet. Wann wird darüber geredet? Das gefällt mir eigentlich am besten. Es wird darüber geredet, wenn der Bildungsminister seinen Auftrag erfüllt hat. Zum Ende der schwarz-gelben Koalition soll er herausfinden, wie die Lage an den Schulen im Land aussieht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Ellen Streitbürger [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, damit haben Sie die Abschlusspointe gesetzt. Ich kann das nicht toppen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bedauerlich, dass bei ernsten Themen wie Europa oder Bildung die Debatten offensichtlich nur noch mit Klamauk geführt werden können. Das mag Sie belustigen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Dr. Stegner, man muss Sie einfach nur in der Öffentlichkeit zeigen. Sie sind ein Garant dafür, dass die SPD nie in die Verlegenheit kommen wird, in Schleswig-Holstein wieder Regierungsverantwortung zu tragen. Die Menschen haben diese Form der Darstellung schlicht und ergreifend satt.

(Wolfgang Kubicki)

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Zunächst einmal vielen Dank an die Grünen, die mit diesem Antrag mithelfen wollen, **FDP-Positionen** im Landtag durchzusetzen. Ich kann Sie dabei nur ermutigen. Weiter so!

(Beifall bei der FDP)

Ich muss aber hinzufügen, Herr Kollege Habeck, dass ich den Grünen nur dringend raten kann, sich bei ihren Berechnungen lieber an den Zahlen der FDP zu orientieren, als eigene Berechnungen aufzustellen. Sie haben viel zu häufig dokumentiert, dass Sie schlicht nicht mit Zahlen umgehen können.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: 3 %!)

Deshalb bin ich dem Bildungsminister sehr dankbar, dass er die bodenlosen Behauptungen der Kolleginnen Heinold und Erdmann, es gebe ein Zahlenchaos beim Thema Lehrerstellen, am Dienstag nachdrücklich zurechtgerückt hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir lernen hier, dass es immer das gleiche Spiel ist, die Regierung entweder durch eigenes mathematisches Unvermögen oder durch bewusste Falschaussagen zu diffamieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass es der Fraktionsvorsitzende Dr. Habeck war, der im Rahmen der Haushaltsberatungen im September 2010 im Brustton der Überzeugung und mit Angriffen auf Herrn Wiegand im Landtag erklärt hat:

„Aus eigener Kraft ist Schleswig-Holstein nicht in der Lage, den Konsolidierungspfad einzuhalten.“

Ich fragte schon damals: Glaubten die Grünen dies schon vor ihrer Zustimmung zur Verfassungsänderung? Wenn ja, wollten Sie damit sehenden Auges Schleswig-Holstein finanziell an die Wand fahren? Oder war es einfach nur Dilettantismus, Herr Dr. Habeck?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist letzten Endes glücklicherweise aber völlig egal; denn die Geschichte hat Ihre Behauptung widerlegt. Wir können den **Konsolidierungspfad** bis 2020 einhalten. Das ist gerade bestätigt worden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Mit dem gleichen Elan - ich darf das sagen, weil es Vorweihnachtszeit ist - posaunte Dr. Habeck bei der Vorstellung des grünen Arbeitsprogramms, die bis 2015 für die Beibehaltung von 1.400 Lehrerstellen

notwendigen 30 Millionen € über vier Jahre seien finanzierbar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 30 Millionen € für 1.400 Lehrer. Nach den Vorstellungen von Herrn Dr. Habeck würden diese Lehrer dann 21.428,57 € brutto verdienen. Wenn wir Ihre bildungs- und finanzpolitischen Vorstellungen umsetzen würden, brauchten wir allerdings schnellstmöglich Lohnuntergrenzen für Lehrer.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Nein, Frau Präsidentin. Ich kenne das Spiel. Ich möchte jetzt im Zusammenhang vortragen.

(Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die schleswig-holsteinischen **Sozialdemokraten** insbesondere im **Bildungsbereich** nicht sonderlich mit **Zahlen** vertraut sind, brauche ich eigentlich nicht mehr zu erwähnen.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Der sozialdemokratische Antrag hat aber eine andere Intention. Er versucht, die Ankündigung des SPD-Spitzenkandidaten Albig umzusetzen, die Hälfte der demografischen Rendite bis 2020 im System zu belassen. Konkrete **Gegenfinanzierungsvorschläge** enthält dieser Antrag aber nicht. Herr Dr. Stegner, das nennen Sie verantwortungsvolle sozialdemokratische Politik.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erläutern Sie einmal die Logik Ihres Vorschlags!)

Jeder andere nennt das verantwortungslos. Schleswig-Holstein ist aber auch nur Ihr Lieblingsland.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Melden Sie sich doch einmal, Herr Habeck!)

- Herr Kollege Dr. Habeck, das können wir gern ausdiskutieren. Ich rede aber zur Sache.

Die FDP hält es für finanziell möglich und zugleich für bildungs- und wirtschaftspolitisch geboten - -

(Unruhe)

- Frau Präsidentin, ich möchte Sie dringend bitten, gelegentlich auch einmal in den Reihen der LINKEN für Ruhe zu sorgen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich möchte sehr herzlich bitten, dem Herrn Abgeordneten Kubicki die notwendige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Ich bitte um Ruhe.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Wir halten es für finanziell möglich und zugleich für bildungs- und wirtschaftspolitisch geboten, **300 Lehrerstellen** aus der **Konsolidierungsplanung** herauszueisen. Wir profitieren zum Beispiel durch die niedrigen Zinssätze - so traurig es klingt - aufgrund der derzeitigen Krise Europas. Das bedeutet für den Landeshaushalt, dass wir im engen Konsolidierungskorridor bis 2020 wieder etwas mehr Luft haben.

Was folgt aber daraus, wenn wir mehr Luft haben? Was nützt es uns, wenn wir unsere Konsolidierungsziele übererfüllen? Was haben die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins davon, wenn wir schon im Jahr 2019 oder im Jahr 2018 die Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Schuldenbremse erfüllen würden? Herr Kollege Dr. Habeck, es handelt sich hierbei um strukturelle - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Überhaupt nicht! Wir haben immer davon geredet, dass Mehreinnahmen vollständig in den Konsolidierungspfad hineingerechnet werden müssen. Wir haben immer wieder gesagt: Wenn wir feststellen, dass wir gegenüber unserer Planung Minderausgaben haben, ohne das Niveau zu verändern, müssen wir uns fragen, wie wir diese Minderausgaben an anderer Stelle dazu nutzen können, die Bremsen etwas zu lockern, um auch etwas für Wachstum, Infrastruktur und Bildung zu tun. Das erkennen Sie in jeder Erklärung der Landesregierung des vergangenen Jahres.

(Beifall bei FDP und CDU - Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es im Bildungsbereich Probleme gibt, war bekannt, bevor wir die Regierungsgeschäfte übernommen haben. Wir dürfen heute noch abarbeiten, was Sozialdemokraten und Grüne in den 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts gemacht haben. Sie haben nämlich **Vorgriffsstunden** ausgewiesen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir haben 370 Lehrerstellen im System, die nicht dazu da sind, die Unterrichtssituation zu verbes-

sern, sondern **Vorgriffsstunden** der Vergangenheit sind. Es wurde also ein Kredit auf Lehrverpflichtungen ausgewiesen, den Sie nicht finanziert haben. Wir müssen diesen Kredit heute abtragen. Diese Stellen fehlen uns in der Unterrichtsversorgung.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich hören wir, dass es Probleme im System gibt. Selbstverständlich wird diese Regierung darauf reagieren. Selbstverständlich ist das das Vernünftigste der Welt. Ich weiß nicht, wie Sie miteinander umgehen.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, nach den vielen Zwischenrufen lassen Sie mich bitte diesen letzten Satz noch sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Kollege Dr. Stegner, lassen Sie uns den 6. Mai abwarten. Ich möchte sehen, ob Sie dann grinsen oder in Tränen ausbrechen werden. Ich glaube, Letzteres wird der Fall sein.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich werden Koalitionsparteien miteinander darüber reden, wie man die Bildungspolitik in Deutschland unter Einhaltung des Konsolidierungspfades verbessern kann. Das ist das Vernünftigste der Welt. Das werden wir schnellstmöglich tun. Es wird einen **Prioritätenkatalog** für eine **Offensive zur Verbesserung der Bildungsqualität** geben. Wir werden gemeinsam diesen Kriterienkatalog mit den finanziellen Mitteln unterlegen, wie man dies halt seriöserweise macht, aber nicht so, wie Sie das machen, Herr Dr. Stegner, der eine ar-

(Wolfgang Kubicki)

me Seele im Bildungsministerium braucht, um eigenes Fehlverhalten zu kaschieren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat der Herr Abgeordnete Ulrich Schippels das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das war großes Theater, was wir gerade von Ihnen gehört haben, Herr Kubicki. Das war großes Kino, aber leider auch nur heiße Luft.

(Beifall bei der LINKEN - Christopher Vogt [FDP]: Jetzt kommt kleines Kino!)

Ich hätte mich gefreut, wenn bei Ihnen tatsächlich ein Lernprozess in Gang gesetzt worden wäre, wenn Sie auf Ihrem Parteitag zur Einsicht gekommen wären, dass es keine gute Idee ist, bei der Bildung zu kürzen, wenn Sie endlich zur Einsicht gelangt wären, dass die Klassen an unseren Schulen viel zu voll sind, wenn Sie endlich zur Einsicht gelangt wären, dass es viel zu wenig Lehrkräfte für unsere Schülerinnen und Schüler gibt, wenn Sie endlich zur Einsicht gekommen wären, dass der Unterrichtsausfall an schleswig-holsteinischen Schulen nicht mehr zu akzeptieren ist, und wenn Sie deshalb Ihre **Politik** im Bereich der **Bildung**, auch bei der Frage der Zahl der notwendigen **Lehrerstellen** korrigiert hätten. Ihr Positionswechsel ist aber allein dem Umstand geschuldet, dass die Umfragewerte für Ihre unsoziale und bildungsfeindliche Politik bei 3 % einfrieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Da gibt es am Donnerstag vor dem **Parteitag der FDP** eine neue Umfrage, die auch deutlich macht, dass **Bildungspolitik** das entscheidende Thema in Schleswig-Holstein ist. Schon am Freitag gibt es dann einen Dringlichkeitsantrag für den FDP-Landesparteitag, der die bisherige Politik über Bord wirft. Am Sonnabend jubelt der Parteitag, und der Rest von Schleswig-Holstein schüttelt den Kopf. Das ist wirklich großes Theater.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Inhaltlich haben Sie recht. Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass wir die Profiteure der Finanzkrise sind und deshalb zu einem

Zinssatz unterhalb der Inflationsrate Kredite aufnehmen können. Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass Investitionen in Bildung gute und nachhaltige Investitionen sind. In Schleswig-Holstein nimmt Ihnen aber niemand ab, dass Sie das auch ernst meinen. Das ist eine Kehrtwende Ihrer bisherigen Politik um 180 Grad. Das glaubt Ihnen nicht einmal Ihre eigene Parteibasis.

(Beifall bei der LINKEN)

Für DIE LINKE ist Ihr Kursschwenk allerdings sehr schmeichelhaft; denn Ihre Argumentation, Frau Loedige, Herr Kubicki, ist unsere Argumentation.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie verweisen auf die **niedrige Zinsbelastung**. Dann haben Sie mir also doch zugehört, Herr Kubicki. Es wundert mich schon, dass Sie hier im Landtag den Reden folgen können, während Sie gleichzeitig demonstrativ mit Ihren Fraktionskollegen reden beziehungsweise geredet haben. Wahrscheinlich lesen Sie nachts still und heimlich in Ihrem Kämmerchen die Oppositionsreden nach. Dafür noch einmal vielen Dank!

(Beifall bei der LINKEN)

Um Ihnen noch einmal eine Argumentationshilfe zu geben: 500 Millionen € Mehreinnahmen, die wir in diesem Jahr haben, wollen Sie nicht ausgeben. Das sind **konjunkturelle Mehreinnahmen**. Aber auch die führen zu einer strukturellen Entlastung von ungefähr 10 Millionen € bei den Zinsen. Auch das können Sie tatsächlich dazunehmen.

Wer die Bildung vernachlässigt, gefährdet fahrlässig die Zukunft. Deshalb haben wir uns als einzige der im Landtag vertretenen Parteien vehement gegen jegliche Stellenstreichung bei Lehrerinnen und Lehrern gewehrt. Bildung darf nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Für Bildung muss das Geld da sein. Wofür denn sonst?

Aber auch für Buchhalter gilt: Wer sich den Haushalt des Landes und den Haushaltsvollzug 2011 anschaut, der weiß genau, dass es, hätte es nur den Willen gegeben, politisch möglich gewesen wäre, keine einzige Stelle im Bildungsbereich abzubauen.

(Beifall bei der LINKEN)

300 Stellen, Frau Heinold, reichen uns nicht. Wir wollen das volle Programm. Unterrichtsausfall, der nicht durch Schnee, nicht durch Hitze oder durch

(Ulrich Schippels)

Ähnliches verursacht wird, muss in die Geschichtsbücher verbannt werden. Er gehört in die Geschichtsbücher und nicht in die schleswig-holsteinischen Schulen, in die Realität der Schülerinnen und Schüler.

Aus dem gleichen Grund können wir auch dem Antrag der SPD nicht wirklich zustimmen. Solange noch eine Unterrichtsstunde aufgrund von Lehrerinnen- und Lehrermangel in Schleswig-Holstein ausfällt, gibt es keinen vernünftigen Grund, auch nur eine Stelle in diesem Bereich aufzugeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW hat nun die Fraktionsvorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer den Mund spitzt, sollte auch pfeifen, sagt man.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP-Fraktion scheint aber nur auf dem eigenen Landesparteitag Lust zum Pfeifen verspürt zu haben - dort aber um so lauter, scheint mir.

Verständlicherweise reagierte die CDU-Hälfte der Regierungskoalition darauf reichlich verschnupft, sei doch die **Haushaltskonsolidierung** das herausragende Markenzeichen dieser Koalition. Soll heißen: So ein Vorstoß der FDP würde den gesamten Wahlkampf der CDU durcheinanderbringen.

Daher wurde dann auch schnellstmöglich der Koalitionsausschuss einberufen, und seit ein paar Tagen kennen wir nun auch das Ergebnis der Beratung: Es wird - natürlich, füge ich hinzu - keine 300 Lehrerstellen zusätzlich geben. Stattdessen ist der Bildungsminister beauftragt worden zu schauen, ob es bei der **Unterrichtsversorgung** Engpässe gibt, die entweder die Einstellung neuer Lehrkräfte erforderlich machen oder durch andere Maßnahmen abgemildert werden können.

Die Sitzung des Koalitionsausschusses dauerte anderthalb Stunden, habe ich mir sagen lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Die meiste Zeit scheint man mit Kaffeetrinken verbracht zu haben. Denn wenn nicht der Bildungsminister die Situation an den Schulen unseres Lan-

des kennt, wer denn sonst? Ich gehe doch stark davon aus, dass er seine Fachkompetenz in die Beratung auf dem FDP-Parteitag eingebracht hat. Oder hat er nur mitgepfeifen, weil es so schön war?

Dabei sei der Landesregierung ein Blick in ihren eigenen **Bericht zur Unterrichtsversorgung** empfohlen. Dort hat sie es selbst eingeräumt: Es fallen Stunden aus, und die Klassengrößen sind nicht optimal. Solange Unterricht in dem berichteten Umfang ausfällt, besteht also Handlungsbedarf. Solange Schülerinnen und Schüler nicht angemessen individuell gefördert werden, besteht Handlungsbedarf. Solange sich 30 Schüler in einer Klasse drängen, so lange können keine Lehrerstellen eingespart werden.

(Beifall beim SSW)

Das bedeutet, dass zur Erreichung wichtiger pädagogischer Ziele ganz einfach mehr Lehrerstellen benötigt werden.

Der SSW hat daher schon lange gefordert, dass die sogenannte **demografische Rendite** in unserem Bildungssystem verbleiben sollte. Hinzu kommt, dass es nicht nur bei der Unterrichtsversorgung hapert, sondern auch jetzt schon Mittel umgeschichtet worden sind zuungunsten von Teilen unseres Schulsystems. Ich rufe in Erinnerung, dass bei den Gemeinschaftsschulen die **Differenzierungsstunden** weggestrichen oder stark gekürzt worden sind. Das hat übrigens auch der Wirtschaftsminister kritisiert. Er aber will - er gehört der CDU an - die eingesparten Stunden unbedingt ohne den Einsatz von Lehrerstellen wettmachen und - wie er es formuliert hat - „ohne finanzwirksame Punkte“.

Wir sind gespannt, wie diese koalitionsinterne Diskussion ausgehen wird. Das Hornberger Schießen lässt grüßen.

Noch einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Bildungsbereich eignet sich nun wirklich nicht als eiserne Reserve für den Landeshaushalt. Bildung - ich sage das noch einmal - ist eine **Investition in die Zukunft**, und je mehr wir in die Köpfe investieren, desto erfolgreicher wird unser Land im globalen Wettbewerb bestehen können.

Die Finanzierung von 300 Stellen lässt sich über einen Nachtragshaushalt ohne Weiteres sichern.

(Beifall der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

Wir sehen es also ähnlich wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Zusätzliche Mittel müssen nicht aufgenommen werden. Die Entscheidung für die 300

(Anke Spoorendonk)

Lehrerstellen würde der **Schulentwicklung** eine Perspektive und Lehrern, Eltern und Schülern **Planungssicherheit** geben.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Robert Habeck das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Debatte war entlarvend, und zwar für diese Seite des Hauses.

(Abgeordneter Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] zeigt auf CDU und FDP)

Frau Franzen hat sich zwar an allen Parteien und Oppositionen abgearbeitet, aber mit keinem Wort ist sie auf den eigentlichen Konflikt dieser Debatte eingegangen, nämlich auf den Konflikt zwischen FDP und CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Sprachlosigkeit ist das Letzte, was dieses Land vertragen kann.

Herr Callsen hat gesagt: Die **300 Lehrstellen** sind nicht hinterlegt. Herr Kubicki sagt: Alles kein Problem, wir haben so viel Luft im Haushalt, da können wir noch einmal durchfinanzieren. Wo ist die Antwort dieser Regierung? Keine Antwort. Sie weichen nur aus, schimpfen auf die Re ... Opposition - auf die Regierung, soweit sind wir noch nicht -, schütteln den Kopf, analysieren aber nicht Ihre Probleme. Was wir Ihnen nicht durchgehen lassen können, und vor allem Ihnen, Herr Kubicki, nicht durchgehen lassen wollen, ist die aufgeplusterte Rhetorik auf Parteitag, aber hier im Landtag dann zu kneifen, wenn es zur Abstimmung kommt. Das kann nicht sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Sie können sich nicht als Oppositionsführer in der Regierung aufführen, und Sie können vor allem nicht sagen: Wir können viel schneller den Konsolidierungskurs erreichen; das wollen wir aber gar nicht. Damit widersprechen Sie dem Finanzminister diametral, der in gefühlten hundert Pressemitlungen

gen mitgeteilt hat: Jetzt muss Schleswig-Holstein sogar noch schneller den Konsolidierungspfad erreichen.

Was ist eigentlich die Linie dieser Regierung? Wofür steht diese Regierung noch? Für mehr Stellen, für schnelleres Sparen, für weniger Sparen? Was ist eigentlich hier los? Dass die FDP bei so viel warmer Luft Betonschuhe und Bleiwesten braucht, das ist keine neue Nachricht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Aber das Problem ist: Was will diese Regierung? Das können wir heute aus dieser Debatte nicht erfahren. Um das zu demonstrieren, lohnt es sich, über diesen Antrag namentlich abzustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Herlich Marie Todsensee [CDU]: Nur Bilder malen, nichts Inhaltliches!)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Heike Franzen von der CDU das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Herr Habeck, die Analyse von Konflikten in unserer Koalition sollten Sie vielleicht uns überlassen. Ich sehe im Augenblick keinen Konflikt in der Koalition.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es hat einen Koalitionsausschuss gegeben, der sich entsprechend verabredet hat, wie wir in Zukunft damit umgehen wollen. Der Bildungsminister ist beauftragt, entsprechende Vorgaben zu machen. Insofern sitzen wir hier wirklich sehr einig und beraten darüber, wie wir **Bildungsqualität in Schleswig-Holstein** optimieren wollen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Franzen, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck?

Heike Franzen [CDU]:

Ja.

(Heike Franzen)

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Franzen, dann kann ich jetzt meine Zwischenfrage stellen, die ich vorhin schon stellen wollte. Stimmen Sie mir zu, dass all das, was Sie an Vorwürfen vor allem an die Grünen gerichtet haben, genauso an die FDP zu richten ist von Ihrer Seite aus, weil Sie - der Argumentation des Kollegen Kubicki folgend - attestieren müssen, dass wir nur den Parteitagstrag der FDP in das Parlament eingebracht haben?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Demnach würden Ihre Anwürfe an die Grünen eins zu eins die FDP treffen. Ist das richtig?

- Nein, Herr Habeck, das ist nicht richtig. Sie haben in keinster Weise eins zu eins den Antrag des Landesparteitags der FDP eingebracht. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die FDP einen Vorschlag gemacht hat, bei den Ausgaben für den Landesstraßenbau zu kürzen. Das wäre mir neu. Herr Kubicki, da müssen Sie an der Stelle einmal nachfragen. Sie haben überhaupt einen **Gegenfinanzierungsvorschlag** gemacht, mit dem Sie einen richtig schlanken Fuß machen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie sagen: An manchen Stellen wollen wir reduzieren, und Sie fordern die Landesregierung auf, die Arbeit zu machen, die Sie an der Stelle hätten machen sollen. Das tut mir leid, das kann man an der Stelle wirklich nicht als einen Antrag bezeichnen, den die FDP diskutiert hat.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

Heike Franzen [CDU]:

Ja.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Franzen, darf ich Sie fragen, wie Sie die Analyse der FDP bewerten, dass die niedrigen Zinssätze als Kompensation für die 300 Lehrerstellen gelten?

- Zinssätze als Kompensation einzusetzen, ist durchaus fraglich. Wir diskutieren gerade darüber, welche Möglichkeiten es geben kann, die Bildungsqualität in Schleswig-Holstein zu finanzieren. Ich glaube, ich habe in meiner Rede deutlich gemacht, wo wir im Augenblick die Schwerpunkte sehen, die

angegangen werden müssen. Wir müssen schon sehen, wie wir an der Stelle mit den Ressourcen umgehen, die wir in diesem Land haben, Herr Habeck.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich will auch noch einmal deutlich machen, dass ich von der Stellungnahme der SPD reichlich enttäuscht bin. Sie sagen, Sie wollen die Hälfte der **demografischen Rendite** einsparen. Ich hätte mir wirklich gewünscht, Sie hätten hier einmal Ross und Reiter genannt, was das denn nach Ihrer Auffassung ist. Der Presse konnte man bisher entnehmen, es seien 1.800 Stellen. Die sind inzwischen irgendwie verschwunden. Da muss man schon einmal hinterfragen: Was ist denn nach Ihrer Auffassung die Hälfte der demografischen Rendite, die einzusparen ist?

Dann möchte ich auch gern wissen, wenn es tatsächlich 1.800 Stellen sind, Herr Stegner - weil Sie da schon stehen und mich fragen wollen, frage ich gleich in Ihre Richtung -, erkennen Sie aus Ihrer Sicht an, dass das, was die Landesregierung einsparen will, nämlich 3.650 Stellen, offensichtlich die demografische Rendite ist, die sich aus dem Schulsystem ergibt?

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Heike Franzen [CDU]:

Ja, ich erlaube die Zwischenfrage.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fragen richten sich an die Abgeordnete Franzen!

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Frau Kollegin Franzen, ich wollte Sie in der Tat gern nach dem Zustand des Reiters befragen; denn das Ross war die gemeinsame Vereinbarung, die wörtlich so getroffen worden ist, wie wir das gerade beantragt haben, dass die Hälfte der durch den Schülerrückgang theoretisch frei werdenden Stellen im System verbleibt. Das war exakt die Einigung zwischen SPD und CDU. Sie haben meines Wissens in der letzten Legislaturperiode der CDU-Fraktion angehört. Ich frage Sie also nach dem Zustand des Reiters CDU. Wenn Sie heute sagen, das sei unseriös, und man könne es überhaupt

(Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht)

nicht bezahlen, in welchem Zustand haben Sie sich befunden, als Sie dieser Einigung mit der SPD seinerzeit zugestimmt haben?

Heike Franzen [CDU]:

Wir haben damals vor einer anderen finanziellen Lage dieses Landes gestanden, Herr Dr. Stegner.

(Beifall bei CDU und FDP - Lachen bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Entschuldigen Sie bitte, ich will Ihnen gern sagen, was Ihre 1.800 Lehrerstellen für dieses Land bedeuten. Das bedeutet jedes Jahr 90 Millionen €, die zu finanzieren sind, und das vor dem Hintergrund einer **Schuldenbremse**. Dann müssen Sie auch konkret sagen, Herr Dr. Stegner, wie Sie diese 90 Millionen € finanzieren wollen. Dann können wir den Weg an der Stelle gern gemeinsam weitergehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Franzen, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage?

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich bedanke mich sehr, dass ich die Gelegenheit zu einer zweiten Nachfrage habe. Habe ich Ihre Antwort richtig verstanden - seinerzeit stand die Schuldenbremse ja schon im Grundgesetz, als wir das miteinander vereinbart haben -, dass sich die finanzielle Situation des Landes Schleswig-Holstein unter der schwarz-gelben Regierung des Finanzministers Wiegard demzufolge verschlechtert hat, wenn Sie das heute nicht mehr finanzieren können?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heike Franzen [CDU]:

- Wenn ich Sie daran erinnern darf, Herr Dr. Stegner, ist diese Große Koalition daran gescheitert, dass Sie nicht bereit waren, den Weg der Haushaltskonsolidierung weiter mitzugehen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

(Zurufe)

Jetzt hat das Wort die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich entnehme den Redebeiträgen der regierungstragenden Fraktionen, dass es anscheinend gar keinen Dissens in der Koalition gegeben hat. Ich stelle fest: Einen Dissens gibt es nicht. Deshalb kann ich eigentlich das, was auf dem FDP-Parteitag vorgegangen ist, nur als reines Fenstertheater interpretieren.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wäre ich FDP-Mitglied, was ich zum Glück nicht bin,

(Christopher Vogt [FDP]: Noch nicht!)

dann würde ich mich jetzt von der Fraktion hintergangen fühlen. Es müssen da doch Leute gesessen haben, die gesagt haben: Lass die mal reden, wir reden mit, wir wissen, dass es anders kommt. - Das ist doch nicht in Ordnung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich versuche mir nur vorzustellen, was auf dem FDP-Landesparteitag vorgegangen ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir laden Sie nächstes Mal ein!)

Lieber Kollege Kubicki, Sie sind ja bekannt dafür, dass Sie versuchen, immer um sieben Ecken zu denken, und manchmal schießen Sie sich ins eigene Knie.

(Heiterkeit bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, das ist genau das, was geschehen ist.

Darum sage ich zu diesem Punkt: Wir werden abwarten, mit welchem Ergebnis diese besagten Beratungen im März enden werden. Wir werden Sie auch darauf festnageln; davon können Sie ausgehen.

Noch eine letzte Bemerkung zu dem vorgeschlagenen **Nachtragshaushalt**. Das ist doch das einzig transparente Verfahren, für das man sich entscheiden kann. Dann ist noch einmal das Parlament gefragt, und das ist auch der richtige Weg. Anders geht es doch gar nicht.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das hatte ich gar nicht zu hoffen gewagt, dass diese Debatte doch noch solche Erkenntnisse hervorbringt, wie wir sie jetzt tatsächlich zutage gefördert haben. Ich finde, das ist für das Publikum auf der Tribüne und die anderen, die dem folgen, eine ganz bemerkenswerte Tatsache. Wir haben heute also gelernt, dass die Union immer kurz vor Ende von Legislaturperioden Vereinbarungen schließt, an die sie sich dann kurz danach nicht mehr erinnern kann. Und wir haben vor allen Dingen gelernt, dass sich die Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein - ich habe das vorhin unkorrekt zitiert - in der Amtszeit von Herrn Wiegand in der jetzt amtierenden Koalition dramatisch verschlechtert hat. Das haben wir gelernt; das hat die Kollegin eben festgestellt.

(Zurufe von CDU und FDP)

Das finde ich einen besonders wichtigen Beitrag, den wir hier noch einmal festgehalten haben wollen.

Da wir ja den Herrn Bildungsminister noch hören werden, Herr Minister Dr. Klug, habe ich an Sie die Frage - das würde mich wirklich interessieren -, ob Sie tatsächlich glauben, dass Sie schon im 29. Monat Ihrer Amtszeit in der Lage sein werden, die Situation an den Schulen in Schleswig-Holstein kennenzulernen und dazu Empfehlungen abzugeben.

Dann würde mich noch interessieren - ich weiß gar nicht, ob das ein Parteitag der FDP sein wird -, für wen Ihre Erkenntnisse, die Sie dabei haben, eigentlich anschließend von Nutzen sein sollen. Das habe ich noch nicht so richtig verstanden. Wo soll eigentlich der Nutzen für uns liegen, wenn Sie im März herausfinden, wie die Situation in Schleswig-Holstein ist? So habe ich das verstanden, was hier vorgetragen worden ist.

Das Letzte, was ich heute auch gelernt habe: Die Selbstachtung der FDP ist inzwischen so weit gesunken, dass es Ihnen schon reicht, wenn Sie auf dem Parteitag solche Dinge formuliert und beschlossen haben und Interviews gegeben haben und hinterher festgestellt worden ist, dass die CDU mit Ihnen darüber gesprochen hat. Folgenlos zwar, und ohne jede Verbesserung, aber die redet noch mit Ihnen. Das ist, finde ich, eine großartige Beschrei-

bung des Zustandes dieser Koalition. Ich glaube, diejenigen, die uns zugehört haben, die sich das angehört haben, werden wissen, welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Conrad das Wort.

Cornelia Conrad [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Kollegin Heike Franzen hat zu Beginn ganz korrekt festgestellt: Es besteht kein Konflikt zwischen der FDP und der CDU.

(Lachen bei der SPD - Zurufe)

Meine Damen und Herren, einige aus den Reihen der Opposition haben anscheinend immer noch nicht erkannt, dass sich die **Unterrichtssituation** im Gegensatz zum Schuljahr zuvor erheblich verbessert hat. Wir haben über 10.000 Unterrichtsstunden mehr im System, die Schüler-Lehrer-Relation ist auf einem stabilen Niveau.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Conrad, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Cornelia Conrad [FDP]:

Nein, erlaube ich nicht. Ich werde Sie aber gleich noch zitieren, Herr Habersaat.

(Heiterkeit)

Während die Schülerzahlen seit Jahren rückläufig sind, sind die Lehrerstellen im Lande auf Rekordhöhe angewachsen. Das spricht eine ganz deutliche Sprache.

Ich möchte noch einmal betonen - jetzt komme ich zu Ihnen, Herr Habersaat -, es geht nicht darum, 300 Planstellen mehr zu schaffen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Ich bitte um Ruhe. Die Frau Abgeordnete hat das Wort.

Cornelia Conrad [FDP]:

Es geht darum, 300 Stellen von den 3.650 Lehrerstellen im Rahmen der demographischen Rendite weniger zu kürzen, als zuvor geplant. Auch deshalb brauchen wir im Januar keinen Nachtragshaushalt. Wenn wir momentan einen **finanziellen Spielraum** zur Verfügung haben, macht es doch Sinn, weiter in Bildung zu investieren, ohne den Konsolidierungspfad zu verlassen. Wir schlagen **Investitionen in Bildung** vor.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Interessante an solchen Debatten - auch für Öffentlichkeit ist wichtig, dies zu wissen - ist, dass Herr Dr. Stegner und Herr Habeck hierher kommen und erklären, was sie verstanden haben, und darauf dann ihre Argumentation aufbauen, und wir feststellen, Sie haben nichts verstanden.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich versuche, es an einigen wenigen Punkten deutlich zu machen. Hier wird gefragt, was die FDP-Basis zu etwas sagt, was sie selbst beschlossen hat. Die FDP-Basis ist bei uns der Parteitag. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Moment, Herr Dr. Habeck! Herr Dr. Habeck, es mag sein, dass Sie glauben, Sie seien schon der König von Schleswig-Holstein, aber das Benehmen eines Königs haben Sie noch nicht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es wäre ganz schön, wenn Sie einen Gedanken wenigstens erst einmal zu Ende anhören würden, bevor Sie dazwischenrufen. Das ist das Mindeste, was ich erwarte. Das mache ich bei Ihnen übrigens auch.

Es wird gefragt: Was sagt die Basis dazu? Bei uns beschließen Parteitage. Ich weiß nicht, wie das bei der SPD ist. Da beschließt wahrscheinlich Herr Dr. Stegner allein, und der Rest muss folgen. Bei uns beschließen **Parteitage**, und zwar interessanterweise unabhängig von der Frage, was ich oder andere dazu sagen. Das nennen wir Demokratie.

Ich darf noch Folgendes sagen, Herr Dr. Stegner. Der Unterschied zwischen dem, was zu Ihrer Regierungszeit noch da war, und dem, was anschließend da war, ist, dass sich die **Schuldenbremse des Landes Schleswig-Holstein** von der Schuldenbremse des Bundes unterscheidet. Das verhindert, dass Sie - ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen - zunächst mehr Kredite aufnehmen können, weil Sie glauben, erst 2020 den Haushalt ausgleichen zu müssen, nach der Devise: Wir investieren in was auch immer. Vielmehr müssen Sie in zehn gleichen Jahresraten das strukturelle Defizit abbauen. Da kommen auch Sie nicht heraus. Deswegen müssen Sie, wenn Sie Forderungen erheben, von dem Konsolidierungspfad abzuweichen, den die Koalition beschritten hat, schon belegen, wie Sie das finanziell unterlegen, oder aber Sie sind kein ernst zu nehmender Politiker im Lande Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und CDU)

Daraus werden wir Sie auch nicht entlassen.

Nun können wir ja sagen, wir hatten 20 Jahre sozialdemokratische Bildungspolitik hinter uns. Alles das, was Sie - auch Sozialdemokraten - heute an möglichen Missständen in den Schulen beschreiben, ist das Ergebnis von 20 Jahren Bildungspolitik der Sozialdemokratie.

(Beifall bei FDP und CDU)

Selbstverständlich haben wir zunächst - wie anders hätten wir anfangen können, den **Konsolidierungspfad** zu beschreiten? - vor allem mächtig auf die Bremse getreten, wie es nur irgendwie vertretbar war. Wenn wir in bestimmten Bereichen weniger ausgeben müssen, also Minderausgaben haben, haben wir uns die Frage gestellt, wie wir diese Minderausgaben verwenden: zur weiteren Schuldenreduzierung oder aber, um in bestimmten Bereichen mehr zu investieren.

Ein Letztes, weil Kollege Habeck **Zinssatz** und Minderausgaben zu verwechseln scheint. Es ist keine Frage des Zinssatzes, Herr Kollege Habeck. Ich versuche, es einmal ganz einfach zu machen. Wenn Sie einen **revolvierenden Kredit** mit zehn Jahren Laufzeit haben und Sie auf einmal 1 bis 2 % weniger Zinsen haben, dann geben Sie die nächsten Jahre tatsächlich weniger aus. Das nennen wir momentan strukturelle Minderausgaben. Wie wir das verwenden, werden wir dann sehen. Dazu brauchen wir Ihre Belehrungen nicht.

(Zurufe von der SPD)

- Darf ich auch noch einmal etwas sagen? - Da wir Koalitionspartner sind, diskutieren zunächst Partei-

(Wolfgang Kubicki)

en darüber. Es ist Inhalt des Koalitionsvertrages. Wir werden uns in einem geordneten Verfahren seriös - anders, als Sie das machen - auf einen gemeinsamen vernünftigen Weg verständigen, wie wir es in der Vergangenheit immer gemacht haben, wenn wir unterschiedliche Positionen entweder in Zentral- oder Randbereichen hatten. Ich habe da keine Sorge. Sie erklären dauernd, dass Streit da ist. Wir haben es von uns aus nicht erklärt. Wir empfinden es auch nicht als solchen. Wir diskutieren in der Sache auf solider Grundlage. Wir werden einen vernünftigen Weg beschreiten. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass Schleswig-Holstein auch weiter besser regiert wird als unter Rot oder Rot-Grün.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Callsen das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie das bei Rot-Grün war. Wenn man in einer Koalition ist und sich sachlich um Probleme und um Lösungsmöglichkeiten kümmert und sie auslotet, dann ist das kein Dissens. Wenn Sie da jedes Mal einen Streit oder eine Koalitionskrise gehabt haben, kann ich nur sagen: armes Schleswig-Holstein bei Rot-Grün.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Dr. Stegner, was Sie eben in Bezug auf meine Kollegin Heike Franzen zur Finanzlage des Landes Schleswig-Holstein gesagt haben, ist eine unerhörte Verdrehung von Tatsachen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Eine solche Tatsachenverdrehung steht gerade demjenigen nicht zu, der für das höchste Defizit im Landeshaushalt hier in Schleswig-Holstein verantwortlich ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie haben über Erkenntnisgewinn gesprochen. Frau Franzen hat eine Frage gestellt, und ich will sie präzisieren. Vielleicht tragen wir dann zum Erkenntnisgewinn etwas bei. Im SPD-Antrag heißt es, Sie wollen die **Hälfte der Lehrerstellen**, die rechnerisch entbehrlich ist, im System belassen. Das sind rechnerisch 2.125 Stellen, die gestrichen werden sollen auf Basis der Zahlen des Landesrechnungs-

hofs. Von Herrn Albig, Ihrem Spitzenkandidaten, wird berichtet, er wolle die Hälfte der jetzigen Kürzungen - er geht also von 3.600 Stellen aus - zurücknehmen, das sind 1.800 Stellen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SPD, erklären Sie den Menschen wirklich einmal mit einer konkreten Zahl, wie sich die **Entwicklung der Lehrerstellen** bei Ihnen in der Zukunft darstellen wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, schimpfen Sie doch nicht mit uns.

(Lachen bei der FDP)

Die Bildungsblockierer sitzen genau neben Ihnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das sind die, die die 300 Stellen nicht wieder in den Haushalt stellen wollen. Wir sind an Ihrer Seite. Wir wollen einen Nachtragshaushalt. Ein **Nachtragshaushalt** ist doch die logische Konsequenz aus Ihrem Beschluss. Wie wollen Sie denn diese Streichung aus dem Haushalt herausbekommen, wenn nicht über einen Nachtragshaushalt? Sie haben doch eindeutig beschlossen, dass die Streichung nicht stattfinden soll. Wie soll das denn passieren?

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Heinold, kann ich Ihre Aufforderung an die Regierungskoalition so verstehen, dass Sie Ihren Glauben an den Wahlsieg der Grünen schon aufgegeben haben?

(Lachen bei der SPD)

Denn ich würde davon ausgehen, dass es nach dem 6. Mai 2012 einen Nachtragshaushalt geben muss, der möglicherweise auch

(Monika Heinold)

noch für das Schuljahr 2012/2013 wirksam werden muss.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann beginnt das Schuljahr?)

- Im August, Herr Kollege Dr. Habeck.

Herr Kubicki, es wird einen Nachtragshaushalt geben, der nicht in Ihrer Verantwortung stattfindet, so meine Prognose heute.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will Ihnen erklären, warum wir diesen Schritt vorziehen. Weil es - aber das ist für Sie schwer zu verstehen, weil Sie mit dem Bildungssystem und der Systematik irgendwie ein Problem haben - für die Schulen zwingend wichtig ist, Anfang des Jahres in die Planung zu gehen und zu wissen, wie viele Stellen es ab dem Sommer geben wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Es wäre auch für das Ministerium gut. Vielleicht könnte auch das dann besser arbeiten, wenn die Planung nicht immer erst fünf nach zwölf beginnen würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Kollegin, können Sie sich vorstellen, warum die FDP auf dem Parteitag einen Dringlichkeitsantrag eingebracht hat, wenn die Sache doch gar nicht dringlich zu sein scheint?

- Ich kann mir das gut erklären. Ich buche das unter Wählertäuschung ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW)

Seit mehreren Jahren zieht die FDP mit Wählertäuschung durch das Land, von der Steuerreform bis zu dieser unglaublichen Situation. Ich will Ihnen schildern, Herr Kubicki, wie das in einer Koalition ist und wie das mit der eigenen Basis ist. Wenn man sich, Herr Kubicki, in der Koalition per Hand-

schlag oder Unterschrift auf eine Sache verständigt hat und dann auf dem Parteitag die Debatte verliert, weil die Basis rebelliert, kann ich das nachvollziehen.

Sich aber auf dem Parteitag selbst hinzustellen und den eigenen Mitgliedern zu erzählen, man müsse mehr in die Bildung investieren, nur um kurzfristige Effekthascherei und Wählertäuschung zu betreiben, nenne ich unredlich. Das ist das, was wir hier kritisieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Heinold, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass ich auf dem Parteitag der FDP erklärt habe, dass ich wegen der Haushaltskonsolidierung und wegen der Notwendigkeit, mehr Ausgaben im Bildungswesen zu tätigen, meiner Partei keine Empfehlung zur Abstimmung geben werde, dass ich aber den Auftrag, wenn ich einen bekäme, mitnehmen würde, um mit dem Koalitionspartner genau darüber zu reden? - Würden Sie das zur Kenntnis nehmen?

- Herr Kollege Kubicki - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hier steht wieder die Behauptung von Wählertäuschung und was auch immer im Raum!)

Herr Kollege Kubicki, mir ist nicht zu Ohren gekommen, dass Sie auf dem Parteitag gegen den Beschluss gesprochen hätten. Mir hat niemand berichtet, dass Sie dort - wie hier immer - gesagt haben, die Sache sei nicht zu finanzieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das habe ich auch nicht getan!)

- Ja. Das wäre aber mutig gewesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Es wäre mutig gewesen, wenn Sie sich vor Ihren Parteitag gestellt und dort gesagt hätten: Ich habe mit meinem Namen und mit meinem Handschlag

(Monika Heinold)

diese Haushaltskonsolidierung mit unterschrieben, und ich bitte euch, liebe FDP-Mitglieder, stimmt diesem Antrag nicht zu, weil wir das nicht umsetzen können. Das wäre redlich gewesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Stattdessen wird es heute so kommen, dass Sie in namentlicher Abstimmung eiskalt unseren Antrag, der eigentlich Ihr Antrag ist, ablehnen. Dies kritisieren wir auf das Schärfste. Das ist das, was die Wähler und Wählerinnen überhaupt nicht brauchen. Die haben die Schnauze voll davon, dass vor der Wahl ständig Dinge versprochen werden, die nach der Wahl nicht zu halten sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Abgeordneten, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Franzen?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Heike Franzen [CDU]: Frau Kollegin Heinold, Sie haben gerade das Verhalten von Herrn Kubicki als Effekthascherei bezeichnet. Stimmen Sie mir zu, dass die Motivation für Ihren Antrag offensichtlich denselben Hintergrund hatte?

(Beifall bei CDU und FDP)

- Frau Kollegin Franzen, ich weiß nicht, wie Sie das nennen, was die FDP auf dem Parteitag gemacht hat. Es steht mir nicht zu, das für Sie zu interpretieren. Ich kann Ihnen sagen, dass die Bürger und Bürgerinnen in Schleswig-Holstein mit Sicherheit ein Interesse daran haben, zu wissen, wie ernst es die FDP mit ihren eigenen Parteitageanträgen meint.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Habersaat das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die ersten Kollegen beginnen sich zu fragen, ob es bei der gemeinsamen Einladung zur Weihnachtsfeier von Grünen und FDP heute Abend bleibt.

(Heiterkeit)

Frau Conrad, Sie haben leider keine Zwischenfrage zugelassen. Daher muss ich auf diesem Weg zwei Fragen nachreichen. Sie sind wieder einmal auf die momentan „so gute“ Unterrichtsversorgung im Land Schleswig-Holstein zu sprechen gekommen. Dazu habe ich zwei Fragen: Erstens. Wenn die Unterrichtsversorgung so gut ist, warum sah der Landesparteitag der FDP dann einen Bedarf für eine dringende Änderung?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Die zweite Frage lautet: Bitte erläutern Sie mir einmal, auf welchen Grundlagen und auf welchen Entscheidungen die Lage an den Schulen und die Unterrichtsversorgung im Schuljahr 2010/2011 fußt. - Welche Beschlüsse waren hier entscheidend? - Dies können wir gegebenenfalls im Ausschuss nacharbeiten.

Ich hätte noch eine dritte Frage an Sie gehabt: Wenn Sie der Meinung sind, es müssten 300 Lehrerstellen weniger gestrichen werden als momentan geplant, und wenn Sie weiterhin der Meinung sind, ein Nachtragshaushalt sei der falsche Weg, um dieses Ziel zu erreichen, dann frage ich Sie: Was ist Ihr konkreter Vorschlag, um dieses Ziel zu erreichen?

An Herrn Kubicki habe ich noch eine Bitte im Zusammenhang mit dem Textbaustein: 20 Jahre sozialdemokratische Bildungspolitik - das haben wir nun davon.

(Zurufe von CDU und FDP)

Wir haben sowohl in unserem Antrag als auch in verschiedensten Beiträgen am heutigen Tag gehört, wofür wir die Stellen brauchen. Genannt wurden Binnendifferenzierung, Inklusion und Ganztagschulmaßnahmen. All das sind Schritte, bei denen sich dieses Haus relativ einstimmig auf einen Weg gemacht hat. Wenn Sie am Ende die Tatsache feststellen, dass wir mehr Lehrer brauchen, weil mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur gelangen und länger an den Schulen bleiben, was eine Folge sozialdemokratischer Bildungspolitik sei, dann danke ich Ihnen dafür, dass auch Sie das erkannt haben, Herr Kubicki.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Ekkehard Klug, das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Koalitionsausschuss hat am vergangenen Montag vereinbart, dass wir alle Spielräume nutzen wollen, die sich im **Landeshaushalt** durch strukturelle Minderausgaben in anderen Bereichen ergeben, um vorrangig im **Bildungswesen** gezielt nachzusteuern. Darüber wollen wir im kommenden Jahr befinden. Als Bildungsminister begrüße ich diesen Schwerpunkt und diese Entscheidung.

(Beifall bei der FDP)

Einsparungen, die leider auch das Bildungswesen betreffen, wurden uns durch die Schuldenpolitik früherer Jahrzehnte aufgenötigt.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jährlich 1 Milliarde € muss das Land für Zinsen aufwenden, um diese politische Altlast zu bedienen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Hätten wir diese politische Hypothek nicht zu tragen, dann könnten wir uns heute Ausgaben leisten, die wünschenswert, gegenwärtig aber leider nicht finanzierbar sind. Diejenigen, die das Land über mehrere Wahlperioden hinweg in immer höhere Schulden hineingetrieben haben, haben gleichzeitig die für das Steueraufkommen so wichtigen Wachstumsimpulse vernachlässigt. Wenn genau diese Damen und Herren heute die Landesregierung und die sie tragende Koalition für eine aus der Not heraus geborene Politik kritisieren, so handeln diese Kritiker wie jemand, der die Feuerwehr für eine Brandbekämpfung kritisiert, die er selbst notwendig gemacht hat.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk zu?

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Nein. - Meine Damen und Herren, jeder, der sich ernsthaft mit dem Bildungswesen beschäftigt, weiß,

dass die **Herausforderungen** wachsen. So nimmt etwa in den nachrückenden Jahrgängen der Anteil der Kinder zu, die aus **Einwandererfamilien** stammen. Professor Jürgen Baumert, der frühere Direktor des Max-Planck-Instituts, hat kürzlich, am 10. November 2011, in seinem Vortrag in Kiel und kurze Zeit später auch im Rahmen seines „Spiegel“-Interviews auf die daraus resultierende Aufgabe hingewiesen. Wir müssen dafür sorgen, dass wir diesen jungen Menschen durch gute Förderung einen Bildungserfolg sichern. Nur so lassen sich deren individuelle Bildungschancen sichern. Nur so kann unsere Gesellschaft von den Talenten und Fähigkeiten profitieren, mit denen diese jungen Menschen aus Einwandererfamilien unser Land bereichern.

Zugleich hat Professor Baumert betont, dass eine nicht hinreichend gelingende Förderung dieser Kinder dazu führen könnte, dass Deutschland die seit gut einem Jahrzehnt in mehreren Bildungsstudien festgestellten Fortschritte wieder einbüßen würde. Dies ist meines Erachtens daher einer der Bereiche, in denen zusätzliche Investitionen in Bildung die größte Wirkung entfalten würden und deshalb auch gerechtfertigt sind. Dies habe ich bereits auf dem Landesparteitag der FDP dargelegt.

Meine Damen und Herren, die Kultusministerkonferenz hat erst im Oktober dieses Jahres beschlossen, dass die **Sprachförderkonzepte** der einzelnen Länder auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden sollen. Bezahlt wird diese jetzt durchzuführende Evaluation der Bund. Aus den Ergebnissen will die Kultusministerkonferenz noch 2012 Empfehlungen dahin gehend ableiten, wie die Programme und Maßnahmen zur Sprachförderung weiterentwickelt werden können. Auch dieses Beispiel zeigt, dass es darum geht, neue Akzente für eine bessere Bildung zielgerichtet zu setzen und alle verfügbaren Mittel für solche Zwecke zu mobilisieren, bei denen eine möglichst große Wirkung erzielt werden kann.

Genau in diesem Sinne ist auch die im Koalitionsausschuss am Montag getroffene Vereinbarung zu verstehen. Es geht darum, die Bildungsqualität durch zielgerichtetes Handeln weiter zu verbessern, wobei man allerdings oft über die dazu erforderlichen Ressourcen sprechen muss.

Die Opposition setzt dagegen gern auf die altbekannte Linie wohlfeiler Versprechungen.

(Zuruf von der SPD)

Herr Stegner sagt beispielsweise - ich komme gleich zu Ihnen, Herr Stegner -: Jede **Gemeinschaftsschule**, die eine **Oberstufe** haben will, soll

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

auch eine bekommen. So die „Landeszeitung“ am 14. September 2011 mit einem Bericht aus Nortorf. Ob überhaupt genügend Schüler da sind, die eine Versetzung in die Oberstufe erreichen, scheint Herrn Stegner egal zu sein. Er kann es auch gar nicht wissen, denn die ältesten Gemeinschaftsschulen haben jetzt gerade erst die 8. Jahrgangsstufe erreicht. Wer im 10. Schuljahr die Versetzung in die Oberstufe schaffen wird, ist derzeit also noch gar nicht sicher. Großzügig verteilt Herr Stegner trotzdem neue Oberstufen.

Dass eine einzige neue Oberstufe mindestens zehn Lehrerstellen erfordert, scheint für Herrn Stegner auch nicht so entscheidend zu sein. Wollen Sie diese Stellen im Zweifelsfall eigentlich zusätzlich bereitstellen oder durch den Abzug von Stellen an den Gymnasien? Dazu hat Herr Stegner bislang geschwiegen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ein anderer prominenter Sozialdemokrat, Herr Albig,

(Zurufe von der SPD)

erklärt, **Regionalschulen** wolle er als Regierungschef wieder abschaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

„Lübecker Nachrichten“, 2. Oktober 2011. Dass seine eigene Fraktion vor ein paar Jahren noch dieses Faltblatt

(Minister Dr. Ekkehard Klug hebt ein Faltblatt hoch)

mit der Überschrift: „Regionalschule - Bessere Chancen für alle“, herausgegeben hatte, scheint von den schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten noch keiner, der damals dabei war, Herrn Albig, der damals - glaube ich - noch außer Landes tätig gewesen ist, gesagt zu haben. Anfang Oktober sagte Herr Albig in den „Lübecker Nachrichten“ zu den Regionalschulen: „Es ist nicht erkennbar, wozu es die braucht.“

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE] - Cornelia Conrad [FDP]: Interessant!)

Nun kann man an der Schulreform der Großen Koalition, die ein altes System mit drei weiterführenden Schularten durch ein neues System mit drei weiterführenden Schularten ersetzt hat, vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung durchaus manches als unstimmig und unsinnig erkennen; das will ich gar nicht bestreiten. Auch das

gehört zu den Altlasten der Bildungspolitik in diesem Land. Aber so, wie die neue Schullandschaft durch eine sozialdemokratische Bildungsministerin ab 2007 gestaltet wurde, ergeben sich nun mit Blick auf die Pläne von Herr Albig folgende „kleine Schwierigkeiten“: Viele Regionalschulen sind einfach viel zu klein, als dass man aus ihnen Gemeinschaftsschulen machen könnte.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Für den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel

(Zurufe von der SPD)

mag dies unproblematisch erscheinen. Aber im ländlichen Raum würde ein generelles Aus für die Schulart Regionalschule ein Schulsterben an vielen kleinen Standorten bedeuten, und zwar auch dort, wo die Schulträger eben erst im Vertrauen auf die Schulreform von 2007 zum Teil eine Menge Geld in ihre Schulen investiert haben.

(Beifall bei FDP und CDU - Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Minister - -

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Nein, ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu. - Weil **kleine Standorte** relativ teuer sind, ist deren Erhalt mit einem entsprechenden zusätzlichen Mitteleinsatz verbunden. Auch hier stellt sich also die Ressourcenfrage, und zwar nicht wegen der Politik dieser Regierung, sondern deshalb, weil uns Ihre Vorgängerin eine entsprechende schulpolitische Erblast aufgebürdet hat.

Nun könnten Sie sagen: Wir gehen einfach von den von Frau Erdsiek-Rave damals festgesetzten **Mindestgrößen** für eine Gemeinschaftsschule - 60 Schüler pro Jahrgang und 300 Schüler insgesamt - ab. Nun gibt es viele, die sagen, dass sei ohnehin viel zu niedrig. Der Landesrechnungshof möchte eine Mindestgröße von 500. Sie könnten ja sagen, jede Regionalschule, so klein sie auch sein mag, wird dann eben eine Gemeinschaftsschule. Das allerdings würde bedeuten, dass die Sozialdemokraten den direkten Übergang zur schulpolitischen Realität üben. Dann hätte man nämlich mit der Kombination aus Albig und Stegner die kleine Dörfergemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Die Redezeit wurde vom Minister um 3 Minuten 35 Sekunden überschritten. Diese Zeit steht jetzt auch allen Fraktionen zusätzlich zur Verfügung. - Ich erteile der Frau Abgeordneten Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben gerade angedeutet, welche Maßnahmen es sein könnten. Ich wollte fragen, was Sie glauben, was bis März 2012 an weiteren Erkenntnissen der Koalition und dem Koalitionspartner vorliegen werde. Offensichtlich hat das, was Sie gerade vorgelegt haben, den Koalitionspartner Union nicht überzeugt. Ich habe gedacht, Sie hätten im Koalitionsausschuss bestimmt nicht nur gesagt, Sie wollten 300 Stellen mehr, sondern hätten das bestimmt differenziert begründet, an welcher Stelle. Das hier war jetzt ein bisschen dürftig. Sie haben viel über Herrn Albig geredet, aber wenig darüber, was Sie sich vorstellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn es nach uns Grünen geht, schlagen wir zwei Bereiche vor, von denen wir denken, dass die Stellen dort gut aufgehoben wären: Das eine ist die Aufstockung der Differenzierungsstunden, und das andere ist eine Fortbildungsoffensive.

Wir haben sehr gute Programme wie zum Beispiel SINUS, von denen wir wissen, dass sie eine unglaubliche Hebelwirkung haben. Da reinzugehen und zu sagen, das ist nicht nur ein Programm für einzelne Schulen, sondern ein Programm, das einen „Flächenbrand von Qualität“ im ganzen Land auslöst - das wäre genau richtig gewesen.

Ich habe noch eine Frage an die FDP. Sie haben gerade gesagt, unser Antrag missinterpretiere Ihren Parteitagsbeschluss. Ich frage nach: Die 300 Lehrerstellen sollten doch zum kommenden Schuljahr gestrichen werden, oder haben wir das falsch verstanden? Wann sollen die 300 Lehrerstellen, von denen Sie in dem Parteitagsantrag sprechen, sonst zur Verfügung gestellt werden? Sie haben gesagt, es gebe eine große Differenz. Ich sehe sie nicht. Sie reden von den geplanten 300 Lehrerstellen. Die geplanten 300 Lehrerstellen sollen im nächsten Haushaltsjahr wegfallen. In den kommenden Jahren taucht die Zahl 300 überhaupt nicht mehr auf. Das heißt, es muss sich um das kommende Schuljahr handeln - insbesondere weil Sie auf Ihrem Parteitag

einen Dringlichkeitsantrag eingebracht haben. Das heißt doch, es wird einigermaßen dringend gewesen sein. Sie reden doch nicht über irgendwas.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Frau Abgeordnete Erdmann, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki zu?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, natürlich.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Erdmann, würden Sie freundlicherweise zur Kenntnis nehmen, dass Dringlichkeitsanträge solche sind, die nicht innerhalb der satzungsmäßigen Zeit eingereicht wurden? Das sind Dringlichkeitsanträge. Ich weiß nicht, wie es bei den Grünen ist. Jedenfalls ist es bei allen demokratischen Parteien, die ich sonst kenne, so.

Die zweite Geschichte: Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass davon die Rede ist, dass von den 3.600 Stellen, die wir im System bis 2020 einsparen wollten, 300 im System verbleiben sollen, um zur Verbesserung der Unterrichtssituation in Schleswig-Holstein beizutragen?

- Das kann ich aus diesem Antrag überhaupt nicht erkennen. Vielleicht haben Sie ihn danach noch einmal geändert. Ich erinnere mich an eine Kommentierung von Frau Loedige in den „LN“. Vielleicht war das falsch wiedergegeben. In den „LN“ stand, der Einsparkorridor von 3.650 Stellen bis 2020 werde dadurch nicht beeinträchtigt. Dazu müssen Sie sich äußern. Das war zur Klarstellung gar nicht schlecht, Herr Kubicki. Das heißt also, Sie gehen nicht davon aus, dass die 300 Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr nicht gestrichen werden. So habe ich Ihre Frage und Kommentierung verstanden.

Der zweite Punkt ist die Frage der Gegenfinanzierung. Frau Franzen hat uns vorgeworfen, das sei alles ganz unseriös. Ich will sagen: Wir gehen auf den Vorschlag der FDP ein, dass das gesunkene Zinsniveau ein Teil der möglichen Finanzierung ist. Wir haben aber gesagt: Möglicherweise kann die Union damit nicht leben. Deshalb bringen wir den Straßenbau ins Spiel; das wird Ihnen leichter fallen.

(Anke Erdmann)

Sie haben für mich überhaupt nicht deutlich gemacht, an welcher Stelle inhaltlich ein Dissens besteht - es sei denn, Sie sagen, die 300 Stellen sollen irgendwann irgendwie eingespart werden. Überzeugend ist das nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüßen Sie bitte mit mir unsere Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne vom Bürgerverein Gleschendorf, vom BBZ Rendsburg-Eckernförde und Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde. - Herzlich willkommen im Haus!

(Beifall)

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/2117, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nur die SPD.

(Zurufe von der SPD: Nur?)

- Entschuldigung, das ist die SPD!

(Beifall bei der SPD)

Dann bitte ich um die Neinstimmen.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Das sind nur CDU und FDP! - Heiterkeit)

- Dann bitte ich um die Enthaltungen. - Das sind die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der LINKEN. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/2107, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Drucksache 17/2024 namentlich abzustimmen. Nach § 63 Abs. 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

muss eine namentliche Abstimmung stattfinden, wenn sie von 18 Abgeordneten verlangt wird. Wer den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass damit der Antrag auf namentliche Abstimmung das erforderliche Quorum erreicht hat.

Ich bitte die Beisitzer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

- Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Antrag in der Drucksache 17/2024 haben 43 Abgeordnete zugestimmt, 44 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist der Antrag in der Drucksache 17/2024 abgelehnt.

Ich möchte die Chance nutzen, dass jetzt fast alle Mitglieder des Hauses anwesend sind und den Tagesordnungspunkt 17 aufrufen, da wir für die Abstimmung über den Wahlvorschlag eine Zweidrittelmehrheit benötigen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Wahl eines zweiten Ersatzmitglieds des Medienrats der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH)

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW

[Drucksache 17/2067](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Ich weise darauf hin, dass für die Wahl die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Hauses erforderlich ist. Wer dem Wahlvorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig angenommen und der ehemalige Landtagspräsident Kayenburg als Ersatzmitglied gewählt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 62 auf:

Reform der Lehrerausbildung für Grundschule und Sekundarstufe I

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 17/1936](#)

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

Ich erteile dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Lehrerausbildung ist ein langfristiges Projekt. Die ersten Studienanfänger in den neuen Studiengängen brauchen rund sieben Jahre, bis sie in der Schule tatsächlich ankommen. Entsprechend sorgfältig können und müssen vielfältige Gesichtspunkte berücksichtigt und Veränderungen abgewogen werden.

Bei dem, über das wir heute berichten, geht es darum, bei den anstehenden strukturellen Veränderungen Schularten und Lehrämter in Übereinstimmung zu bringen. Damit leistet diese Landesregierung einen Beitrag dazu, die im Prinzip zweigliedrige Schulstruktur in Schleswig-Holstein zu verstetigen. Denn die Studiengänge an der Universität Flensburg bereiten bislang auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen sowie auf das Lehramt an Realschulen vor, also auf Schularten - die Grundschule ausgenommen -, die nicht mehr existieren.

Die bisherigen lehramtsbezogenen Studiengänge stehen heute den neuen Schularten Gemeinschafts- und Regionalschule gegenüber. Auch wenn die Schulabschlüsse weiter bestehen, ist der unmittelbare **Bezug** des Ausbildungsgangs **auf die Schularten** nicht mehr gegeben. Dies wollen wir ändern.

Für das lehramtsbezogene **Studium** an der **Universität Flensburg** ist auch deshalb eine Veränderung erforderlich, weil gemäß den Vorgaben der Kultusministerkonferenz zur Sicherstellung der Anerkennung der **Masterabschlüsse** ab 2013 für Masterabschlüsse eines Studiums generell 300 sogenannte Credit Points erforderlich sind; das entspricht zehn Semestern. An der Universität Flensburg ist die Lehrerausbildung aber derzeit nur auf insgesamt 240 ECTS-Credit Points ausgelegt; das sind acht Semester. An den dreijährigen **Bachelorstudiengang** schließt sich ein einjähriger lehramtsbezogener Masterstudiengang mit 60 ECTS an.

Für diejenigen, die sich nicht jeden Tag damit beschäftigen, bedeutet das im Prinzip: Im Moment gibt es einen einjährigen Master, der auf drei Jahre Bachelor aufsetzt. Das ist nach der **KMK** ein Jahr zu wenig. Deshalb gibt es Klärungsbedarf, der allerdings nicht so einfach ist wie diese simple mathematische Rechnung.

Aufseiten der Schulen stellen wir darüber hinaus fest, dass sich die **inhaltlichen Anforderungen** erheblich verändert haben, was im Zuge der Reform ebenfalls Eingang in die Lehrerausbildung finden muss. Veränderungen betreffen zunächst und ganz besonders die **Grundschule**.

Themen wie Frühförderung, Berücksichtigung von Migrationshintergründen und Inklusion gewinnen zunehmend an Gewicht, und stellen neue Anforderungen an die Lehrkräfte an Grundschulen.

Dies betrifft etwa Diagnosefähigkeiten, Lese-/Schreibförderung und binnendifferenzierendes Unterrichten.

Deshalb beabsichtigt die Landesregierung, künftig **zwei neue Lehrämter** mit hierauf ausgerichteten Studiengängen einzuführen: Das **Grundschullehramt** und das **Lehramt Regional- und Gemeinschaftsschulen** als ein gemeinsames Lehramt für die zweigliedrige Schulart. Damit wird für die Regional- und Gemeinschaftsschulen ein schulartenadäquates Lehramt geschaffen, das die bisherigen Lehrämter ersetzt und ebenfalls verstärkt inhaltlich neue Anforderungen berücksichtigt.

Hinsichtlich der Verfestigung der vorhandenen **Schulstruktur** ist das gemeinsame Lehramt für die Regional- und Gemeinschaftsschule von Bedeutung. Schulpolitisch ist allerdings auch die Festlegung auf ein Grundschullehramt bedeutend. Ich halte es für richtig, angesichts der wachsenden Bedeutung, die der Unterricht in diesen Jahren erfährt, mit einem gezielten Lehramt auszubilden. Ich halte es für nicht zeitgemäß, heute noch Lehrkräfte auszubilden, die vom Spracherwerb über die 6. bis zur 9. Klasse alles können müssen, aber nicht mehr gezielt auf die besonderen Problematiken der unterschiedlichen Altersstufen eingehen. Insofern halten wir es für ein klares **schulpolitisches Merkmal**, das über die Schulstruktur hinaus wichtig ist, dass es ein eigenständiges Grundschullehramt geben soll.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Als Grundlage für die Entwicklung dieser neuen Lehrämter und die hierauf vorbereitenden Studiengänge sind verschiedene Fragen zu klären. Das betrifft die inhaltliche Ausgestaltung und die Art der neuen Studiengänge, aber auch den Stellenwert von **Praktika** und vielem mehr. Hierfür bedarf es einer fachlich fundierten Grundlage, die von der Universität Flensburg ausgearbeitet werden soll.

Weil vielleicht der eine oder andere auf die Idee kommen könnte, uns vorzuwerfen, dass es nicht

(Minister Jost de Jager)

okay wäre, diese Arbeit auszugliedern, sage ich Ihnen eindeutig: Weil möglicherweise erneut ein Bachelor- und Masterstudiengang herauskommen könnte, ist es vielleicht gar nicht falsch, es gleich von der Universität machen zu lassen, die diese Studiengänge konzipiert. Insofern ist es eine Grundlage, die pädagogisch dort vorbereitet wird, wo am Ende das Studium begangen wird.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Wir wollen uns das **Konzept** im Frühjahr vorlegen lassen. Wir haben dafür eine Leitplanke mitgegeben. Dazu gehören eine stärkere Orientierung auf den Lehrerberuf, die Berücksichtigung neuer allgemeiner und fächerbezogener Standards der Kultusministerkonferenz und auch eine stärkere Berücksichtigung von Migrationshintergründen und Inklusion.

Wir sind uns dabei in der Landesregierung einig, dass die Umstrukturierung ausgabenneutral erfolgen soll.

Für **Studierende**, die aktuell bereits in dem dreijährigen Bachelorstudiengang Vermittlungswissenschaften eingeschrieben sind, soll es eine **Übergangsregelung** geben. Das wird technisch im Ausschuss erklärt werden können. Auf der Grundlage des Konzepts will die Landesregierung im Frühjahr über die Struktur der Studiengänge abschließend entscheiden.

Ich glaube, dass es richtig ist, die Studiengänge der Schulstruktur anzupassen; ich glaube, dass es richtig ist, das damit zu verbinden, pädagogisch neue Ansätze zu verankern. Insofern wird hier von der Landesregierung ein wesentlicher Schritt in Richtung der Fortführung der schulpolitischen Entwicklung im Lande geleistet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Die Redezeit der Landesregierung wurde um 1 Minute 35 Sekunden überschritten und steht somit auch den Fraktionen zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende Anke Spoorendonk vom SSW.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vielen Dank für den Bericht. Ich finde es gut, dass wir eine aktualisierte Ausgabe des Berichts bekommen haben, denn der schriftliche Bericht ist ja schon etwas älter.

Die **Lehrerbildung** muss den **veränderten Schulstrukturen angepasst** werden. Darin sind wir uns alle einig. Sogar die Landesregierung hat das erkannt und schildert in ihrem Bericht umfassend, dass die bisherigen lehramtsbezogenen Studiengänge nicht mehr mit den Schularten korrespondieren. Als Erstes muss daher ein Studiengang für die **Ausbildung der Lehrkräfte für Gemeinschafts- und Regionalschulen** eingerichtet werden. Als Nächstes muss der Studiengang für das Lehramt **Grundschulen** reformiert werden. Die Grundschulen existieren zwar in ihrer altbekannten Form weiter, stehen aber vor neuen Herausforderungen. Stichworte sind frühkindliche Bildung und insbesondere Verzahnung von Kita und Schule. Es ist dringend notwendig, dass die kommenden Lehrkräfte auf diese Herausforderungen vorbereitet werden.

Ziel des SSW ist die **Einführung der Stufenlehrerbildung**. Die angedachte Änderung ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Aus unserer Sicht kann das neue Grundschullehrerstudium aber nicht so ein „Tantenstudienamt“ werden, das heißt, dass nur Frauen dorthin gehen. Dann ändert sich nämlich nichts.

(Martin Habersaat [SPD]: A 11!)

- Ja, die Befürchtung habe ich ein bisschen, und das darf sich nicht bewahrheiten.

Mit der Anpassung der Lehramtsstudiengänge an die Schularten wird es auch Veränderungen bei **Studiendauer** und **Studienabschluss** geben. Auch darauf ist der Herr Minister eingegangen. Die bisherigen Studiengänge an der Uni Flensburg bestehen aus drei Jahren Bachelorstudium und einem Jahr Masterstudium. Wir haben schon gehört, dass der 300 Credit Points beinhalten muss. Deswegen ist dieser Studiengang nur noch bis zum Wintersemester 2013/14 zulässig. Hier muss etwas geschehen, wird es auch, wie wir dem Bericht entnehmen konnten.

Im Sommer konnten wir allerdings der Presse entnehmen, dass Bildungsminister Klug diese Veränderung gern nutzen möchte, um zum **Staatsexamen** zurückzukehren und damit als Land mehr Einfluss auf die Lehramtsausbildung zu nehmen. Aus seiner Sicht hätten die Lehramtsstudiengänge von Kommissionen extrem schlechte Bewertungen bekommen, sodass das **Land** bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Studiengänge mitreden muss. Dem widerspricht das Wissenschaftsministerium und weist darauf hin, dass diese Rolle rückwärts die Weiter-

(Anke Spoorendonk)

entwicklung der Studiengänge behindern und auch bei den Hochschulen selbst Protest auslösen würde.

Aus Sicht des SSW kann man dem Wissenschaftsminister zu dieser Einschätzung der Situation nur gratulieren. Weiter so, Herr Minister!

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Idee, zum Staatsexamen zurückzukehren, obwohl die Hochschulen gerade in mühsamer Arbeit alles umgewandelt haben, ist wirklich aberwitzig, und wir glauben auch nicht daran. Hinzu kommt, dass sich die Uni Flensburg mit ihrer neuen Präsidentin inhaltlich auf einem guten Weg befindet. Das wurde auch von Staatssekretärin Frau Dr. Andreßen anerkannt, als sie bei dem Jahresempfang der Uni das Grußwort der Landesregierung sprach.

Bisher hat die Landesregierung laut Bericht noch nicht entschieden - mag sein, dass das schon geschehen ist, das habe ich so nicht vernommen -, ob sie den **Master** verlängert oder zum Staatsexamen zurückgeht. Mich interessiert, wie der Sachstand ist.

Für den SSW möchte ich aber noch einmal ganz deutlich sagen, dass ein Zurück zum Staatsexamen gar nicht geht.

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der **Bologna-Prozess** mit seinen Zielsetzungen der einheitlichen Studiengänge, der einheitlichen Bewertungsrahmen und der Anerkennung von Leistungen in ganz Europa macht schlichtweg keinen Sinn, wenn wir ständig Ausnahmen schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Susanne Herold [CDU] und Lars Harms [SSW])

Davon einmal ganz abgesehen haben die Universitäten einen großen Kraftakt geleistet, um die Studiengänge umzuwandeln. Es würde die Arbeit an den Hochschulen und den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter völlig entwerten, wenn die Landesregierung jetzt beschließen würde, alles wieder zurückzudrehen.

Die **Verlängerung des Masters** wird circa 1,8 Millionen € kosten. Dieses Geld hat die Landesregierung aber mit ihrem „Master light“ bisher gespart. Dabei gibt es keinen vernünftigen Grund, warum die Lehrkräfte an Grund-, Gemeinschafts- und Regionalschulen weniger Ausbildung brauchten als Lehrkräfte an Gymnasien. Aus einer rein **pädagogischen Sicht** hätte schon viel früher auffallen müssen, dass die Regelung, die wir hatten, fast Murks

war. Ich weiß noch, wie sie zustande gekommen ist, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir vielleicht von vornherein etwas anderes hätten machen müssen. Das gilt im Übrigen auch für die Debatte um die **Gehälter**, denn natürlich wird die Forderung erhoben, dass alle Lehrkräfte jetzt auch gleiches Gehalt bekommen, wenn die Ausbildung gleich lang ist.

Insgesamt, denke ich, ist die laufbahnbezogene Besoldung ein Problem - nicht nur hier, sondern insgesamt. Ich hoffe, dass sich das bewahrheitet, was ich gehört habe, dass nicht nur die Oppositionsfraktionen, sondern auch die regierungstragenden Fraktionen - vielleicht sogar in erster Linie die CDU - begriffen haben, dass es **leistungsbezogene Besoldung** geben muss.

Für den SSW möchte ich noch einmal klarstellen, dass es hier um gut ausgebildete Lehrkräfte für unsere Kinder geht. Es geht nicht darum, wie wir an der Bildung sparen können, um den Haushalt zu sanieren. Da bin ich wieder bei der Debatte, die wir vorhin hatten. Das will ich jetzt nicht alles wiederholen.

(Martin Habersaat [SPD]: Schade!)

- Ja, Wiederholung ist gut, Herr Kollege.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Vielen Dank. Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei der Landesregierung für den vorliegenden Bericht bedanken, der noch einmal die Grundlagen für die Lehrerbildung in Deutschland insgesamt aufzeigt. Die Lehrerbildung in Schleswig-Holstein entspricht nicht mehr den Schulstrukturen in unserem Land. Diese Tatsache ist kein Geheimnis. Wir sind uns sicher alle einig, dass die Lehrerbildung an unsere Systeme von Grundschulen, Regional- und Gemeinschaftsschulen, Gymnasien, Förderzentren und Berufliche Schulen angepasst werden muss.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, das war leider mit der SPD einmal gemeinsam nicht zu vereinbaren.

(Heike Franzen)

(Zuruf des Abgeordneten Martin Habersaat [SPD])

Dabei ist insbesondere die **Lehrerausbildung** an der **Universität in Flensburg** zu betrachten. Die Akkreditierung dieser Studiengänge läuft im Jahr 2013 aus. Daraus ergibt sich nicht nur die Aufgabe, sondern auch die Chance, die Lehrerausbildung neu zu ordnen.

Zukünftig sollen dort Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer sowie Lehrkräfte für Regional- und Gemeinschaftsschulen ausgebildet werden. Dabei müssen Frühförderung, Differenzierung, Berücksichtigung von Migrationshintergründen und Inklusion besondere Bestandteile der Ausbildung sein. Lehrkräfte müssen in die Lage versetzt werden, die Kinder als Persönlichkeiten mit all ihren Facetten zu erfassen. Dazu gehört für die CDU übrigens auch das frühe Erkennen von Begabungen und das Fördern dieser Begabungen. Wenn wir unsere jungen Lehrkräfte entsprechend gut ausbilden, werden sie auch Freude an ihrem Beruf haben. Das ist für mich eine der Grundvoraussetzungen, um mit Kindern zu arbeiten und ihnen Perspektiven und Motivation fürs Lernen und Leistungsbereitschaft zu vermitteln.

Auch die **Empfehlungen der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen** müssen sich in der Neuausrichtung der Lehrerausbildung wiederfinden. Die Polyvalenz der **Studiengänge Vermittlungswissenschaften** muss für eine eindeutiger Orientierung an der Lehrerausbildung eingeschränkt werden. Dabei müssen die Inhalte Diagnosefähigkeit, Fachdidaktik und -methodik stärker als bisher berücksichtigt werden. Das ist notwendig, um den Besonderheiten des Lehrerberufs an dieser Stelle gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Angehende Lehrkräfte müssen für ihren Beruf nicht nur gut ausgebildet sein, sie müssen sich auch für das Arbeiten mit Kindern in der Schule berufen fühlen. Daher müssen **Praktika** in der Schule früher als bisher stattfinden. Auch Praktika außerhalb der Schule können zur eigenen Berufsorientierung von Studierenden beitragen. Wir als CDU können uns auch durchaus **Beratungsgespräche oder Eignungstests** vor der Aufnahme eines Studiums der Vermittlungswissenschaften vorstellen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch wenn es heute zunächst um die **Umstellung der Lehrerausbildung** an der Universität Flensburg geht: Diese Kriterien müssen langfristig insge-

samt in die Ausbildung aller Lehramtsanwärter Eingang finden. Der Bericht der Landesregierung weist auf, welche Wege für die Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein zukünftig möglich sind - vom dreijährigen Bachelor mit anschließendem zweijährigen Master über einen vierjährigen Bachelor mit anschließendem spezialisierenden oder nicht obligatorischem Master bis hin zur Rückkehr zum Staatsexamen.

Der Bericht - Frau Spoorendonk, Sie haben gerade die Frage danach gestellt - macht auch deutlich, dass sich die Landesregierung noch nicht abschließend entschieden hat. Die Universität Flensburg ist beauftragt worden, auf der Grundlage des Berichtes das beschriebene **Eckpunktepapier** bis zum 15. Februar 2012 vorzulegen. Auf der Grundlage soll dann eine Entscheidung gefällt werden, wie die Lehrerausbildung für Schleswig-Holstein weitergehen soll. Ich halte es für richtig, dass wir diejenigen, die die Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein betreiben sollen, an der Stelle ganz eng mit einbinden.

Wir sind der Auffassung, dass dieses **Konzept** der Universität Flensburg abgewartet werden soll, bevor wir uns endgültig auf die Strukturen festlegen. Ich will aber auch nicht verhehlen, dass ich ganz persönlich der Auffassung bin, dass wir uns nicht wieder aus dem **Bologna-Prozess** verabschieden sollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Für die CDU-Fraktion beantrage ich die Überweisung des Berichts zur abschließenden Beratung an den Bildungsausschuss.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der FDP und Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Henning Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt fast fünf Jahre her, dass der Landtag mit der damaligen Mehrheit der Großen Koalition das Schulwesen in Schleswig-Holstein grundsätzlich neu strukturiert hat und damit zum Vorreiter für eine bundesweite Reform der Schule gemacht wurde.

(Dr. Henning Höppner)

Ich erinnere hier gern einmal an den letzten Parteitag der CDU, bei dem Schleswig-Holstein ein Lob von unserer Bundesbildungsministerin hinsichtlich der Strukturen, die wir vorbildhaft entwickelt haben, erhalten hat. Ich möchte Herrn Dr. Klug gern daran erinnern - weil er in der Zeit auch Mitglied dieses Hauses war -, dass die **Regionalschule**, die Sie eben angesprochen haben, die Favoritin Ihres Koalitionspartners war. Ich denke, Sie haben alle Chancen, die Probleme, die diese Schulart zurzeit hat, auch mit Ihrem Koalitionspartner zu lösen.

Herr Dr. Klug, im Übrigen bin ich der Auffassung, dass es Ihre Pflicht als Landesregierung ist, administrativ die Dinge zu entwickeln, die notwendig sind, um die Probleme dieser Schulart zu lösen. Das ist Ihre Aufgabe. Ihre Aufgabe ist nicht, Ausführungen zur bildungspolitischen Geschichte des Landes zu machen. Sie haben einen wirklichen Auftrag als Landesregierung.

Der gesunde Menschenverstand sagt auch, dass eine berufliche Ausbildung auch etwas mit den Strukturen zu tun haben sollte. Wir müssen zukünftig die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer inhaltlich wie auch strukturell auf das reformierte Schulwesen hin ausrichten.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Dr. Höppner, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Klug zu?

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Gern von Herrn Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Herr Kollege Höppner, wenn das Problem einer Regionalschule darin besteht, dass dort zu wenig Schüler angemeldet werden, wie soll man das dann lösen? Indem man Schüler dort hinkommandiert, oder wie stellen Sie sich das vor?

- Nein, Sie haben alle Instrumente in der Hand, Herr Dr. Klug. Sie haben Verordnungen. Sie sind zuständig für die Schulentwicklungsplanung in diesem Land. Sie sind auch zuständig für die Aufsicht über die Schulträger. Ich fordere Sie auf: Lösen Sie dieses Problem!

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Abgesehen von einem Entwurf der Kolleginnen und Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war eigentlich - sagen wir einmal: in der Rechtspflege der Lehrerausbildung - Stillstand eingetreten. Mitten im Sommerloch 2011 machte die schwarz-gelbe Koalition Schlagzeilen, als der Bildungsminister Dr. Klug verkündete, er wollte wieder weg von den konsekutiven Studiengängen Marke Bologna, **zurück zum Staatsexamen**, was wiederum seinen Kollegen Herrn de Jager in dieser Zeit wahrscheinlich ein bisschen die Ferien verdarb. Herr de Jager, Herr Spitzenkandidat, ich sage es einmal: Ich bin der Bewunderung voll ob der Toleranz, die Sie gegenüber Ihrem Koalitionspartner aufbringen. Ihnen gilt meine Anerkennung für die aufopferungsvolle politische Notbeatmung, die Sie Ihrem Koalitionspartner zuteil werden lassen

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

nach dem Motto: Wollen wir einmal sehen, ob er sich wieder erholt und ob wir dann vielleicht wieder etwas gemeinsam machen können. - Ich war schon ein wenig erschüttert über das, was Sie uns vorhin erzählt haben, Herr Dr. Klug.

Wenn der SSW nicht diesen Berichts Antrag gestellt hätte, hätten wir bis heute nichts über den aktuellen Stand des Unternehmens Lehrerbildung erfahren. Vielen Dank, Anke Spoorendonk. Auf Ihre Initiative geht zurück, dass wir heute diesen Bericht haben.

Der Bericht lässt auch erkennen, dass das Schiff nicht nur in die falsche Richtung steuert, sondern nach unserer Auffassung auch auf ein Riff zuläuft. Dieses unvollständige Konzept lässt die Maxime dieser Regierung nur allzu klar erkennen: Es soll so viel **Außendifferenzierung** wie möglich geben. Das soll die Grundlage dieses Schulsystems werden. Sie fallen sogar noch hinter das bestehende Prinzip zurück, wonach der Grundschullehrer auch in der Lage sein sollte, in der Sekundarstufe I in der Hauptschule zu unterrichten.

Sie treiben das Kastendenken noch weiter, indem Sie den reinen **Primarstufenlehrer** einführen wollen, daneben den Lehrer an der **Sekundarstufe I** bis zum mittleren Bildungsabschluss an Regional- und Gemeinschaftsschulen und als dritte Säule den reinen **Gymnasiallehrer**. Ihr sogenanntes Lehramt Regional- und Gemeinschaftsschule schließt somit von vornherein aus, dass an den Gemeinschaftsschulen zukünftig Gymnasiallehrer unterrichten.

Unsere Lehramtsausbildung muss mit der **Lehramtsausbildung anderer Bundesländer** kompatibel sein. Wir können es uns nicht leisten, „Schles-

(Dr. Henning Höppner)

wig-Holstein-Lehrer“ zu produzieren, deren Qualifikation in anderen Bundesländern möglicherweise in Zweifel gezogen wird oder die nur eine teilweise berufliche Ausübung ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Offensichtlich war der Einfluss von Herrn de Jager nicht stark genug, um seinen Kollegen Klug von dessen konsequent rückwärtsgewandter Idee der Wiedereinführung des Staatsexamens abzubringen, sodass auch dieses Modell inzwischen wieder auf der Speisekarte steht.

(Abgeordnete Herlich Marie Todsén-Reese [CDU]: Speisekarte? - Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen verbindlich sagen, dass wir ein solches Lehrerbildungs-gesetz auf der Grundlage dieses Berichts mit Sicherheit wieder korrigieren würden. Die SPD hat ihren Standpunkt immer klargestellt: Jeder Lehrer sollte in der Lage sein, in der Sekundarstufe I zu unterrichten und zusätzlich entweder in der Primarstufe oder in der Sekundarstufe II.

Meine Damen und Herren, angehende Lehrkräfte müssen im Rahmen ihrer Ausbildung so früh wie möglich an die **Praxis** herangeführt werden. Sie müssen feststellen, ob sie für diesen Beruf, den sie 30 oder 40 Jahre lang ausüben wollen, geeignet sind. Aus diesen Gründen darf es keinen schleswig-holsteinischen oder gar Flensburger Sonderweg in der Lehrausbildung geben.

Ich bitte, hierüber noch intensiv im Bildungsaus-schuss zu diskutieren.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich beim Wissenschaftsminister und beim Wissenschaftsministerium ganz herzlich für den klugen Bericht zur Zukunft der nicht gymnasialen Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein bedanken.

(Zuruf von der SPD: Klug ist etwas anderes!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sommer dieses Jahres gab es große Aufregung in Schleswig-Holstein über die Frage, in welche Struktur wir unsere Lehrerausbildung zukünftig gießen wollen. An

dieser Stelle erwuchs kurzzeitig ein ideologisch geprägter Streit entlang des Problems „Bachelor/Master versus Staatsexamen“.

Dem Bildungsminister wurde - fernab jeder sachlichen Argumentation - das Emblem „Retro“ angefügt, weil er - fachlich wie finanzpolitisch sehr gut begründet - **Präferenzen für das Staatsexamen** ausgesprochen hat. Die Gegenseite argumentierte, Bachelor/Master-Studiengänge seien Standard. Daher dürfe hierüber nicht einmal geredet werden. Die bloße Diskussion könne die Bachelor/Master-Studiengänge diskreditieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist denn das für eine Argumentation? Abgesehen davon, dass in **sieben anderen Bundesländern** das Staatsexamen derzeit ein gültiger Abschluss ist und zum Teil sogar wieder zum Staatsexamen zurückgekehrt wurde, ist das schlicht Unsinn.

Auch die vielerorts geäußerte Behauptung, es wäre nicht umsetzbar, in einem Bundesland **beide Abschlüsse** für die Lehrerbildung vorzuhalten, ist eindeutig widerlegbar. In Thüringen bietet die Universität Jena das Staatsexamen an. An der **Universität Erfurt** wird Bachelor beziehungsweise Master umgesetzt. Also auch hier gilt: Eine sachliche Argumentation zu den Vorschlägen des Bildungsministers ist das nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bildungsministerium hat dankenswerterweise im Umdruck 17/2693 klargestellt, dass die **Einführung eines Masterstudiengangs**, mit dem die neuen KMK-Vorgaben umgesetzt werden, zu **Mehrausgaben** seitens des Landes in Höhe von etwa 30 Millionen € führen wird, wenn die Lehrkräfte dann - entsprechend der Länge ihres Studiums - gleichbehandelt würden. Das heißt, nur dann, wenn wir die Lehrerinnen und Lehrer ungleich behandeln, also auf eine **Gehaltsanpassung** trotz gleicher Ausbildungsdauer verzichten, kostet der neue Bachelor/Master-Abschluss genauso viel wie das **Staatsexamen**, das auf eine Ungleichbehandlung verzichtet.

In diesem Zusammenhang bin ich sehr froh, dass die Präsidentin der Universität Flensburg, Frau Wende, bei dieser Frage offenbar einen Erkenntnisfortschritt gemacht hat. Im Sommer hatte sie noch für meine Begriffe zu laut im „Flensburger Tageblatt“ von einer Zweiklassenausbildung gewarnt, wenn die Wiedereinführung des Staatsexamens komme. Am 22. Oktober schrieb die „Flensborg Avis“ Folgendes:

„Wende findet es ‚relativ unwichtig‘, ob der Master verlängert wird oder das Staatsex-

(Kirstin Funke)

amen zurückkommt. Wichtig sei die Qualität des Studiums.“

Ich glaube, dem muss ich nichts hinzufügen.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Und jetzt auf Dänisch, bitte!)

- Das möchte ich Ihnen nicht zumuten, liebe Kollegin Spoorendonk.

Meine Damen und Herren, für die FDP-Fraktion ist es wichtig, dass im Rahmen der **KMK-Vorgaben** eine Ausbildung für die nicht gymnasialen Lehramtsstudiengänge vorgehalten werden kann, die einerseits den Landshaushalt nicht über Maß belastet und andererseits - und das ist noch wichtiger - gute fachwissenschaftliche, fachdidaktische und pädagogische Inhalte vermittelt. Strukturfragen sind dabei zweitrangig.

Wir brauchen einen besseren **Praxisbezug**. Die Lehramtsstudenten sollen möglichst frühzeitig mit der schulischen Realität in Berührung kommen. Sie sollen hiermit die Möglichkeit erhalten, ihr angestrebtes Berufsziel realistisch einschätzen und diese Entscheidung gegebenenfalls korrigieren zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin im Übrigen sehr gespannt auf die Position der Grünen; denn in den „Kieler Nachrichten“ vom 2. August 2011 hieß es in diesem Zusammenhang sinngemäß: Fraktionschef Habeck bezeichnet Minister Klugs Plan, vom Bachelor/Master-System zum Staatsexamen zurückkehren zu wollen, als obrigkeitsstaatlich und rückwärtsgewandt.

Der grüne Gesetzentwurf zur Lehrerbildung sieht logischerweise das Bachelor/Master-System vor. In ihrem Arbeitsprogramm drücken sich die Grünen aber interessanterweise unüberhörbar um diese Frage herum.

Ich bin deshalb gespannt auf den kommenden Debattenbeitrag. Dann können wir hören, wie fortschrittlich die Grünen sind. Dann können wir auch hören, ob die Grünen jetzt 30 Millionen € strukturell mehr dafür im Landshaushalt bereitstellen würden oder ob sie die Lehrer trotz identischer Ausbildungsdauer ungleich bezahlen können.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich meine Verwunderung zum Ausdruck bringen. Liebe Anke Spoorendonk, ich habe mich ein bisschen über den Berichtsantrag gewundert. Ich habe mich nicht darüber gewundert, dass er kommt; denn das ist sehr gut. Ich habe mich aber darüber gewundert, dass er sich nur auf den Grundschul- und auf den **Sekundarstufe-I**-Bereich bezieht. Wenn wir Lehrerbildung diskutieren - wir sind uns sehr einig, was den Stufenlehrer angeht -, dann sollte die **Sekundarstufe II** automatisch mit diskutiert werden. Deshalb werde ich in meiner Rede auch etwas zu diesem Bereich sagen.

Die Lehrerbildung ist eine der zentralen Aufgaben, um ein zukunftsfähiges Bildungssystem zu schaffen. Es ist deshalb umso beschämender, dass weder Schwarz-Gelb noch die Große Koalition gehandelt haben.

Bei der **Reform** der Lehrerbildung geht es um mehr als nur um formale Änderungen wie die Anpassung der Studiengänge an die Schularten. Natürlich ist es absurd, dass Schleswig-Holstein nach wie vor Hauptschullehrer ausbildet, obwohl wir gar keine Hauptschulen mehr haben.

Es geht aber um mehr. Es geht darum, wie zukunftsfähig die Lehrer- und Lehrerinnenbildung an den beiden lehrerbildenden Hochschulen ausgerichtet sein soll. Aus unserer Sicht reicht es nicht aus, halbherzig die Lehrer- und Lehrerinnenbildung auf Grundschul-, Gemeinschaftsschul- und auf Gymnasiallehramt dreizuteilen. Wir Grüne haben schon in der vergangenen Legislaturperiode durch einen Gesetzentwurf als einzige Fraktion ein zukunftsfähiges Konzept zur Lehrerbildung vorgelegt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt die **Lehramtsstudiengänge** an ständig wechselnde **Schulstrukturen anzupassen**, wollen wir die Schüler in den Mittelpunkt rücken. Wir Grüne fordern, dass Lehrer **für die Jahrgänge** ausgebildet werden, die sie später unterrichten.

Auch bei uns in Schleswig-Holstein wird die **Zusammensetzung der Schülerschaft** in allen Schulen vielfältiger. Soziale Herausforderungen, Inklusion und Persönlichkeitsbildung spielen verstärkt eine Rolle. Lehrkräfte müssen deshalb auf ganz andere Herausforderungen vorbereitet werden, als es vielleicht noch vor 20 oder 30 Jahren der Fall war.

(Rasmus Andresen)

Wir, also alle bis auf die FDP, sprechen uns für einen **viersemestrigen Master** an der **Universität Flensburg** und gegen das Staatsexamen aus. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Studiengänge akkreditiert werden und unsere Lehramtsbildung bundesweit **anschlussfähig** wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen fordern einen stärkeren **Praxisbezug** und begrüßen daher ausdrücklich das Engagement der Präsidentin der Universität Flensburg, Wara Wende. Die Universität Flensburg hat bei den Lehramtsstudiengängen in den vergangenen Monaten das Ruder herumgerissen. Es geht wieder in die richtige Richtung.

Wir wollen neben regelmäßigen **Schulpraktikaphasen**, dass das fünfte Bachelor-Semester und eines der ersten Mastersemester komplett in den Schulen verbracht wird. Ebenso sollte auch die Idee von **Auslandspraktika**, die von der Universität Flensburg vorgeschlagen wurde, weiter verfolgt werden.

Man kann nicht einfach behaupten, dass es in der Lehrerbildung - das stört mich auch in Ihrem Bericht, auch wenn beide zuständigen Minister gerade nicht zuhören -, immer nur um die Universität Flensburg geht. Denn es geht nicht nur um die Universität Flensburg, auch an der **Christian-Albrechts-Universität** gibt es erheblichen **Reformbedarf** bei der Lehrer- und Lehrerinnenbildung. Da muss dringend etwas passieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispielsweise alles das, was ich bisher zum Praxisbezug erwähnt habe, gilt mindestens genauso für die Christian-Albrechts-Universität, wie es für die Universität Flensburg gilt.

In einer Debatte über Lehrerbildung muss man sich zu den beiden Hochschulen positionieren. Wir brauchen neue Formen der **Kooperation**. Das ist eine der zentralen Aufgaben, an denen bisher alle gescheitert sind, sowohl die Hochschulen, erst recht das IQSH, vor allem die zuständige Landesregierung. Das, was uns beispielsweise von Ihnen, Herr Klug, und Ihrem Abteilungsleiter im Bildungsausschuss als Kooperationsmodell zu dem Projekt „Pro Schule“ präsentiert wurde, verdient den Namen nicht.

Ich weiß nicht, ob Sie es für nötig halten, der Debatte zu lauschen oder ob es Ihnen eh egal ist, weil Sie glauben, bis zur Wahl nichts mehr hinzubekommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das würde mich schon einmal interessieren. Entschuldigung.

Die **Durchlässigkeit** zwischen den Standorten muss gestärkt werden. So muss es möglich sein, für Studiengänge auch an der jeweils anderen Hochschule studieren zu können. Wir Grünen wollen eine **Gleichwertigkeit** der beiden Hochschulen. Unser Ziel muss es sein, dass für alle Altersstufen an beiden Hochschulen studiert werden kann. Durch Kooperation und Wettbewerb zwischen den beiden Hochschulen wollen wir die beiden Standorte weiterentwickeln. Eine **Zwei-Klassen-Lehrerbildung**, wie Schwarz-Gelb und - wie ich es verstanden habe - leider auch die SPD es fordern, lehnen wir ab.

In der Lehrerbildung bleiben noch sehr viele Fragen offen. Was man hier sicherlich noch nennen kann, ist die Frage nach den **Gemeinschaftsschulen**. Frau Spoorendonk ist auch darauf eingegangen. Auch da gibt es mehr Fragezeichen, als es zurzeit Antworten gibt. Die Hoffnung auf einen großen Wurf - das unterstreicht, dass Sie schon wieder nicht zuhören - haben wir inzwischen bei Ihrer Regierung aufgegeben. Aber es wäre sehr gut, wenn wir es in den nächsten Monaten noch diskutieren könnten, weil wir zum Beispiel damit mit unserem Lehrerbildungsgesetz in einer überarbeiteten Fassung wieder in den Bildungsausschuss geben werden. Das heißt, es kommt eh auf die Tagesordnung. Wenn wir in dem Zusammenhang auch den Bericht, der nach meiner Meinung etwas zu nichtssagend ist, abgeben, dann schadet das sicherlich nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroe das Wort.

Björn Thoroe [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war ein großes Versäumnis der Großen Koalition, nicht schon gleich 2007 mit der **Umstellung der Schulstruktur** auch die **Lehrerausbildung** umzustellen. Wir brauchen endlich eine Reform der Lehrerausbildung. Schleswig-Holstein braucht eine Lehrkräfteausbildung, die irgendwann unabhängig wird von den Abschlüssen. Da stimmen wir den Grünen zu. Schleswig-Holstein braucht eine Ausbildung von Lehrkräften **als Stufenlehrerinnen und Stufenlehrer**.

(Beifall bei der LINKEN)

(Björn Thoro)

Mit einer nachhaltigen Weiterentwicklung der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung hat das, was die Landesregierung vorlegt, wenig zu tun. Hier geht es darum, die Existenz des **Gymnasiums** zu zementieren, indem man dafür sorgt, dass Schülerinnen und Schüler fein säuberlich aufgeteilt werden und die Einrichtung einer **Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen** erschwert wird. Auch die Lehrkräfte werden in ein Zwei-Klassen-Denken integriert oder - besser gesagt - sicher voneinander getrennt. Die **Ausbildung für Gymnasiallehrer** und -lehrerinnen geht nach **Kiel**, der Rest geht nach **Flensburg**.

Sie lassen sich noch immer von der Gymnasiallobby den Ton angeben, wenn es darum geht, das Schulsystem im Allgemeinen und die Lehrkräfteausbildung im Speziellen den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Von uns werden Sie dafür keinen Applaus bekommen. Ihnen fehlt nicht nur der Mut, sondern auch die Idee, etwas zu ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE fordert eine **gemeinsame Ausbildung** aller Lehrerinnen und Lehrer, die durch **Spezialisierungsphasen** angemessen auf die einzelnen **Schulstufen** vorbereitet werden. Heterogene Lerngruppen, individuelle Förderung in einer inklusiven Schule und fächerübergreifendes, projektorientiertes Arbeiten, das alles erfordert ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz. Die Vorschläge, die heute hier präsentiert wurden, werden diesen Anforderungen ganz sicher nicht gerecht.

DIE LINKE stellt sich auch in der **Bachelor-/Master-Frage** an die Seite des Verbands Erziehung und Wissenschaft. Auch wir sehen die Aufteilung an dieser Stelle als eine nicht zielführende Entprofessionalisierung. Und noch immer frage ich mich: Was macht man mit einem Bachelor in diesem Bereich? Ist man dann ein halber Lehrer oder eine halbe Lehrerin? Oder läuft es auf Hilfslehrerin oder Hilfslehrer hinaus, die dann Dumpinglöhne bekommen und Löcher stopfen?

Sie schreiben in Ihrem Bericht:

„Von der Möglichkeit, den Zugang zum Vorbereitungsdienst mit einem Bachelorabschluss zu eröffnen, ist bisher von keinem Bundesland Gebrauch gemacht worden.“

Da frage ich mich doch, was das Wort „bisher“ in diesem Zusammenhang aussagen soll. Planen Sie etwa schon mit Billiglehrkräften? - Da macht DIE LINKE nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE fordert darüber hinaus - das wurde hier schon oft erwähnt -, die **Praxiselemente** bereits im Studium stärker zu verankern. Das Referendariat ist dafür nicht ausreichend. Vergleicht man die Lehrer- und Lehrerinnenbildung mit der in anderen europäischen Ländern, wird deutlich, wie sehr die regierungstragenden Fraktionen an längst veralteten Strukturen festhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich vermisste im Bericht auch ein klares Bekenntnis zu einer gerechten **Besoldung**. Es gibt keine Rechtfertigung für das Festhalten an den vorherrschenden Besoldungsunterschieden. Oder wollen Sie uns ernsthaft erzählen, dass die Grundschulbildung beziehungsweise deren Lehrkräfte weniger wichtige Arbeit leisten? Das entspricht nicht der Linken-Sicht auf gute Arbeit, die alle unsere Pädagogen in Schleswig-Holstein leisten. Mit hanebüchenen Argumenten werden enorme Besoldungsunterschiede mit der Wertigkeit von Schulformen gerechtfertigt, und das geht sogar bis in die Kitas hinein. Was Sie uns als große Reform verkaufen wollen, ist nichts weiter als das Vorantreiben einer Bildungsungerechtigkeit und der sozialen Ausgrenzung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte auch noch kurz auf die Debatte um die **Abschlüsse** eingehen. Deutlich wird hier nur eins: CDU und FDP sind sich alles andere als einig, was sie wollen. DIE LINKE steht hier allerdings ausnahmsweise auf der Seite des Bildungsministers. Wir wollen das **Staatsexamen** zurück.

Wir brauchen ganz dringend eine Umstellung der Ausbildung zu Stufenlehrkräften, um endlich eine zeitgemäße Ausbildung für unsere Lehrkräfte zu erhalten. Außerdem benötigen die Lehrkräfte anstatt befristeter Arbeitsverträge feste, sichere berufliche Perspektiven mit angemessener Entlohnung, damit der Lehrberuf in Schleswig-Holstein wieder an Attraktivität gewinnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1936, dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es einstimmig so beschlossen worden.

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf verständigt, den Tagesordnungspunkt 45, Rückstellungen für AKW-Stilllegung insolvenz sicher machen, in die Januar-Tagung zu verschieben sowie den Tagesordnungspunkt 12, Entwurf eines Gesetzes über das Studentenwerk Schleswig-Holstein, ohne Aussprache an den Ausschuss zu überweisen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 41 und 44 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung

a) Vorschlag für EU-Verordnung über Offshore-Aktivitäten zur Prospektion, Exploration und Förderung von Erdöl und Erdgas verbessern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/2074](#)

b) Sicherheit von Offshore-Aktivitäten in Europa gewährleisten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/2088](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/2127](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhält Herr Abgeordneter Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es hierbei? - Derzeit stammen über 90 % des in der EU und vor Norwegen geförderten Erdöls aus Offshore-Förderung. In der Nordsee gibt es mehr als tausend Ölförderplattformen, und auch in den Gewässern der Europäischen Union sind über tausend Ölplattformen vorhanden. Das Öl wird knapper. Die Suche nach Öl verlagert sich in tiefere Meeresbereiche. Seit „Deepwater Horizon“ kann wohl jeder ermessen, was das bedeutet. In größeren Tiefen heißt auch immer weiter weg von den Küsten. Auch vor Schottland und den Färöer-Inseln wird aktuell in 1.100 m Tiefe nach Öl gebohrt.

Mit dieser Verordnung würden endlich Regeln für Offshore-Aktivitäten in der Außenwirtschaftszone, also bis zu 200 Seemeilen vor den europäischen Küsten, geschaffen. Bisher operieren Anlagen außerhalb der Zwölfmeilenzone weitgehend unbehelligt von Genehmigungen, Sicherheitsauflagen, unabhängiger Kontrolle und Haftungsregeln. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Deshalb ist es gut, dass die EU-Kommission jetzt endlich diesen Vorstoß gemacht hat. Sie reagiert damit auf die Katastrophe im Golf von Mexiko. Seitdem wurden Risikoanalysen gemacht, deren Ergebnis war, dass alle zehn Jahre Havarien vergleichbarer Schwere auftreten. Die Kosten beziffert sogar BP auf über 30 Milliarden € allein für das eigene Unternehmen.

Die vorhandenen Rechtsvorschriften über Genehmigung, Sicherheit, Haftung bei Umweltschäden sind unzureichend, uneinheitlich, fragmentiert und in Europa überhaupt nicht vorhanden. Die letzte Zahl: Auf fast 1 Milliarde €, genau 950 Millionen €, jährlich schätzt die Europäische Kommission die laufenden Kosten bei laufenden Vorfällen auf europäischen Offshore-Plattformen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Dinge liegen auf der Hand. Erstens. Bei der Genehmigung, bei Kontrolle, Sicherheit von Ölplattformen im Meer gibt es gravierende Mängel. Zweitens. Auf nationaler Ebene kann dieses Problem nicht gelöst werden. Ein europäisches Vorgehen ist zwingend notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir befassen uns hier mit der Frage der Subsidiarität. Wir müssen also zwei Dinge klären: Ist die europäische Ebene geeignet? Ist die EU befugt, diesen Bereich zu regeln, oder greift sie unzulässig in die Kompetenzen von Bund und Ländern ein? - Den ersten Punkt habe ich bereits beantwortet: Ja, und besonders wegen der Betroffenheit Schleswig-Holsteins als Land zwischen den Meeren können wir nur für eine europäische Verordnung intensiv streiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur zweiten Frage will ich gar keine langen juristischen Ausführungen machen; das können andere Kollegen gleich tun. Morgen wird im Bundesrat abgestimmt. An vorderster Front bei den Subsidiaritätsbedenkenträgern sind Niedersachsen und leider auch Schleswig-Holstein, das sich dem niedersächsischen Antrag im Bundesrat angeschlossen hat. Diese beiden Länder haben gemeinsam eine Behörde, das Landesamt für Bergbau, Energie und

(Bernd Voß)

Geologie in Hannover; davon haben wir hier schon mal gehört. Ich zitiere aus dem gemeinsamen Antrag im Bundesrat:

„Das Landesbergamt ist effizient und hat sich in den letzten Jahrzehnten in der Verwaltungspraxis bewährt.“

So steht es in dem Antrag für den Bundesrat. Ich bin mir sicher, die Kollegen von RWE Dea würden diesen Satz sofort mit unterschreiben; denn es ist die gleiche Behörde, die letztes Jahr die Lizenz für die Erdölförderung im Nationalpark Wattenmeer um sage und schreibe 30 Jahre verlängert hat.

(Zuruf: Pfui!)

Möglich ist das mit einem reformbedürftigen, rückwärtsgewandten deutschen Bergrecht, das kaum Abwägungen von Rechtsgütern kennt und EU-Recht für FFH- und Umweltverträglichkeitsprüfungen aussperrt. Wir können also ahnen, wie man gern sein Recht behalten möchte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben natürlich auch **inhaltliche Kritik** am Verordnungsvorschlag. Ich habe dies teilweise auch in Ihren Anträgen gelesen. **Pipelines** wie Nordstream sind überhaupt nicht vorgesehen, sind darin überhaupt nicht erwähnt. Die Regelungen für die **Haftung** sichern überhaupt nicht finanziell ab, dass im Schadensfall das Geld kommt. Die **Kontrollen** sind uns nicht unabhängig genug. Auch in Bezug auf Norwegen und andere Nicht-EU-Staaten verbindliche **internationale Vereinbarungen** zu schaffen, müsste man in dieser Verordnung noch hervorheben.

Diese Landesregierung und mit ihr die Koalitionsfraktionen - und ich bin gespannt, wer noch - sind nur allzu schnell bereit, das Subsidiaritätsargument aus dem Ärmel zu ziehen, um sinnvolle Vorschläge aus Brüssel abzuwehren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute droht **Brasilien** dem Chevron-Konzern damit, ihn wegen eines Offshore-Unfalls vor der Küste von Rio aus dem Land zu werfen. Das ist der zweitgrößte Ölkonzern Amerikas. Die **schleswig-holsteinische Landesregierung** möchte weiterhin autonom - da sitzen die Autonomen - für Offshore-Ölbohrungen zuständig sein. Sie wehrt sich gegen eine europäische Verordnung, die anfängt, dem Wilden Westen auf den Ölfeldern vor unseren Küsten ein Ende zu setzen. Das ist, glaube ich, hier heute die zweite Europadebatte. Mit einer solchen

Politik kann man Europa überhaupt nicht weiterentwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die morgige Sitzung möchte ich noch bekanntgeben, dass sich die Parlamentarischen Geschäftsführer verständigt haben, die Tagesordnungspunkte 19, 34 und 27 ebenfalls in die Januar-Tagung zu verschieben.

Ich erteile jetzt für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Anette Langner das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Offshore-Erdöl- und -Erdgasförderungen gewinnen zunehmend an Bedeutung. Dabei sind oft schwierige geografische und **geologische Bedingungen**, wie zum Beispiel Tiefseeumgebungen, zu bewältigen. Dies wird sich mit den zu Ende gehenden Ressourcen noch verstärken. Nicht erst das „**Deepwater-Horizon**“-**Unglück** im Golf von Mexiko im letzten Jahr hat uns drastisch vor Augen geführt, welche unglaublichen Katastrophen passieren können. Im Laufe der Untersuchung zum Unglück wurde unter anderem bekannt, dass die nationale Aufsichtsbehörde auf die Ausarbeitung eines **Notfallplans** für Unfälle auf Plattformen verzichtet hatte.

In **Europa** werden Erdöl und Erdgas überwiegend offshore gefördert. Ein schwerer Unfall einer europäischen Offshore-Anlage hätte voraussichtlich nicht nur erhebliche Verluste und Schäden für die Umwelt, für die Wirtschaft, die Bevölkerung und die Gesellschaft zur Folge, sondern könnte auch das Leben und die Gesundheit der dort tätigen Arbeitskräfte gefährden. Die **Wahrscheinlichkeit eines schweren Unfalls** in EU-Gewässern muss daher verringert werden.

Gerade **Schleswig-Holstein** wäre aufgrund der Offshore-Aktivitäten in der Nordsee von Unfällen und Havarien besonders betroffen. Auch mit Blick auf die Ostsee stellt sich die Frage der Sicherheit und Unfallverhütung im Zusammenhang mit den in der **Ostsee verlaufenden Öl- und Gaspipelines**. Der Kollege Voß hat darauf hingewiesen, dass das bisher in der **Verordnung** nicht vorkommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schleswig-Holstein muss ein vitales Interesse an der Verbesserung der Sicherheitssituation haben.

(Anette Langner)

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider gibt es erhebliche **Unterschiede bei den gesetzlichen Regelungen** der Mitgliedstaaten in Bezug auf Lizenzerteilung, Haftungsbestimmungen, Sicherheitsnormen für die Ausrüstung, öffentliche Transparenz und Informationsaustausch. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich den von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschlag für eine **Verordnung** über die Sicherheit von Offshore-Aktivitäten bei der Förderung von Erdöl und Erdgas. Die Verordnung verfolgt die Ziele, das Risiko eines schweren Unfalls in den Gewässern der Union zu verringern und die Folgen zu begrenzen, sollte sich ein solcher Unfall doch ereignen.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, sich in den weiteren Beratungen zu den Vorschlägen der Kommission im **Bundesrat** dafür einzusetzen, dass folgende **Forderungen** über die bisherigen Regelungen hinaus für die Mitgliedstaaten rechtsverbindlich vereinbart werden, um eine Vereinheitlichung des Rechtsrahmens auf hohem Niveau zu erreichen: Erstens. Jeder Standort, jede Operation muss auf spezifische Risiken bewertet werden. Informierte Sicherheitsbehörden sollen Bohrungen nur dann erlauben, wenn sie von einem ausreichenden Risikomanagement am jeweiligen Standort ausgehen können.

Zweitens. Erdöl- und Erdgasunternehmen müssen im Lizenzverfahren verbindlich belegen, dass ihre finanzielle Leistungsfähigkeit ausreicht, um die Sanierung von eventuell verursachten Umweltschäden zu gewährleisten.

Drittens. Im Hinblick auf verursachte Schäden an der biologischen Vielfalt müssen das Verursacherprinzip und strenge Haftungsregelungen gelten.

Viertens. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und darüber hinaus auch im internationalen Kontext im Bezug auf Informationsaustausch, Transparenz, Vorbereitung von Notfalleinsätzen und Gewährleistung von grenzüberschreitenden Interventionsinstrumenten muss sichergestellt sein.

Die **Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs** könnte im Falle eines Unfalles die Verantwortlichen koordinieren.

Fünftens - darauf hat Herr Kollege Voß hingewiesen -: Die Umsetzung der genannten Verordnung muss mit der nationalen Gesetzgebung abgeglichen werden und gegebenenfalls eine Anpassung des deutschen Bergrechts vorgenommen werden.

Unabhängig von der inhaltlichen Bewertung der Verordnung, die wir in ihrer Zielrichtung sehr unterstützen, haben wir im letzten Europaausschuss auch über die Frage der **Subsidiarität** diskutiert. Hier teilen wir anders als die Kollegen von den Grünen die Einschätzung der Landesregierung und des Landes Niedersachsen, dass das Subsidiaritätsprinzip durch die **Europäische Kommission** verletzt ist, weil die Verordnung einen unverhältnismäßigen **Eingriff in die Organisationshoheit der Länder** darstellt. Kritisch ist unter anderem auch die Befugnis der Europäischen Kommission zum **Erlass von delegierten Rechtsakten** zu sehen. Diese ermöglichen, nicht nur die Mindeststandards für die Organisation der zuständigen Behörde, sondern auch die Bereitstellung angemessener Ressourcen für die Schulung und so weiter zu regeln.

Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen. Es geht bei dieser Subsidiaritätsrüge nicht um die Frage, irgendetwas zu verhindern oder notwendige wichtige Verordnungen auf den Weg zu bringen, die der Sicherheit von Offshore-Maßnahmen dienen sollen, sondern es geht darum, rein rechtlich zu bewerten, ob die Europäische Kommission hier ihre Befugnisse überschritten hat oder nicht.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Deswegen sage ich ganz deutlich: Wir sind für die Verordnung, wir sind für all die Regelungen, die dort getroffen werden, wir sind dafür, mehr Sicherheit bei Offshore-Maßnahmen in europäisches Recht zu implementieren, aber es muss in einem **rechtlichen Rahmen** passieren, der das **Subsidiaritätsprinzip** nicht verletzt. Deshalb ist es jetzt unsere Aufgabe, gemeinsam mit dem Bund und den Ländern eine Möglichkeit zu finden, diese Verordnung so rechtssicher auf den Weg zu bringen, dass wir in Schleswig-Holstein auch die entsprechenden Maßnahmen ergreifen können.

Deswegen will ich zu unserem Abstimmungsverhalten sagen: Wir können dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN inhaltlich natürlich in Gänze zustimmen, wir können allerdings nicht dem Punkt zustimmen, dass das Land Schleswig-Holstein der Subsidiaritätsrüge nicht beitreten soll. Deswegen würden wir beantragen, dass wir an diesem Punkt eine getrennte Abstimmung vornehmen. Dem inhaltlichen Teil würden wir zustimmen, diesen einen Punkt würden wir ablehnen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Karsten Jasper das Wort.

(Vereinzelter Beifall bei CDU)

Karsten Jasper [CDU]:

Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Arp, ich danke mich vorab für den Beifall, ohne zu wissen, worüber ich eigentlich reden werde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein gemeinsames fundamentales Interesse als Schleswig-Holsteiner an sicheren Offshore-Aktivitäten. Dies geht auch aus allen drei Anträgen, die gestellt worden sind, deutlich hervor. Ich denke, das sollte die Kernbotschaft sein, die von diesem Landtag nach draußen geht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die **Initiative der EU-Kommission** ist deshalb als ein erster richtiger Schritt zu werten - wir begrüßen diesen Schritt -, weil einige Länder deutlich hinter die **deutschen Sicherheitsstandards** zurückfallen. Wir haben ein großes Interesse daran, dass eine wirksame Reaktion auf eventuelle **Unfälle und Havarien** in europäischen Gewässern gesichert ist. Unsere Partner in der Offshore-Wirtschaft und insbesondere der Betreiber der **Bohr- und Förderinsel Mittelplate**, RWE, hat schon von sich aus großes Interesse daran, einen reibungslosen Ablauf der Bohrungen nach höchsten deutschen Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Dies geschieht in enger Abstimmung mit den Interessengruppen aus Naturschutz und Fischerei vor Ort. Auch der Greenpeace-Biologe Dr. Christian Bussau lobt die deutschen Sicherheitsvorkehrungen von RWE in einem NDR-Radiointerview vom 3. August 2010.

Über 1.000 Primär- und Sekundärarbeitsplätze stehen in Zusammenhang mit der heimischen Ölproduktion. Wir haben im Jahr 2010 - auch das muss einmal gesagt werden - über 60 Millionen € an **Förderzins** und werden 2011 voraussichtlich über 100 Millionen € Förderzins in unseren Landeshaushalt aus den Förderungen von Erdöl vor Friedrichskoog bekommen. Wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, keine neue zusätzliche **Behörde**, wie in Ihrem Antrag gefordert worden ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die Offshore-Aktivitäten der Erdöl- und Erdgasindustrie sind in Deutschland effizient und angemessen beim **Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie** in Clausthal-Zellerfeld angesiedelt. Des-

halb ist es nicht notwendig, eine in Deutschland erfolgreiche und erprobte **Verwaltungspraxis** durch neue Zuständigkeiten auf supranationaler Ebene zu gefährden. Natürlich sind europäische Mindeststandards als Benchmarking für alle sinnvoll. Wenn aber durch Mindeststandards in eine bewährte Behördenstruktur wie das LBEG durch die EU so eingegriffen wird, dass es Auswirkungen auf unseren Haushalt hat, dann müssen wir an dieser Stelle einschreiten und klarmachen, dass die Haushaltshoheit bei den Ländern liegt. Um es noch einmal zu sagen: Unser Ziel kann es nicht sein, neue Bürokratie aufzubauen und neue Strukturen auf europäischer Ebene zu schaffen.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Abgeordneter Jasper, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Voß zu?

Karsten Jasper [CDU]:

Nein, die lasse ich nicht zu. - Die CDU steht für die Bewahrung der Schöpfung und Umwelt. Wir stehen für einen sinnvollen **Ausgleich** zwischen den **Interessen des Naturschutzes** und den **Menschen vor Ort**, die von den Offshore-Aktivitäten leben, speziell an der **Westküste**. Eine unbegrenzte Haftung, wie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert, würde jede Aktivität im Offshore-Bereich unterbinden. Der erste Schritt der EU-Kommission mit dem Entwurf für die Verordnung ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir haben hier aber noch erheblichen Nachbesserungsbedarf.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist weltweit eine der größten öl- und gasfördernden Regionen. Unstrittig ist, dass es auch in Zukunft aufgrund des **wachsenden Energiebedarfs** Erdöl- und Erdgasförderungen aus dem **Meeresboden** geben wird. Es gilt zu verhindern - das ist schon erwähnt worden -, dass es zu **Unfällen** wie bei der Ölbohrplattform im Golf von Mexiko kommt. Möglichen Gefahren müssen angemessene Standards entgegengesetzt werden. Vor

(Oliver Kumbartzky)

diesem Hintergrund ist die **EU-Verordnung** erarbeitet worden.

Es ist unbestritten, dass die **Sicherheit** bei allen **Offshore-Aktivitäten**, egal wo, an oberster Stelle stehen muss. Die zum Teil sehr unterschiedlichen **Standards** der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten sollen auf einem hohen Niveau **vereinheitlicht** werden. Es muss mittelfristig zu einer weltweit geltenden Sicherheitskultur im Bereich der Offshore-Öl- und Gasförderung kommen. Ich will aber auch festhalten, dass gerade die deutschen Standards - **Mittelplate** ist bereits erwähnt worden - sehr vorbildlich und sehr hoch sind.

Der vorgelegte EU-Vorschlag ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu sichereren Offshore-Aktivitäten in Europa.

Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt grundsätzlich die **Maßnahmen der EU-Kommission** und damit die besagte Verordnung über die Sicherheit von Offshore-Aktivitäten zur Prospektion, Exploration und Förderung von Erdöl und Erdgas. Wir halten die Stärkung der Notfallplanung und die systematische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten für richtig und wichtig.

Meine Damen und Herren, durch die **EU-Verordnung** wird die Sicherheit bei Offshore-Aktivitäten erhöht und die **Risiken** von Offshore-Unfällen bei der Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen wird verringert. Die Sicherheit beim **Betrieb** von Offshore-Anlagen und Transitorhrleitungen, die zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen eingesetzt werden, muss, wie gesagt, auf höchstem Niveau und unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Risikoeinschätzung gewährleistet sein. Bei allen diesen genannten Punkten sind wir uns einig, bei der Subsidiaritätsrüge aber nicht. Das ist auch der Hauptgrund, warum wir den Antrag der Grünen ablehnen.

Hinsichtlich des **Subsidiaritätsprinzips** teilt auch die FDP-Fraktion die Bedenken der Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Die in der EU-Verordnung bisher genannten Anforderungen an die Organisation und die operativen Verfahren der zuständigen Behörde stellen einen ungerechtfertigten Eingriff in die Organisationshoheit der Länder dar. Entsprechend der festgelegten **Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern** sind ausschließlich die Länder für die Wahrnehmung der besagten Aufgaben zuständig. Die festgelegten Mindestkriterien nach **Artikel 19 des EU-Vorschlags** sehen auch wir kritisch. So soll die Behörde laut Vorschlag von der Lizenzerteilung

und der Steuer- und Abgabenerhebung unabhängig sein. Die **Zuständigkeit für die bergbaulichen Offshore-Aktivitäten** der Erdöl- und Erdgasindustrie wurde von den Ländern auf eine Landesbehörde, das eben schon oft erwähnte Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, konzentriert. Die Landesbehörde ist ebenfalls für die bergbaulichen Belange im Onshore-Bereich zuständig.

Wir bitten daher - der Antrag liegt Ihnen vor -, unserem Antrag zuzustimmen. Wir bitten in unserem Antrag die Landesregierung darum, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Organisation und die operativen Verfahren der zuständigen nationalen Behörden im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip gewahrt und die bewährten Kompetenzverteilungen zwischen Bund und Ländern für die Wahrnehmung dieser Aufgaben erhalten bleiben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Herrn Abgeordneten Björn Thoroer das Wort.

Björn Thoroer [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist zu begrüßen, wenn durch die seit 2010 durchgeführten Studien, Konsultationen und Risikoanalysen das Augenmerk der Politik auf allen Ebenen endlich verstärkt auf die möglichen erheblichen **Risiken und Gefahren** im Bereich der **Offshore-Erdöl- und -Erdgasexplorationen und -förderungen** gerichtet wird. Es ist nun endlich klargestellt, dass die bisherigen Vorschriften, Regelungen und die Praxis keine ausreichende Sicherheit geboten haben.

Uns allen ist klar, dass die Erdöl- und Erdgasexplorationen und -förderungen im Meer eine große Bedeutung für uns alle haben und dass diese Bedeutung zukünftig eher steigen als geringer werden wird. Genau deshalb gilt es, dieser wachsenden **Bedeutung** - mag man sie nun befürworten oder nicht - etwas entgegenzusetzen, denn genau in diesem Umfang muss auch der **Schutz** unserer **Natur**, unserer **Gewässer** und damit auch der Schutz der **Bevölkerung** - unser Schutz - ansteigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Unfall auf der Ölbohrplattform „Deepwater Horizon“ und der Fast-Unfall auf einer Bohrinself in der Nordsee sind zu Recht als mahnende Beispiele auf der ersten Seite des Verordnungsvorschlags genannt. **Unfälle** sind überall im Bereich der Offsho-

(Björn Thoroë)

re-Erdöl- und -Erdgasexploration und -förderung möglich. Sie sind überall möglich, weil Bohrsinseln und Plattformen von Menschen geschaffen worden sind und betrieben werden. Wir Menschen sind nun einmal nicht unfehlbar. Das heißt konkret: Die Zeiten, in denen rücksichtslos nach Wachstum gestrebt werden kann, sind vorbei. Die Zeiten, in denen von politischen Akteuren zugelassen wird, unsere Natur auszubeuten, ohne an die Folgen zu denken, sind auch vorbei.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zeiten, in denen einige wenige fast ungestraft Gefahren für unsere Welt und für uns alle schaffen können, müssen ein Ende haben. Dass diese Erkenntnis auf EU-Ebene zumindest teilweise angekommen ist, zeigt der heute in Rede stehende **Vorschlag der EU-Kommission**. Wir haben uns ausführlich mit dem Vorschlag der EU-Verordnung zur Sicherheit von Offshore-Aktivitäten beschäftigt. Die allgemeinen **Ziele der Verordnung**, nämlich die Verringerung des Risikos eines schweren Unfalls in den Gewässern der Union, und die Begrenzung der Folgen eines möglichen Unfalls sind absolut unterstützenswert. Wir werden dem Antrag der SPD heute zustimmen, weil wir - ebenso wie die SPD - denken, dass das Land Schleswig-Holstein bei dieser Verordnung ein Mitspracherecht haben sollte.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst nach dem verheerenden Unfall im letzten Jahr auf der Ölbohrplattform „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko sowie der damit einhergehenden Umweltkatastrophe wurde auch in Europa erkannt, dass mit der **Ausbeutung der Rohstoffe im Offshore-Bereich** Gefahren verbunden sind. Mit zunehmender Bohrtiefe vergrößert sich das Unfallrisiko. Die **Öl- und Gasförderaktivitäten** in Europa finden hauptsächlich in der Nordsee und im Mittelmeer statt, zum Teil in **enormen Tiefen**. Vor den Shetland-Inseln wird in 1.600 m Tiefe gebohrt, vor den Faröer-Inseln in 1.100 m Tiefe. Auch wenn die vor unserer Küste befindlichen Plattformen zur Förderung von Erdöl und Erdgas keine Tiefsee-

plattformen sind, werden sie auch unter diese EU-Verordnung fallen.

Im **EU-Entwurf** sind klare Regelungen für den gesamten Lebenszyklus einer solchen Offshore-Aktivität formuliert. **Unternehmen** sollen verpflichtet werden, im Vorfeld eine Gefahrenanalyse für neue Förderanlagen vorzulegen und Notfallpläne auszuarbeiten. Darüber hinaus ist eine Ausweitung der **Haftung** bei Umweltschäden auf alle EU-Gewässer vorgesehen. Unabhängige **Behörden** sollen weiterhin Förderanlagen auf Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Notfallvorkehrungen überprüfen und die Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Für bereits **existierende Anlagen** ist ein **Übergangszeitraum** von zwei Jahren vorgesehen. All das sind durchaus unterstützenswerte Ansätze.

Weil derartige Bohraktivitäten ein erhebliches **Risiko** für die **Meeresumwelt** darstellen, fordern auch die Grünen einheitliche und verbindliche **Sicherheitsstandards** und Regelungen auf europäischer Ebene. Das ist durchaus nachvollziehbar. Es stellt sich aber die Frage, von welchen Kriterien und Standards wir überhaupt ausgehen, denn die **Ver einheitlichung** von Standards birgt immer wieder die Gefahr, dass der kleinste mögliche Nenner das Ergebnis zäher Verhandlungen am europäischen Tisch ist. Eine Verschlechterung der bei uns bereits geltenden Standards darf es mit der Verordnung nicht geben, wobei die Herausnahme von Flächen zum Zweck von Ölbohrungen im Weltnaturerbe Wattenmeer - damals gegen den ausdrücklichen Wunsch des SSW beschlossen - die Standards ohnehin schon massiv ausgehöhlt hat.

Die Grünen weisen in ihrem Antrag zu Recht bereits jetzt auf **Defizite** des EU-Entwurfs hin, die dort definitiv vorhanden sind. Die Sicherheitstechnologie oder die Haftungsfrage im Falle eines Unfalls bleiben weitgehend offen. Es ist bisher ungeklärt, wer im Falle eines Unfalls für welche **Kosten** aufkommt. Darüber hinaus gibt es keinen Sanktionskatalog für Verstöße gegen die Verordnung. **Haftungs- und Versicherungsregelungen** wurden bewusst nicht in den Katalog aufgenommen, um zu vermeiden, dass Versicherer derartige Risiken aus ihrem Leistungskatalog nehmen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Das Ziel des Entwurfs ist durchaus richtig. Es gibt jedoch noch eine Reihe von ungeklärten Fragen.

Was nun die **Subsidiaritätsrüge** im Antrag der Grünen angeht, so kann ich nur auf die Rede meiner Kollegin Spoorendonk verweisen, die im Zusammenhang mit der EU-Effizienzrichtlinie deutlich gemacht hat, dass der SSW weiterhin eine **Ge-**

(Lars Harms)

setzungshoheit der einzelnen Landesparlamente fordert. Daher halten wir an der Subsidiaritätsrüge fest. Wir wollen eine starke Demokratie vor Ort, und die erreichen wir nur, indem wir die nationalen Parlamente stärken. Brüssel ist immer noch weit weg. Hier sollten wir das eine vom anderen trennen.

Wir sehen es als richtig an, diese EU-Verordnung zu überarbeiten. Wir sehen es jedoch nicht als richtig an, auf diese Subsidiaritätsrüge zu verzichten. Deshalb werden wir bei der Abstimmung über den Antrag der Grünen diesen Teil am Ende des Antrags so nicht mittragen können. Alles andere können wir mittragen. Sollten die Sozialdemokraten ihren Antrag weiterhin aufrechterhalten, werden wir auch dem zustimmen. Über den Antrag von FDP und CDU hülle ich den Mantel des Schweigens.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir können es uns nicht leisten, auf Öl und Gas aus dem Meeresboden zu verzichten. Wir können es uns ebenso nicht leisten, das Leben im und am Meer der Energie wegen zu gefährden. Deshalb begrüßen wir, dass die EU bei der Offshore-Erdöl- und -Erdgasförderung in Fragen der **Sicherheit** weltweit mit Beispiel vorangehen will.

Mit ihrem Verordnungsentwurf zieht die EU-Kommission die richtigen Schlüsse aus den jüngsten Offshore-Unfällen wie beispielsweise im Golf von Mexiko auf der Plattform „Deepwater Horizon“. Das ist schon gesagt worden. Durch ein strenges **Sicherheitssystem** soll das Risiko von Offshore-Unfällen auf ein absolutes Minimum gesenkt werden. Mithilfe eines vorab erstellten wirksamen **Notfallplans** sollen **Umweltschäden und Schäden für die Wirtschaft** in den Küstengebieten erheblich verringert werden.

Entscheidend sind aus meiner Sicht **vier Kernpunkte**: Erstens. Die neuen EU-Regeln werden für alle Mitgliedstaaten der EU gelten und damit auch in den Ländern, die in der Nordsee westwärts von der deutschen Küste Offshore-Plattformen betreiben. Zweitens. Die neuen Regeln kommen in der

Form der Verordnung. Das heißt, sie werden direkt in den Mitgliedstaaten anwendbar und müssen nicht durch die Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Drittens. Die neuen Regelungen werden nach einer Übergangszeit von bis zu zwei Jahren auch für alle bestehenden Anlagen gelten. Das ist ein Maximum an zusätzlichem Sicherheitsgewinn. Viertens. Öl- und Gasunternehmen haften uneingeschränkt für Umweltschäden, die sie an geschützten Meereslebewesen und Lebensräumen verursachen. Für diese Schäden gilt nicht mehr die Zwölfmeilenzone, sondern das Ende der Ausschließlichen Wirtschaftszone, die bis zu 200 Seemeilen ins Meer hineinreicht.

Wir begrüßen diesen Verordnungsentwurf grundsätzlich, zumal wir glauben, dass er tatsächlich dazu beiträgt, den Schutz der Meere zu gewährleisten. Er geht zwar nicht so weit wie unser **nationales Recht**, aber er sorgt dafür, dass in den Ländern, die nicht den Standard unseres nationalen Rechts erreicht haben, ein besserer Schutz gilt als zuvor.

Ein einziger Punkt, der uns unterscheidet, ist - so glaube ich - die Frage, inwieweit wir zulassen wollen, dass die **EU** mit dieser Verordnung **in unsere eigene Organisation** eingreift.

Der Verordnungsentwurf bedeutet, dass wir neben dem **LBEG**, das diese Dinge für uns erledigt, weitere Bürokratie aufbauen müssen, die sich um diese Angelegenheiten kümmert. Wir sind unabhängig von dem Wesensgehalt dieser Verordnung der Auffassung, dass dies etwas ist, das wir nicht zulassen dürfen. Aus dem Grund sind wir der Auffassung, dass man sich dagegen wehren soll.

Es ist zwar so, dass im Wirtschaftsausschuss des **Bundesrats** die erforderliche Mehrheit für eine Subsidiaritätsrüge knapp verfehlt worden ist; das ändert aber nichts daran, dass dieser Umstand weiterhin von uns kritisiert wird. Wir müssen aufpassen, dass über solche Verordnungen nicht am Ende **Gestaltungsmöglichkeiten** für das, was wir als **nationale Einrichtung und Länder** selber gestalten wollen, unterhöhlt werden. Aus diesem Grund sind wir uns wohl inhaltlich einig. Ich würde mich freuen, wenn wir uns auch in den Fragen der Organisation wehrhaft Brüssel gegenüber zeigten. Ich glaube, es ist der richtige Weg, die Aufgaben so wahrzunehmen, wie wir sie vor Ort für am besten wahrnehmbar halten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Da sich der Änderungsantrag auf beide Hauptanträge bezieht, schlage ich abweichend von der Geschäftsordnung vor, den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Mir wurde mitgeteilt, dass keine absatzweise Abstimmung mehr beantragt ist. - Ich sehe, darüber besteht Einvernehmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/2074, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE. Ich bitte um Enthaltungen. - Das ist der SSW. Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und DIE LINKE gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion des SSW abgelehnt.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/2088, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, DIE LINKE

und SSW. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte um Enthaltungen. - Es gibt keine. Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/2127, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Ich bitte um die Gegenprobe. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Ich bitte um Enthaltungen. - SSW. Damit ist der Antrag Drucksache 17/2127 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktion des SSW angenommen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:44 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung
66. Sitzung am 15. Dezember 2011
Keine Streichung von Lehrerstellen zum kommenden Schuljahr
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2024
(Seite 5757 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Dr. Ralf Stegner	Ja
Michael von Abercron	Nein	Siegrid Tenor-Alschausky	Ja
Hans-Jörn Arp	Nein	Dr. Gitta Trauernicht	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein	Jürgen Weber	Ja
Dr. Christian von Boetticher	Nein	FDP	
Johannes Callsen	Nein	Ingrid Brand-Hückstädt	Nein
Peter Harry Carstensen	-	Carsten-Peter Brodersen	Nein
Astrid Damerow	Nein	Cornelia Conrad	Nein
Heike Franzen	Nein	Jens-Uwe Dankert	Nein
Torsten Geerds	Nein	Kirstin Funke	Nein
Hauke Göttsch	Nein	Dr. Heiner Garg	-
Daniel Günther	Nein	Günther Hildebrand	Nein
Hartmut Hamerich	-	Anita Klahn	Nein
Niclas Herbst	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Marion Herdan	Nein	Gerrit Koch	Nein
Susanne Herold	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Karsten Jasper	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Werner Kalinka	Nein	Katharina Loedige	Nein
Klaus Klinckhamer	Nein	Christopher Vogt	Nein
Tobias Koch	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Peter Lehnert	Nein	Luise Amtsberg	-
Jens-Christian Magnussen	-	Rasmus Andresen	Ja
Markus Matthießen	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Hans Hinrich Neve	Nein	Anke Erdmann	Ja
Petra Nicolaisen	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Barbara Ostmeier	Nein	Thorsten Fürter	Ja
Mark-Oliver Potzahr	Nein	Dr. Robert Habeck	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Monika Heinold	Ja
Heiner Rickers	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Ursula Sassen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Klaus Schlie	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Sönnichsen	Nein	Bernd Voß	Ja
Herlich Marie Todsens-Reese	Nein	DIE LINKE	
Wilfried Wengler	Nein	Antje Jansen	Ja
Rainer Wiegard	Nein	Heinz-Werner Jezewski	Ja
SPD		Ranka Prante	-
Wolfgang Baasch	Ja	Ulrich Schippels	Ja
Andreas Beran	Ja	Ellen Streitbürger	Ja
Detlef Buder	Ja	Björn Thoroe	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	SSW	
Peter Eichstädt	Ja	Lars Harms	Ja
Rolf Fischer	Ja	Silke Hinrichsen	-
Martin Habersaat	Ja	Flemming Meyer	Ja
Lothar Hay	Ja	Anke Spoorendonk	Ja
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja		
Dr. Henning Höppner	Ja		
Anette Langner	Ja		
Serpil Midyatli	Ja		
Hans Müller	Ja		
Birte Pauls	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Sandra Redmann	Ja	Zusammenstellung:	
Thomas Rother	Ja	Abgegebene Stimmen	87
Bernd Schröder	Ja	davon	
Olaf Schulze	Ja	Jastimmen	43
Marion Sellier	-	Neinstimmen	44
		Enthaltungen	-